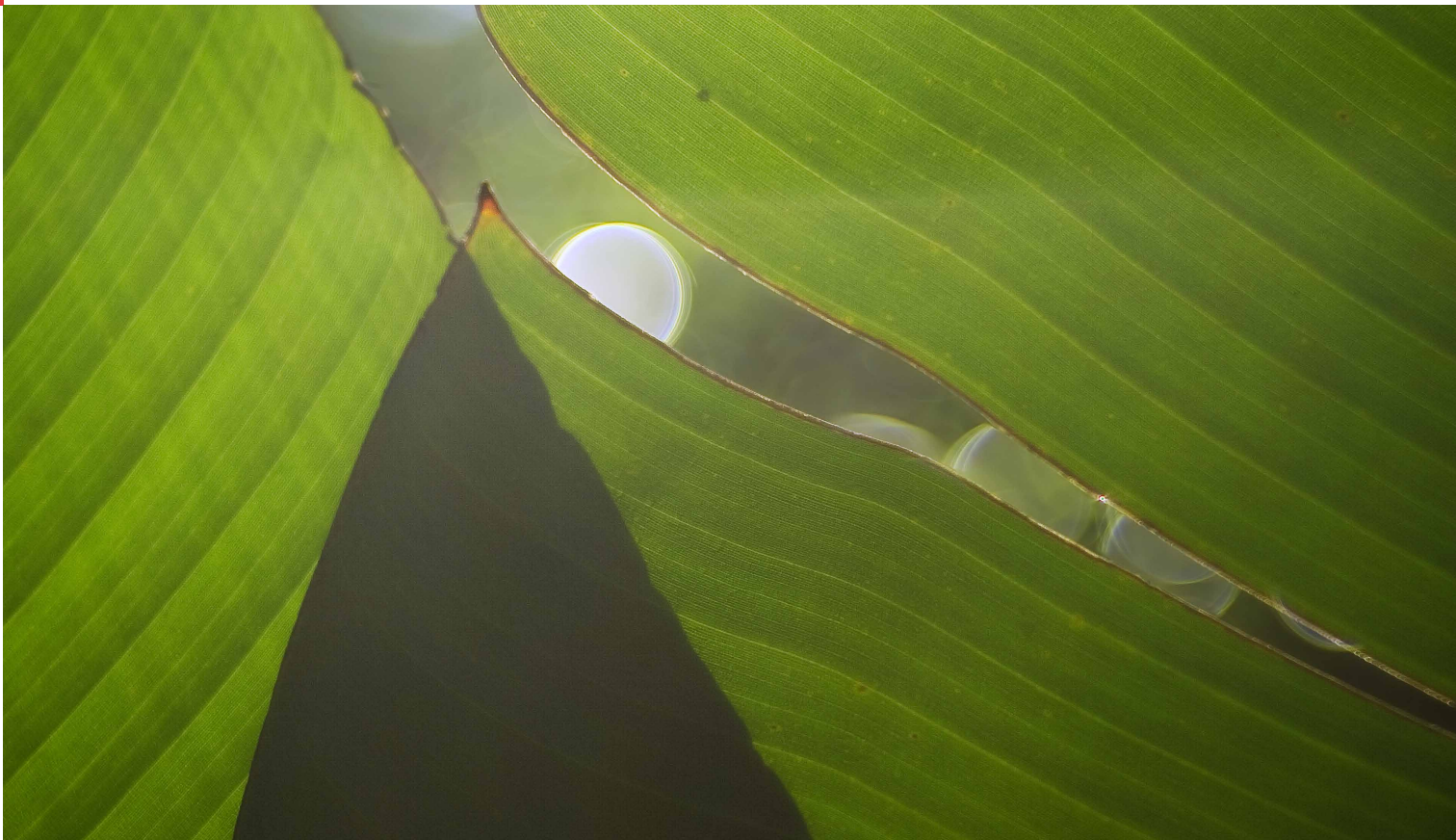




Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft Nr. 10/11, Oktober/November 2011

66. Jahrgang



- Wirtschaftsleistung und -strukturen sowie Einkommensverteilung und -umverteilung in den Verwaltungsbezirken Hessens
- Heimerziehung sowie sonstige betreute Wohnformen und Vollzeitpflege im Wandel der Zeit
- Hessischer Zahlenspiegel
- Hessischer Umwelt-Monitor (4/11)

Inhalt

Ganz kurz	270
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Wirtschaftsleistung und -strukturen sowie Einkommensverteilung und -umverteilung in den Verwaltungsbezirken Hessens. Von <i>Stefan Donhauser</i>	271
Sozialleistungen	
Heimerziehung sowie sonstige betreute Wohnformen und Vollzeitpflege im Wandel der Zeit. Von <i>Petra Gerisch</i>	293
Allgemeines	
FDZ-Standort des Hessischen Statistischen Landesamtes auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Frankfurt vertreten. Von <i>Alexander Richter</i>	298
Gemeinsame Absichtserklärung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik zwischen der Hessischen Staatskanzlei und der Staatsbank Vietnam am 31. August 2011 in Hanoi unterzeichnet. Von <i>Gabriele Buschmann</i>	300
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	303
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	304
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	305
Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel	306
Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel	307
Tourismus, Verkehr	308
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern	309
Verdienste	310
Buchbesprechungen	Seiten 311, 312 und Umschlagseite 3
Hessischer Umwelt-Monitor (4/11)	Anhang

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)
Copyright: © **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2011**
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.
Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de – Internet: www.statistik-hessen.de
Schriftleitung: Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37, Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804
Haus-/Lieferanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,50 Euro (Doppelheft 13,00 Euro), Jahresabonnement 66,30 Euro
(jew. inkl. Versandkosten)
E-Mail-Versand: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 8,80 Euro)
Jahrgangs-CD-ROM: 33,30 Euro, (inkl. Versandkosten)
Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt
Umschlagfoto: Gabriele Buschmann, Niedernhausen



Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807; E-Mail: info@statistik-hessen.de

Zeichen

–	= genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0	= Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
.	= Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
...	= Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
()	= Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/	= keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
X	= Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsdaten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D	= Durchschnitt.
s	= geschätzte Zahl.
p	= vorläufige Zahl.
r	= berichtigte Zahl.

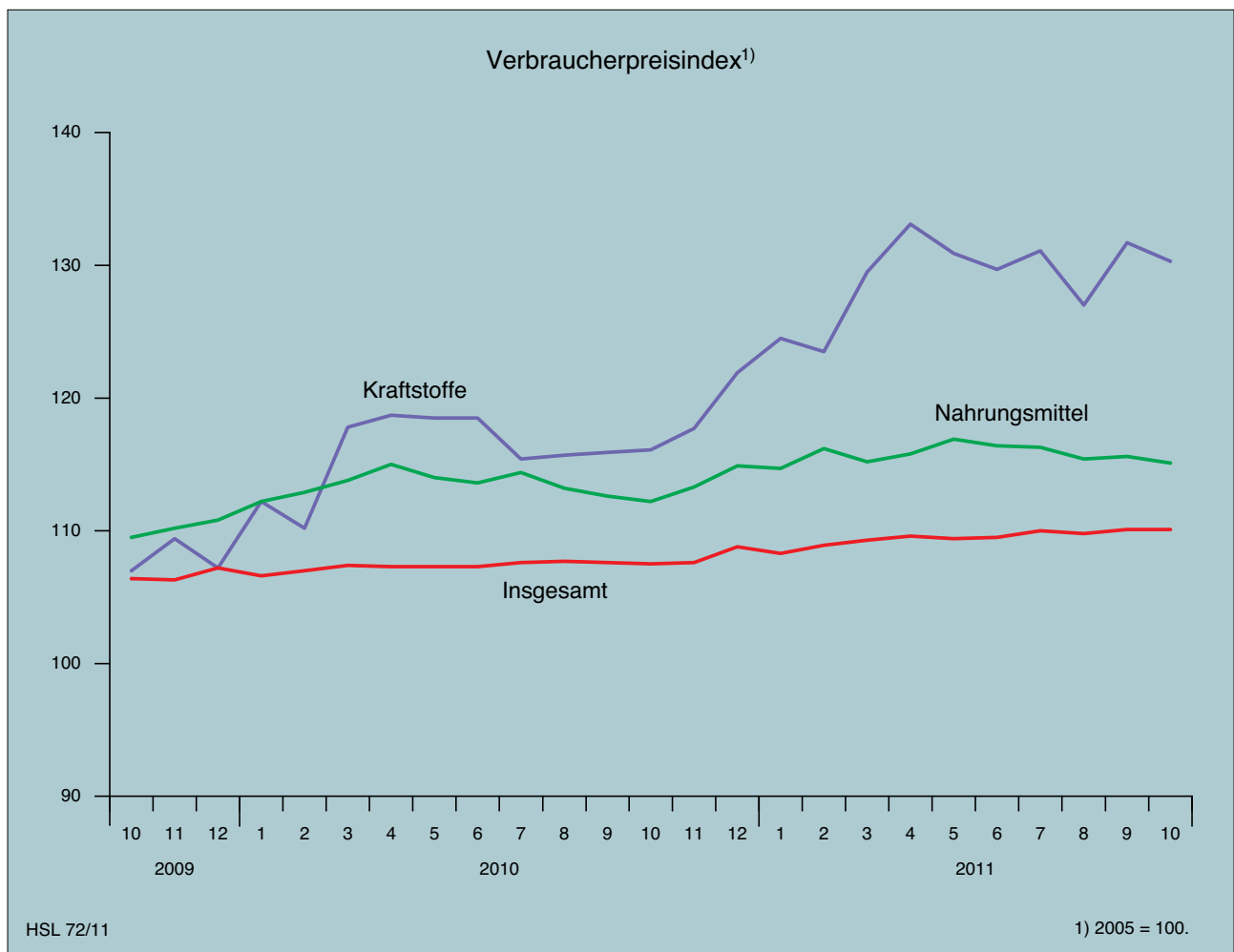
Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsdaten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsdaten und Salden sind ohne Vorzeichen.
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

10/11 · 11

66. Jahrgang
Hessisches Statistisches Landesamt



Hessen bleibt attraktiv als Reiseziel

In den ersten 7 Monaten dieses Jahres zählten die Beherbergungsbetriebe mit 9 oder mehr Betten sowie die Campingplätze in Hessen 7 Mill. Ankünfte und 16,4 Mill. Übernachtungen. Dies waren 5 % mehr Gäste und 3,5 % mehr Übernachtungen als von Januar bis Juli 2010. Während die Zahl der Ankünfte von Gästen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland um 5 % auf 5,3 Mill. zunahm, stieg die Zahl der Ankünfte aus dem Ausland um gut 3 % auf 1,7 Mill. Die Zahl der von Inländern gebuchten Übernachtungen stieg um gut 3 % auf 13,2 Mill., bei den Ausländern war es ein Plus von fast 4 % auf 3,2 Mill.

Herzerkrankungen ursächlich für mehr als ein Viertel aller Todesfälle

Im Jahr 2010 starben in Hessen 16 300 Menschen (davon 7400 Männer) an einer Herzerkrankung; dies entsprach einem Anteil von 27 % an allen Todesfällen. Bezogen auf den jeweiligen Bevölkerungsanteil erlagen Frauen mit 287 Todesfällen je 100 000 Einwohner weit häufiger einer Herzerkrankung als Männer (249). Es starben überwiegend ältere Menschen an einer Herzerkrankung. So waren über 90 % der an diesem Krankheitsbild Verstorbenen älter als 65 Jahre. An ischämischen Herzerkrankungen (Minderdurchblutung des Herzens) – zu denen auch Herzinfarkte zählen – starben gut 9500 Personen; mit 52 % waren Männer hier geringfügig stärker als Frauen betroffen. Herzinfarkte führten im Jahr 2010 bei rund 3700 Menschen zum Tod; mit 2100 Fällen sind auch hier mehr Männer als Frauen verstorben. Bezogen auf 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts starben 71 Männer bzw. 52 Frauen an einem Herzinfarkt. Die Herzerkrankungen zählen zu den Krankheiten des Kreislaufsystems; Letztere bilden mit einem Anteil von über 40 % die mit Abstand häufigste Todesursache.

Hessens Wirtschaft wuchs im ersten Halbjahr 2011 um 4,3 %

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Hessens, die Summe der Werte aller hier produzierten Waren und Dienstleistungen, wuchs im ersten Halbjahr 2011 gegenüber dem Vorjahreszeitraum preisbereinigt um 4,3 %. Dies geht aus aktuellen, vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hervor. Hessen lag damit vor dem gesamtdeutschen Ergebnis von 3,9 %. Nominal, d. h. ohne Ausschaltung der Preisänderungen, legte das hessische BIP um 4,6 % zu (Deutschland: 4,5 %). Im Krisenjahr 2009 ging das BIP in Hessen weniger stark zurück als im Bund (Hessen: minus 4,1 %, Deutschland: minus 4,7 %) und konnte im Folge-

jahr mit 3,6 % genauso deutlich zulegen wie im Bund. Das Ergebnis des ersten Halbjahres 2011 verstärkte nun den Vorsprung Hessens im mehrjährigen Vergleich weiter. So wie bereits im Einbruch 2009 und in der einsetzenden Erholung 2010 prägte das Verarbeitende Gewerbe den konjunkturellen Verlauf auch im ersten Halbjahr 2011. Es zeigte im Vergleich der Wirtschaftsbereiche die größte Dynamik. Daher sorgte vor allem die Industrie für das kräftige gesamtwirtschaftliche Plus – in Hessen wie in Deutschland. Hierzulande konnte sich die Industrie gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 sogar etwas besser entwickeln als im Bundesmittel. Dieser leichte Vorsprung übertrug sich aber nicht in einen gesamtwirtschaftlichen Vorsprung. Dazu war der industrielle Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung Hessens im Vergleich zu Deutschland zu gering. Der Vorsprung Hessens beim BIP im ersten Halbjahr 2011 wird vor allem von den Dienstleistungsbereichen getragen. Die aktuell verfügbare, noch unvollständige Datenbasis lässt hier eine bessere Entwicklung als im Ländermittel erkennen und der hohe Anteil der Dienstleistungen an der Gesamtwirtschaft Hessens (gut drei Viertel) sorgte für eine starke Übertragung auf das BIP-Wachstum. Der Ausstieg aus der Kernkraft wirkte durch eine verringerte Stromerzeugung in Hessen negativ auf das Wirtschaftswachstum.

Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel weiterhin beliebtester Ausbildungsberuf

Im Jahr 2010 begannen in Hessen etwa 39 600 Jugendliche eine betriebliche Ausbildung. Der Ausbildungsberuf Kaufmann/-frau im Einzelhandel war mit 2570 unter den Ausbildungsanfängern am häufigsten besetzt. Auf den Rängen 2 und 3 folgten Verkäufer/-in und Bürokaufmann/-kauffrau mit 1850 bzw. 1710 Neuverträgen. Die Präferenzen der Jungen und Mädchen waren nach wie vor unterschiedlich. Unter den 15 beliebtesten Ausbildungsberufen bei den männlichen Ausbildungsanfängern befanden sich 8 Handwerks- und 7 Dienstleistungsberufe. Dagegen gab es unter den 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen der Frauen nur einen Fertigungsberuf. Am häufigsten wurden von den jungen Männern Neuverträge in den Berufen Kraftfahrzeugmechatroniker (1230), Kaufmann im Einzelhandel (1220) und Elektroniker (860) abgeschlossen. Bei den Ausbildungsanfängerinnen lagen die Berufe Kauffrau im Einzelhandel (1350), Bürokauffrau (1160) und Verkäuferin (1070) vorn. Insgesamt wurden 2010 in Hessen 23 000 Ausbildungsverträge von jungen Männern und 16 600 von jungen Frauen neu abgeschlossen. Eine detaillierte Übersicht über die 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe nach Ausbildungsverhältnissen und Neuabschlüssen finden Sie im Internetangebot des Hessischen Statistischen Landesamtes unter: www.statistik-hessen.de (Bildung/Berufliche Bildung).

Wirtschaftsleistung und -strukturen sowie Einkommensverteilung und -umverteilung in den Verwaltungsbezirken Hessens

Informationen zur Entwicklung und Struktur der Wirtschaftsleistung sowie zu den Einkommensverhältnissen in den kreisfreien Städten und Landkreisen sind für die Wirtschaftspolitik eines Bundeslandes von großer Bedeutung. Im vorliegenden Beitrag wird eingangs die Entwicklung der Wirtschaftsleistung im Krisenjahr 2009 dargestellt. Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der hessischen Landkreise nahm 2009 gegenüber dem Vorjahr um 3,4 % ab und lag damit genau im Bundestrend. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise waren in den Kreisen deutlich stärker zu spüren als in den kreisfreien Städten, die einen Rückgang des BIP um 0,5 % verzeichneten. Landesweit nahm das nominale BIP um 2,2 % ab. Anschließend werden regionale Entwicklungen aus der Entstehungs- und aus der Verteilungsperspektive aufgezeigt. Entstehungsseitig werden strukturelle Änderungen anhand von 2 Trends dargestellt: Zum einen wird der Trend zur Dienstleistungswirtschaft, der auch unter dem Schlagwort Tertiärisierung firmiert, thematisiert, zum anderen soll der Trend zur Wissenswirtschaft anhand der Entwicklung technologieintensiver Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes und wissensintensiver Dienstleistungen dargestellt werden. Im Zehnjahresvergleich nahm der Anteil des Dienstleistungsbereichs in den Landkreisen stärker zu als in den kreisfreien Städten, jedoch auf einem geringeren Niveau. Beim Einkommensaggregat „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer“ zeigen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen. Eine Zerlegung dieser Unterschiede in einen Struktur- und einen Einkommenseffekt legt offen, dass Letzterer in der Gesamtbetrachtung überwiegt, was bedeutet, dass die Entlohnung in den kreisfreien Städten innerhalb der gleichen Wirtschaftsbereiche höher als in den Landkreisen ist. Bei der Betrachtung der beiden Effekte auf der Ebene der Wirtschaftsbereiche sind jedoch regionalspezifische Strukturen ausschlaggebend. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist das aussagekräftigste Einkommensaggregat, denn es enthält alle Einkommen, die den privaten Haushalten zufließen, und alle Abzüge, die es reduzieren. Spitzenreiter in Hessen beim verfügbaren Einkommen je Einwohner ist der Hochtaunuskreis; es zeigt sich, dass sich der Abstand zum einkommensschwächsten Kreis ausgeweitet hat. Nach der Darstellung der Entwicklung des verfügbaren Einkommens wird abschließend der Frage nachgegangen, wie sich die Einkommensverteilung, d. h. die Umverteilung vom Primäreinkommen zum verfügbaren Einkommen, im abgelaufenen Zehnjahreszeitraum in Hessen verändert hat. Das verfügbare Einkommen entwickelte sich stärker als das Primäreinkommen, was insbesondere auf die Zunahme von Sozialleistungen zurückgeführt werden kann. Damit hat die Umverteilung zwar zugenommen, der Abstand des letztplatzierten Kreises zum Landesdurchschnitt hat sich dennoch ausgeweitet. Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) stellt gesamtwirtschaftliche Ergebnisse auf Länderebene regelmäßig zur Verfügung. Das Hessische Statistische Landesamt, das diesem Arbeitskreis angehört, errechnet für Hessen darüber hinaus Ergebnisse auf der Ebene der Verwaltungsbezirke. Da die Regionalisierung der Landeswerte eine große Menge statistischer Quelldaten erfordert, liegen die Ergebnisse für die Verwaltungsbezirke erst eineinhalb Jahre nach Ablauf des Berichtsjahres vor.

In den Landkreisen wurden 60 % der Wirtschaftsleistung erbracht

Im Jahr 2009 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Hessen 215,3 Mrd. Euro¹⁾. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) umfasst den Wert aller in einer Region produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Damit drückt das BIP die in einer Region erbrach-

te wirtschaftliche Leistung aus. Knapp 60 % wurden in den Landkreisen und gut 40 % in den kreisfreien Städten erwirtschaftet. Der wirtschaftliche Schwerpunkt des Landes liegt in Südhessen. Auf den Regierungsbezirk Darmstadt entfielen 70 % der hessischen Wirtschaftsleistung. Hier sind die großen kreisfreien Städte des Landes mit ihren zentralörtlichen Funktionen angesiedelt: Darmstadt als Sitz des Regierungspräsidiums und der Technischen Universität, Frankfurt am Main als Dienstleistungszentrum mit den Bankenzentralen, Sitz der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank und ebenfalls Universitätsstadt, sowie die Landeshauptstadt Wiesbaden als Standort der Landesverwaltung und von Versicherungsunternehmen. Damit

1) Ausführliche Angaben zur wirtschaftlichen Entwicklung in den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten können den Statistischen Berichten entnommen werden, die unter www.statistik-hessen.de, Thema „Gesamtwirtschaft, Konjunktur“, Unterthema „Veröffentlichungen“ kostenfrei abgerufen werden können.

Nominales Bruttoinlandsprodukt in den hessischen Verwaltungsbezirken 2009 in Rangfolge (Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr)



HSL 65/11

Berechnungen nach ESGV 1995. Berechnungsstand: August 2010/Juli 2011.

wurde im Regierungsbezirk Darmstadt das 2,4-fache der Regierungsbezirke Kassel und Gießen erwirtschaftet, die gut 16 bzw. 13 % zum Gesamtergebnis beitragen.

Schwergewicht unter den Verwaltungsbezirken war Frankfurt am Main. Hier wurde im Jahr 2009 allein ein Viertel des hessischen BIP erwirtschaftet. Dahinter folgte mit großem Abstand die Landeshauptstadt Wiesbaden mit einem Anteil von gut 6 %. Den größten Anteil unter den Kreisen trug der Landkreis Offenbach mit gut 5 % bei, gefolgt vom Main-Kinzig-Kreis mit einem Anteilwert von knapp 5 %. Die geringsten Beiträge zum hessischen BIP leisteten mit jeweils rund 1 % der Odenwaldkreis, der Vogelsbergkreis und der Werra-Meißner-Kreis.

BIP in den Kreisen stärker gesunken als in den kreisfreien Städten

In Hessen insgesamt nahm im Krisenjahr 2009 das BIP preisbereinigt um 4,1 % ab; nominal war ein Minus von 2,2 % festzustellen. In den Landkreisen ging das nominale BIP um 3,4 % zurück; das nominale BIP in Deutschland wies die gleiche Veränderungsrate auf. Damit schlug sich die Wirtschafts- und Finanzkrise in Hessen in den Kreisen deutlich stärker nieder als in den kreisfreien Städten, die einen Rückgang des nominalen BIP von 0,5 % verzeichneten. Im Lahn-Dill-Kreis nahm das BIP um 8,2 % ab. Dies war mit Abstand der stärkste Rückgang unter den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten, gefolgt vom Landkreis Groß-Gerau mit - 4,7 und dem Landkreis

Kassel mit - 4,5 %. Dagegen wies die Stadt Frankfurt am Main mit einem Minus von 0,2 % den geringsten Rückgang auf, gefolgt von der Wissenschaftsstadt Darmstadt mit - 0,4 %. Hierbei handelt es sich um vorläufige Ergebnisse, die für die hessischen Verwaltungsbezirke bis 2009 nur nominal vorliegen, da auf Kreisebene keine Informationen bezüglich der Deflationierung verfügbar sind.

Bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation muss neben der Veränderungsrate allerdings auch das Niveau betrachtet werden. So betrug beispielsweise im Jahr 2009 das BIP je Einwohner im Lahn-Dill-Kreis 28 500 Euro und lag damit über dem Durchschnitt der hessischen Kreise (27 590 Euro). Grundsätzlich belegen beim Vergleich der Wirtschaftsleistung je Einwohner die kreisfreien Städte Spitzenplätze. Sie profitieren von einem Überschuss an Einpendlern, die an ihrem Arbeitsort zur Wertschöpfung beitragen. Hier entfielen im Durchschnitt auf jeden Einwohner 61 860 Euro des BIP. Frankfurt am Main übertraf den Hessenwert (35 510 Euro) um mehr als 120 % und erreichte 79 490 Euro. Neben dem Einpendlerüberschuss zeichnen dafür eine hochproduktive Wirtschaftsstruktur und eine Häufung von Unternehmenszentralen verantwortlich. Am anderen Ende der Skala lag der Rheingau-Taunus-Kreis (20 400 Euro).

Wirtschaftsstrukturen und deren Veränderungen im Zeitablauf

Eine Darstellung der Wirtschaftsstrukturen, also der Bereiche, in denen die Wirtschaftsleistung erbracht wird, ist anhand des BIP, das zu Marktpreisen ermittelt wird, nicht möglich. Hierfür wird die Bruttowertschöpfung (BWS) zu Herstellungspreisen herangezogen. Die gesamtwirtschaftliche BWS wird berechnet, indem vom BIP die Gütersteuern abgezogen und die Gütersubventionen zum BIP addiert werden. Denn vom Marktpreis, den die Kunden zahlen, müssen die Hersteller die Gütersteuern unmittelbar an den Staat weiterreichen und erhalten ggf. umgekehrt vom Staat zusätzlich zum Marktpreis Gütersubventionen. Aus Sicht des Herstellers ist daher jede Einheit des von ihm produzierten Gutes zu Herstellungspreisen und nicht zu Marktpreisen zu bewerten. Bei den nachfolgenden Darstellungen werden die Ergebnisse keinem Vorjahresvergleich unterzogen, da sich Strukturen nicht sprunghaft, sondern nur allmählich ändern. Daher wird im Folgenden zu einem aussagekräftigeren Zehnjahresvergleich übergegangen.

Der Strukturwandel wird durch 2 Trends bestimmt. Zum einen durch den Trend zur Dienstleistungswirtschaft, der

2) Als Negativbeispiele seien Irland genannt, das vom Agrarstandort unter Auslassung der „industriellen Revolution“ sich zum Dienstleistungsstandort gewandelt und vor allem in diesem Bereich ausländische Direktinvestitionen angezogen hat, oder Griechenland, dessen wenig wettbewerbsfähige Industrie einem überdimensionierten öffentlichen Sektor gegenübersteht.

auch unter dem Schlagwort Tertiärisierung firmiert, und zum anderen durch den Trend zur Wissenswirtschaft, der dadurch gekennzeichnet ist, dass die Wirtschaftszweige die besten Wachstums- und Beschäftigungsaussichten haben, die besonders intensiv im Innovationswettbewerb stehen und hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung tätigen. Diese beiden Trends sollen im Folgenden dargestellt werden.

Deutliche Unterschiede der Wirtschaftszweigstrukturen

In Hessen wurden im Jahr 2009 gut 78 % der BWS im Dienstleistungsbereich erbracht; 2000 waren es noch knapp 73 %. Dies entspricht einer Zunahme von gut 5 Prozentpunkten. In den 3 Regierungsbezirken war jeweils der gleiche Anstieg zu beobachten, jedoch waren die Niveaus unterschiedlich. Während im Regierungsbezirk Darmstadt im Jahr 2009 knapp 81 % der Wirtschaftsleistung auf den tertiären Sektor entfielen, waren es im Regierungsbezirk Kassel knapp 73 % und im Regierungsbezirk Gießen 70 %.

In den hessischen kreisfreien Städten vollzog sich der Wandel in den letzten 10 Jahren zwar langsamer als in den Landkreisen, jedoch war in den Städten im Jahr 2000 das Niveau deutlich höher. Dort nahm der Dienstleistungsanteil um knapp 4 Prozentpunkte auf 84 % zu. Demgegenüber war in den Landkreisen ein Anstieg von gut 6 Prozentpunkten auf 74 % zu verzeichnen. Damit kann festgestellt werden, dass die Tertiärisierung in den kreisfreien Städten früher als in den Landkreisen erfolgt ist. Auf dem erhöhten städtischen Niveau war in den letzten 10 Jahren die Dynamik geringer als in den Kreisen, was bei Letzteren als Aufholprozess der Dienstleistungsbereiche verstanden werden kann. Diese Dynamik bedeutet aber nicht notwendigerweise einen Bedeutungsverlust des Produzierendes Gewerbes, denn es kann nicht dargestellt werden, in welchem Ausmaß Unternehmen des sekundären Sektors Dienstleistungen anziehen und wie stark die Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Bereichen sind. Weiterhin werden durch Outsourcing zunehmend kosten- und arbeitsintensive Teilfunktionen ausgelagert, wodurch sich Kostenvorteile ergeben und eine Konzentration auf das Kerngeschäft ermöglicht wird, mit dem Ziel, die Konkurrenzfähigkeit zu sichern und auszubauen. Damit geht auch die Erhaltung eines industriellen Kerns einher. Anders gewendet bedeutet dies: Die Dienstleister sind auf die Unternehmen des Produzierendes Gewerbes angewiesen, denen sie ihre Dienste anbieten können²⁾.

Der größte Zuwachs beim Dienstleistungsanteil unter den Kreisen war im Main-Kinzig-Kreis festzustellen. Hier nahm der Beitrag des tertiären Sektors von 2000 bis 2009 um knapp 12 Prozentpunkte auf knapp 71 % zu. Die geringsten Anstiege waren in der Stadt Kassel zu

Wirtschaftsstruktur in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen bzw. nach Technologie- bzw. Wissensintensität
(Anteile der BWS in jeweiligen Preisen an der BWS insgesamt — Angaben in %)

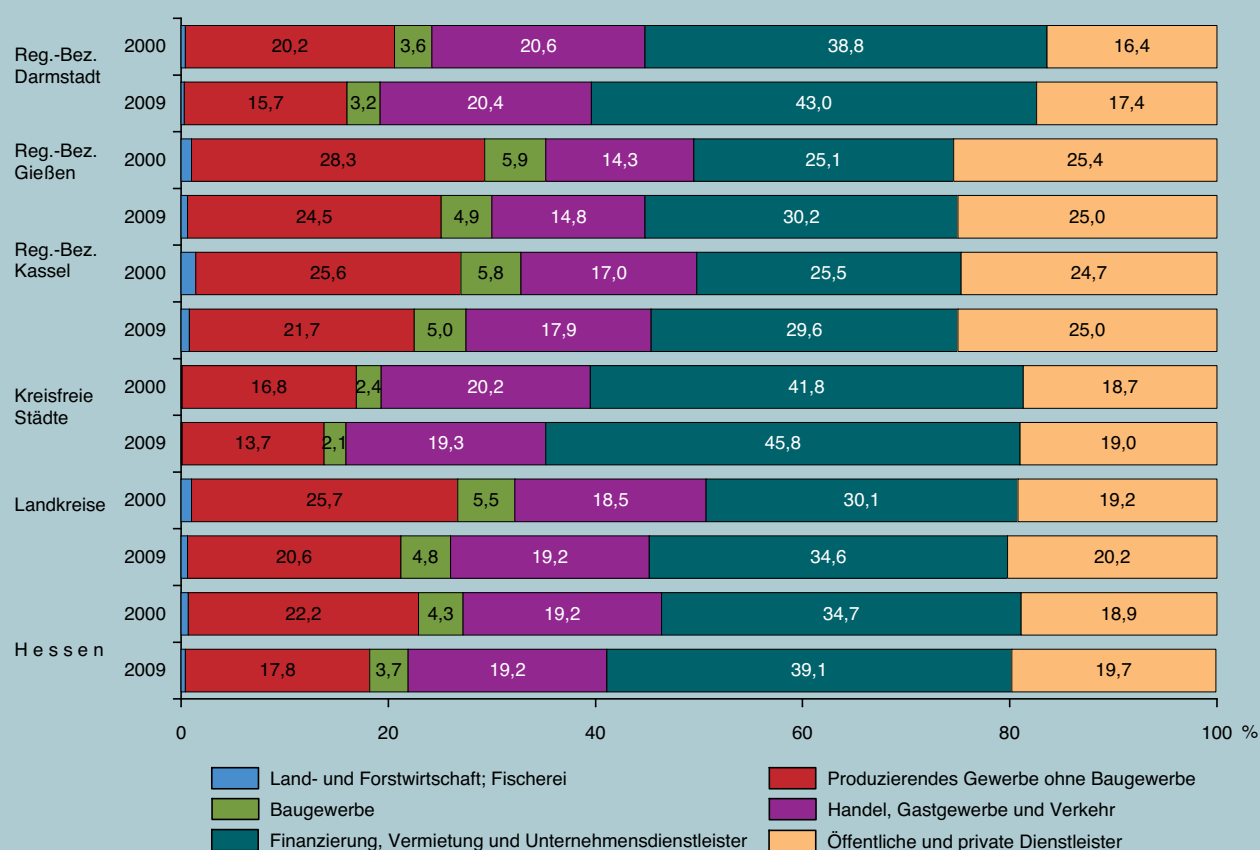
Verwaltungsbezirk	Jahr	Wirtschaftsbereiche							Technologie- bzw. Wissensintensität			
		Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister	Spitzen-technologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	hochwertige Technologie nutzende Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	Spitzentechnologie nutzende Dienstleistungen	weitere wissensintensive Dienstleistungen	übrige Wirtschaftsbereiche
Darmstadt, St.	2000	0,2	23,2	2,2	13,9	31,2	29,4	2,6	11,4	12,1	41,3	32,6
	2009	0,1	22,6	1,8	12,7	37,3	25,5	2,2	15,4	12,7	43,7	26,0
Frankfurt am Main, St.	2000	0,1	15,6	2,1	22,7	46,1	13,6	0,9	9,3	5,3	52,8	31,6
	2009	0,1	12,1	1,7	22,2	50,0	13,9	0,5	8,0	5,5	55,1	30,9
Offenbach am Main, St.	2000	0,1	25,7	2,5	21,9	31,4	18,4	0,0	20,3	3,5	39,6	36,6
	2009	0,1	15,7	3,4	19,1	39,9	21,8	0,3	10,7	3,6	50,3	35,1
Wiesbaden, St.	2000	0,2	13,3	3,1	14,6	42,8	26,0	1,0	5,2	3,4	51,8	38,5
	2009	0,2	10,8	2,9	13,8	44,5	27,9	1,6	5,0	4,0	53,0	36,3
Bergstraße	2000	1,0	25,4	7,1	17,7	29,4	19,4	4,4	6,3	2,7	40,0	46,5
	2009	0,7	22,8	5,7	18,1	33,3	19,4	4,4	6,3	3,2	43,1	42,9
Darmstadt- Dieburg	2000	1,1	23,5	7,1	18,9	31,8	17,6	5,7	7,1	4,4	38,6	44,2
	2009	0,8	20,1	6,3	20,0	34,0	18,9	7,2	6,4	4,6	42,1	39,8
Groß-Gerau	2000	0,5	32,2	3,2	30,3	23,3	10,5	0,1	24,3	4,0	37,0	34,5
	2009	0,4	23,0	3,4	29,4	30,4	13,5	0,0	17,5	6,3	37,2	39,0
Hochtaunus-kreis	2000	0,3	20,7	3,0	13,7	46,5	15,8	1,6	12,9	3,6	53,0	29,0
	2009	0,2	14,3	2,8	14,4	51,2	17,1	0,8	8,3	4,6	57,4	28,8
Main-Kinzig-Kreis	2000	0,8	33,7	6,1	18,6	25,2	15,6	1,7	11,5	2,6	32,6	51,5
	2009	0,7	22,9	5,5	19,0	32,6	19,3	0,8	7,7	2,6	43,0	45,9
Main-Taunus-Kreis	2000	0,3	14,6	2,8	23,9	47,3	11,2	1,3	7,3	5,0	50,5	35,9
	2009	0,2	9,2	2,3	27,0	48,3	13,0	0,9	4,9	7,2	51,3	35,6
Odenwaldkreis	2000	1,3	31,5	7,9	11,4	27,5	20,3	0,3	7,5	1,8	38,4	51,9
	2009	0,9	24,0	6,3	11,9	34,9	22,1	0,5	5,0	2,1	47,3	45,1
Offenbach	2000	0,3	20,2	4,5	26,2	37,7	11,1	0,8	10,0	5,0	41,2	43,0
	2009	0,3	15,2	4,0	26,6	41,0	12,9	0,7	6,6	5,9	44,5	42,4
Rheingau-Taunus-Kreis	2000	1,3	18,7	6,2	12,8	35,2	25,8	1,2	6,0	5,5	48,0	39,3
	2009	0,9	18,8	5,4	14,0	37,9	22,9	2,0	7,1	4,8	50,2	36,1
Wetteraukreis	2000	1,3	19,2	6,5	17,8	34,4	20,9	0,6	9,2	3,4	44,7	42,1
	2009	0,7	19,4	5,1	16,7	36,5	21,6	0,4	10,8	3,9	47,2	37,6
Reg.-Bez. Darmstadt	2000	0,4	20,2	3,6	20,6	38,8	16,4	1,3	10,4	4,7	46,5	37,1
	2009	0,3	15,7	3,2	20,4	43,0	17,4	1,2	8,4	5,3	49,8	35,3
Gießen	2000	0,6	19,0	4,9	19,3	27,0	29,1	1,6	6,7	4,2	45,8	41,8
	2009	0,4	15,3	4,0	18,6	33,6	28,0	1,6	4,4	3,8	49,8	40,4
Lahn-Dill-Kreis	2000	0,5	40,9	5,8	12,9	22,2	17,7	5,8	15,4	2,6	31,4	44,8
	2009	0,3	32,9	4,5	13,6	28,5	20,1	5,7	10,1	2,7	39,4	42,0
Limburg-Weilburg	2000	1,2	18,2	9,1	15,4	32,0	24,1	1,0	6,4	2,6	45,6	44,4
	2009	0,7	15,0	7,6	16,2	35,1	25,5	1,7	4,8	3,5	48,6	41,4
Marburg-Biedenkopf	2000	1,1	32,5	4,6	10,2	22,0	29,6	0,9	11,5	4,0	39,7	43,9
	2009	0,5	32,7	3,8	11,1	25,8	26,1	0,3	16,5	4,5	40,9	37,9
Vogelsbergkreis	2000	3,4	23,1	8,0	13,3	25,5	26,6	1,0	5,6	2,5	39,5	51,4
	2009	1,9	18,0	7,5	15,5	29,5	27,6	0,7	4,1	3,2	45,2	46,8
Reg.-Bez. Gießen	2000	1,0	28,3	5,9	14,3	25,1	25,4	2,4	10,0	3,4	40,0	44,2
	2009	0,6	24,5	4,9	14,8	30,2	25,0	2,3	9,0	3,6	44,3	40,8

Noch: Wirtschaftsstruktur in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen bzw. nach Technologie- bzw. Wissensintensität
(Anteile der BWS in jeweiligen Preisen an der BWS insgesamt — Angaben in %)

Verwaltungsbezirk	Jahr	Wirtschaftsbereiche							Technologie- bzw. Wissensintensität				
		Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister	Spitzen-technologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	hochwertige Technologie nutzende Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	Spitzentechnologie nutzende Dienstleistungen	weitere wissensintensive Dienstleistungen	übrige Wirtschaftsbereiche	
Kassel, St.	2000	0,2	18,8	3,5	18,1	29,4	30,0	0,5	9,9	4,1	45,1	40,4	
	2009	0,2	18,6	2,8	16,4	32,3	29,6	0,6	9,3	3,6	47,9	38,6	
Fulda	2000	1,3	25,1	7,6	19,2	26,7	20,1	1,2	5,3	4,4	36,7	52,4	
	2009	0,7	22,2	6,5	19,7	30,1	20,9	1,8	6,9	3,9	41,0	46,4	
Hersfeld-Rotenburg	2000	1,5	24,1	6,9	20,5	26,3	20,8	3,0	12,2	5,1	37,5	42,2	
	2009	0,9	24,0	5,9	21,6	27,9	19,7	5,2	13,2	5,3	39,0	37,3	
Kassel	2000	1,4	33,5	5,1	16,5	24,5	19,0	0,5	9,9	4,1	45,1	40,4	
	2009	0,8	24,7	4,7	18,7	31,1	20,0	0,4	18,7	3,5	43,0	34,4	
Schwalm-Eder-Kreis	2000	2,5	23,7	6,1	16,7	23,6	27,4	7,4	2,3	1,4	36,8	52,0	
	2009	1,3	20,5	4,7	18,9	26,0	28,6	10,0	2,6	2,0	40,0	45,4	
Waldeck-Frankenberg	2000	2,3	32,1	6,2	12,4	19,7	27,2	0,8	3,2	1,0	37,4	57,6	
	2009	1,3	24,9	5,5	14,8	26,4	27,0	0,6	3,9	1,5	44,9	49,3	
Werra-Meißner-Kreis	2000	2,1	24,1	7,2	13,4	25,2	28,0	0,4	5,7	1,1	40,7	52,2	
	2009	1,4	17,6	6,7	14,5	30,5	29,3	0,4	4,4	1,6	49,1	44,6	
Reg.-Bez. Kassel	2000	1,4	25,6	5,8	17,0	25,5	24,7	1,7	10,0	3,0	39,1	46,2	
	2009	0,8	21,7	5,0	17,9	29,6	25,0	2,4	8,8	3,2	43,6	42,0	
Hessen	2000	0,7	22,2	4,3	19,2	34,7	18,9	1,5	10,3	4,3	44,4	39,5	
	2009	0,4	17,8	3,7	19,2	39,1	19,7	1,5	8,5	4,8	48,1	37,1	
davon													
kreisfreie Städte	2000	0,1	16,8	2,4	20,2	41,8	18,7	1,0	9,6	5,4	50,1	33,9	
	2009	0,1	13,7	2,1	19,3	45,8	19,0	0,8	8,5	5,6	52,8	32,2	
Landkreise	2000	1,0	25,7	5,5	18,5	30,1	19,2	1,9	10,7	3,5	40,6	43,3	
	2009	0,6	20,6	4,8	19,2	34,6	20,2	2,0	8,6	4,2	44,8	40,4	

Quelle: Eigene Berechnungen anhand der Nomenklatur aus: Felix, Bernard, „Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes und wissensbasierte Dienstleistungen“, Statistik kurz gefasst, 13/2006, Eurostat, Luxemburg, 2006, S. 7.

Wirtschaftsstruktur in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 und 2009
(Anteile der BWS der Wirtschaftsbereiche an der BWS insgesamt¹⁾)



1) Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde auf die Angabe von Anteilwerten des Wirtschaftsbereichs „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“ verzichtet. Berechnungen nach ESVG 1995. Berechnungsstand: August 2010/Juli 2011.

HSL 66/11

verzeichnen, wo der Landeswert von gut 78 % im Jahr 2009 nur leicht übertroffen wurde.

Der Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ ist der gewichtigste in Hessen. Im Jahr 2009 wurden hier gut 39 % der Wirtschaftsleistung erbracht, gut 4 Prozentpunkte mehr als im Zehnjahresvergleich. Der größte Anstieg war mit knapp 9 Prozentpunkten in der Stadt Offenbach am Main festzustellen; der Landeswert wurde damit jedoch nur geringfügig übertroffen. In Frankfurt am Main wurde die Hälfte der Wirtschaftsleistung im genannten Wirtschaftsbereich erbracht; ein um 1 Prozentpunkt noch höheren Anteilwert wies der Hochtaunuskreis auf.

Unter den hessischen Kreisen verzeichnete der Lahn-Dill-Kreis den höchsten Anteil des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe. Wurden im Jahr 2000 hier noch knapp 41 % erwirtschaftet, war es im Jahr 2009 knapp ein Drittel. Ihren Industrieanteil halten bzw. noch leicht ausbauen konnten der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit einem Anteil von einem Drittel, sowie der Rheingau-Taunus-Kreis und der Wetteraukreis mit jeweils rund einem Fünftel.

Technologie- und wissensintensive Wirtschaftsbereiche

Nach der traditionellen Darstellung der Wirtschaftsstruktur der Verwaltungsbezirke anhand der Wirtschaftszweigklassifikation (NACE Rev. 1.1) wird im Folgenden eine alternative Beschreibung der ökonomischen Strukturen vorgestellt. Statt der Zusammenfassung nach ähnlichen Wirtschaftsbereichen bzw. Tätigkeiten erfolgt eine Beschreibung der wirtschaftlichen Verhältnisse anhand des Ausmaßes der Technologieintensität bzw. der Wissensbasierung.

Technologieintensive Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes werden als solche klassifiziert, wenn der Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) am Umsatz – der sogenannten FuE-Intensität – über 2,5 % liegt. Wird ein Anteilwert von 7 % überschritten, dann wird der Begriff „Spitzentechnologie-Sektoren“ verwendet. Das überwiegend naturwissenschaftlich-technologische Messkonzept ist sehr stark auf das Verarbeitende Gewerbe zugeschnitten. Die Aufwendungen in FuE finden im Dienstleistungsbereich keine Entsprechung. Im tertiären Sektor ist die Wissensintensität Ausdruck der Integration mit einer generischen oder dienstleistungsspezifischen Wissenschafts- oder

Technologiebasis. Bei ihr handelt es sich um eine Kombination aus in neuen Geräten gebundenem Wissen, hochqualifiziertem Personal und FuE-Intensität. Damit stellt der Anteil erstklassig qualifizierter Beschäftigter (Akademiker) sowie von über FuE hinaus noch mit Planung, Konstruktion, Design usw. befassten Personen eine relativ gute Annäherung an das Innovationspotenzial im Dienstleistungssektor und die Innovationsfähigkeit seiner Unternehmen dar. Diese Indikatoren entsprechen dem FuE-Personal in den Industriebetrieben: Der Einsatz von hoch qualifiziertem Personal bildet damit den gemeinsamen Nenner von technologieintensiven Industrien und wissensintensiven Dienstleistungen.

Die gemeinsame Abgrenzung wissensintensiver Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs erfolgt in einer Zusammenschau der folgenden Indikatoren:

- Der Anteil der Akademiker mit natur- und ingenieurwissenschaftlicher Ausrichtung ist ein Indiz für den Einsatz von Schlüsselqualifikationen für den technischen Forschungs- und Entwicklungsprozess („Wissenschaftlerintensität“).
- Der Anteil des Personals, das in den Bereichen „Forschung, Entwicklung und Konstruktion“ (FEK) eingesetzt wird, schließt vor allem die Lücken in der Erfassung der Innovationsaktivitäten im Dienstleistungssektor („FEK-Intensität“).
- Der Anteil der Beschäftigten mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss („Akademikerquote“) ermöglicht es, auch die Umsetzungsmöglichkeiten von technischen Innovationen im Dienstleistungsbereich zu erfassen. Technologie anwendende Unternehmen verfügen oftmals weniger über natur- und ingenieurwissenschaftliche Kernkompetenzen, sondern vielmehr über besondere Fähigkeiten in kaufmännischen, medizinischen oder sozialwissenschaftlichen Bereichen³⁾.

Die auf der Grundlage dieser Merkmale identifizierte Nomenklatur ist in der Übersicht auf Seite 278 dargestellt.

Die von Eurostat vorgenommene Klassifikation beschränkt sich nur auf den Dienstleistungsbereich und

3) Krawczyk, Olaf, et al., „Deutschlands forschungsintensive Industrien und wissensbasierte Dienstleistungen: Außenhandel, Produktion und Beschäftigung“, NIW, DIW (Herausgeber), „Studien zum deutschen Innovationssystem“, Nr. 17-2004, Hannover, Berlin, S. 4. ff.; Felix, Bernard, „Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes und wissensbasierte Dienstleistungen“, Statistik kurz gefasst, 13/2006, Eurostat, Luxemburg, 2006, S. 7. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse basieren auf der bei Eurostat erarbeiteten Nomenklatur.

4) Statistischer Bericht, Strukturhebung der Unternehmen im Dienstleistungsbereich in Hessen 2008, Kennziffer: J I 1 - j/08, Oktober 2010. Ergebnisse des Jahres 2009 können aus der genannten Erhebung nicht herangezogen werden, da diese bereits in der neuen Wirtschaftszweigklassifikation 2008 vorliegen und daher mit den VGR-Ergebnissen, die noch nach der Wirtschaftszweigklassifikation 2003 berechnet und veröffentlicht werden, nicht vergleichbar sind.

das Verarbeitende Gewerbe. Insbesondere wird der Wirtschaftsbereich „Energie- und Wasserversorgung“ als Bestandteil des Produzierenden Gewerbes in dieser Betrachtung ausgeklammert, obwohl davon auszugehen ist, dass insbesondere im erstgenannten Teilbereich hochwertige Technologien zum Einsatz kommen.

Ein anderer Schwachpunkt dieser Nomenklatur liegt in der Gliederungstiefe begründet. Auf dieser Aggregatensebene, d. h. der Ebene der Wirtschaftsabteilungen, können nur Strukturmuster aufgezeigt werden, differenzierte Darstellungen der Technologie- und Wissensbasierung sind nicht möglich. Da in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowohl bei der Erstellung der Landes- als auch der Kreisergebnisse auf Ebene der Wirtschaftsabteilungen gerechnet wird, ist diese Nomenklatur die einzige Möglichkeit, derartige Strukturen mit VGR-Daten abzubilden.

Vor der Darstellung der Ergebnisse werden im Folgenden einige Schwachstellen der genannten Nomenklatur skizziert. In der Abteilung 74 „Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“ werden alle nicht bereits klassifizierten Dienstleistungen zusammengefasst. Die Bandbreite reicht von Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Steuer- und Unternehmensberatung, Architekten- und Ingenieurbüros, Werbung, Call Center, Wach- und Sicherheitsdiensten, Gebäudereinigung bis hin zu weiteren Dienstleistungen, die an anderen Stellen der Klassifikation nicht aufgeführt wurden. Letztgenannte Teilbereiche erfüllen einerseits eher nicht den Tatbestand einer substantiellen Wissensbasierung, andererseits stellen sie nicht den Schwerpunkt des Wirtschaftsbereichs dar. Auf die letztgenannten 3 Bereiche entfielen im Jahr 2007 29 % der tätigen Personen in der Abteilung 74⁴⁾.

Auch der Abschnitt 92 „Kultur, Sport und Unterhaltung“ weist Teilbereiche auf, die nicht als besonders wissensintensiv anzusehen sind. Während die Film- und Videoherstellung, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, aber auch Bibliotheken, Archive und Museen eindeutig mehrheitlich als wissensbasiert anzusehen sind, trifft dies für den Betrieb von Sport-, Grün- und Gartenanlagen, Sportverbände bzw. -vereine, sowie das Wett- und Lotteriewesen, aber auch Spielbanken nicht schwerpunktmäßig zu. Die Ergebnisse sind durch die genannten Einschränkungen leicht verzerrt, gleichwohl liefern sie alternative Informationen über ökonomische Strukturen aus dem Blickwinkel der Technologie- und Wissensbasierung.

Technologie- und wissensintensive Wirtschaftszweige in den hessischen Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2009 wurden in Hessen knapp 63 % der Wirtschaftsleistung in technologie- und wissensintensi-

Klassifikation der technologieintensiven Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes und der wissensintensiven Dienstleistungen

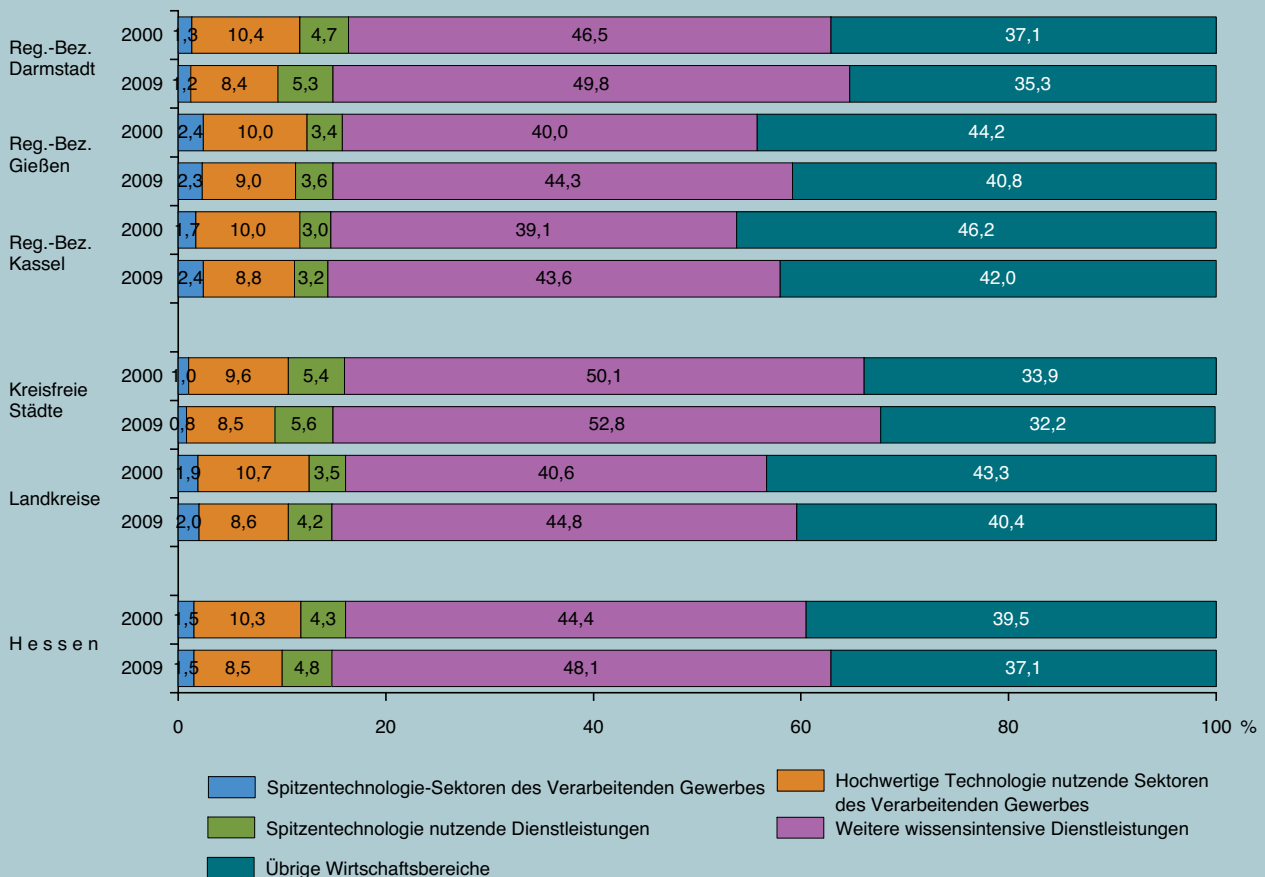
Abteilung der Wirtschaftszweigklassifikation 2003	Bezeichnung
Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	
30	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
32	Rundfunk- und Nachrichtentechnik
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren
Hochwertige Technologie nutzende Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	
24	Chemische Industrie
29	Maschinenbau
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.
34	Fahrzeugbau
35	Sonstiger Fahrzeugbau
Spitzentechnologie nutzende wissensintensive Dienstleistungen	
64	Nachrichtenübermittlung
72	Datenverarbeitung und Datenbanken
73	Forschung und Entwicklung
Weitere wissensintensive Dienstleistungen	
61	Schifffahrt
62	Luftfahrt
65	Kreditgewerbe
66	Versicherungsgewerbe
67	Mit dem Kreditgewerbe verbundene Tätigkeiten
70	Grundstücks- und Wohnungswesen
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal
74	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g.
80	Erziehung und Unterricht
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
92	Kultur, Sport und Unterhaltung

Quelle: Felix, Bernard, „Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes und wissensbasierte Dienstleistungen“, Statistik kurz gefasst, 13/2006, Eurostat, Luxemburg, 2006, S. 7.

ven Wirtschaftsbereichen erbracht. Gegenüber dem Jahr 2000 kann eine Zunahme dieses Anteilwertes von 2,4 Prozentpunkten festgestellt werden. Der Schwerpunkt lag auf den wissensintensiven Dienstleistungen, auf die knapp die Hälfte der BWS entfielen, und die gegenüber dem Jahr 2000 ihren Anteil um 3,7 Prozentpunkte steigern konnten. Die Spitzentechnologie nutzenden Dienstleistungen erhöhten im Zehnjahresvergleich ihren Anteil um 0,5 Prozentpunkte auf 4,8 % nur geringfügig. Auf die beiden technologieintensiven Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes entfielen im Jahr 2009 10,1 %, 1,7 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2000. Während bei den Spitzentechnologie nutzenden Sektoren eine Stagnation des Anteilwertes bei 1,5 % festzustellen war, nahm der Anteil der Wertschöpfung der hochwertigen Technologie nutzenden Sektoren an der gesamten Wertschöpfung um 1,7 Prozentpunkte auf 8,5 % ab.

Die Trends der 4 technologie- bzw. wissensintensiven Bereiche in Hessen können im Allgemeinen auch für die einzelnen Verwaltungsbezirke festgestellt werden. Auffallend ist, dass der Regierungsbezirk Kassel – entgegen der Landesentwicklung – seinen Anteil bei den Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes ausbauen konnte, was auf den Wirtschaftsbereich „Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren“ zurückzuführen ist. Daneben gab es zum Teil weitere beträchtliche strukturelle Unterschiede. So übertraf der Anteil der wissensintensiven Dienstleistungen der kreisfreien Städte den Landeswert, was ebenso für den Regierungsbezirk Darmstadt gilt, in dem die meisten hessischen kreisfreien Städte liegen. Dies führte auch dazu, dass die Landkreise – aber auch die weniger verstädterten Regierungsbezirke Gießen und Kassel – höhere Anteile an übrigen Wirtschaftsbereichen auf-

Wirtschaftsstruktur in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 und 2009
(Anteil der BWS technologieintensiver Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes bzw. wissensintensiver Dienstleistungsbereiche an der BWS insgesamt)



HSL 67/11

Berechnungsstand: August 2010/Juli 2011.

wiesen, die weniger technologie- bzw. wissensintensiv geprägt sind. Während die Landkreise bei den beiden Bereichen der wissensintensiven Dienstleistungen unter dem Landesmittelwert lagen, wiesen sie bei den beiden technologieintensiven Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes höhere Anteile als im Landesdurchschnitt auf.

Den höchsten Wertschöpfungsanteil von Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes wies der Schwalm-Eder-Kreis mit 10 %, gefolgt vom Landkreis Darmstadt-Dieburg mit 7,2 %, auf. In beiden Kreisen spielte der Wirtschaftsbereich „Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik und Herstellung von Uhren“ eine bedeutende Rolle. Während sich in den meisten Landkreisen dieser Anteilwert auf einem vergleichsweise geringem Niveau bewegte und im Zehnjahresvergleich abnahm, konnte in den beiden genannten Landkreisen der Anteilwert signifikant gesteigert werden.

Der Landkreis Kassel verzeichnete bei den hochwertigen Technologie nutzenden Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2009 mit 18,7 % den höchsten Wert in Hessen. Im Jahr 2000 lag der Anteil noch um 8,9 Pro-

zentpunkte niedriger. Der Anstieg war insbesondere auf den Wirtschaftsbereich „Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.“ zurückzuführen. Mit 17,5 % wies der Landkreis Groß-Gerau hier den zweithöchsten Anteilwert auf. Im Jahr 2000 lag der Anteil hier jedoch um 6,8 Prozentpunkte höher. Der Rückgang war insbesondere auf den Wirtschaftsbereich „Fahrzeugbau“ zurückzuführen. Der größte Anteilrückgang in diesem Bereich war mit 9,6 Prozentpunkten in der Stadt Offenbach am Main festzustellen, was durch den Bereich „Maschinenbau“ hervorgerufen wurde. Während in diesem Sektor in den meisten Landkreisen Rückgänge bei den Anteilwerten zu konstatieren waren, war fast eine Verdoppelung des Anteils im Landkreis Kassel zu beobachten, was auf das Konto des Maschinenbaus und des sonstigen Fahrzeugbaus – der die Herstellung von Fahrzeugen umfasst, die nicht in den Automobilbereich fallen – ging.

Den mit Abstand höchsten Wertschöpfungsanteil von Spitzentechnologie nutzenden wissensintensiven Dienstleistungen an der gesamten Wertschöpfung wies im Jahr 2009 mit 12,7 % die Stadt Darmstadt auf. Dahin-

ter folgte mit einem Anteil von 7,2 % der Main-Taunus-Kreis. Hier wie in der Stadt Darmstadt ist dies auf den Wirtschaftsbereich „Datenverarbeitung und Datenbanken“ zurückzuführen.

Bei den weiteren wissensintensiven Dienstleistungen wies der Hochtaunuskreis bereits im Jahr 2000 den höchsten Anteilwert auf, der bis ins Jahr 2009 auf 57 % gesteigert werden konnte. Verantwortlich dafür zeichneten die Wirtschaftsbereiche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie die Erbringung von Dienstleistungen, die, wie oben beschrieben, in anderen Bereichen nicht klassifiziert wurden. Auf diese beiden Bereiche gründete auch das hohe Niveau von Frankfurt am Main. Das größte Anteilsplus bei den weiteren wissensintensiven Dienstleistungen wies mit 10,6 % die Stadt Offenbach am Main auf. Allerdings wurde diese Zunahme von einem fast gleich hohen Anteilsminus bei den hochwertigen Technologie nutzenden Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes begleitet.

Mit Blick auf die Wirtschaftsstrukturen und die Entwicklung der Wirtschaftsleistung kann festgestellt werden, dass in den Regionen, in denen das Verarbeitende Gewerbe stark besetzt ist, die größten Rückgänge der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 zu verzeichnen waren. Dies trifft insbesondere auf den Lahn-Dill-Kreis zu; der Rückgang dieses Wirtschaftsbereichs schlug mit 22,9 % zu Buche. Im Landesdurchschnitt betrug die Abnahme 15,0 %, bei einem Wertschöpfungsanteil von 15,7 %. Hinsichtlich der kreisfreien Städte kann konstatiert werden, dass der höhere Dienstleistungsanteil und hier insbesondere der höhere Anteil wissensintensiver Dienstleistungen für geringere Rückgänge des nominalen BIP im Krisenjahr 2009 sorgte.

Lohnkosten: große Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen

Die in einer Region erbrachte Wirtschaftsleistung kann entstehungsseitig in den Wirtschaftsbereichen erfasst werden. Bei der Produktion von Waren und der Erbringung von Dienstleistungen wird der Produktionsfaktor Arbeit benötigt. Die Entlohnung der Arbeit erfolgt mit dem Arbeitnehmerentgelt. Hauptbestandteil sind die Bruttolöhne und -gehälter. Diese umfassen auch vom Arbeitnehmer gezahlte Sozialbeiträge und Einkommensteuer, die vom Arbeitgeber einbehalten und direkt an die Finanzbehörden bzw. Sozialsysteme abgeführt werden. Das Arbeitnehmerentgelt schließt neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber ein. Somit ist das Arbeitnehmerentgelt zum einen eine Einkommensgröße, zum anderen aber auch eine Kostengröße, die den Aufwand für den Produktionsfaktor Arbeit abbildet. Bezieht man das Arbeitnehmerentgelt auf die Zahl der Arbeitnehmer, spricht man von den Lohnkosten.

Im Jahr 2009 gab es bei den Lohnkosten große Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen in Hessen. Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer lag in den kreisfreien Städten bei 42 400 Euro, während es in den Landkreisen durchschnittlich 35 730 Euro betrug. In allen sieben nachgewiesenen Wirtschaftsbereichen lagen die Werte der kreisfreien Städte über denen der Landkreise. Die größten Unterschiede waren beim Verarbeitenden Gewerbe festzustellen.

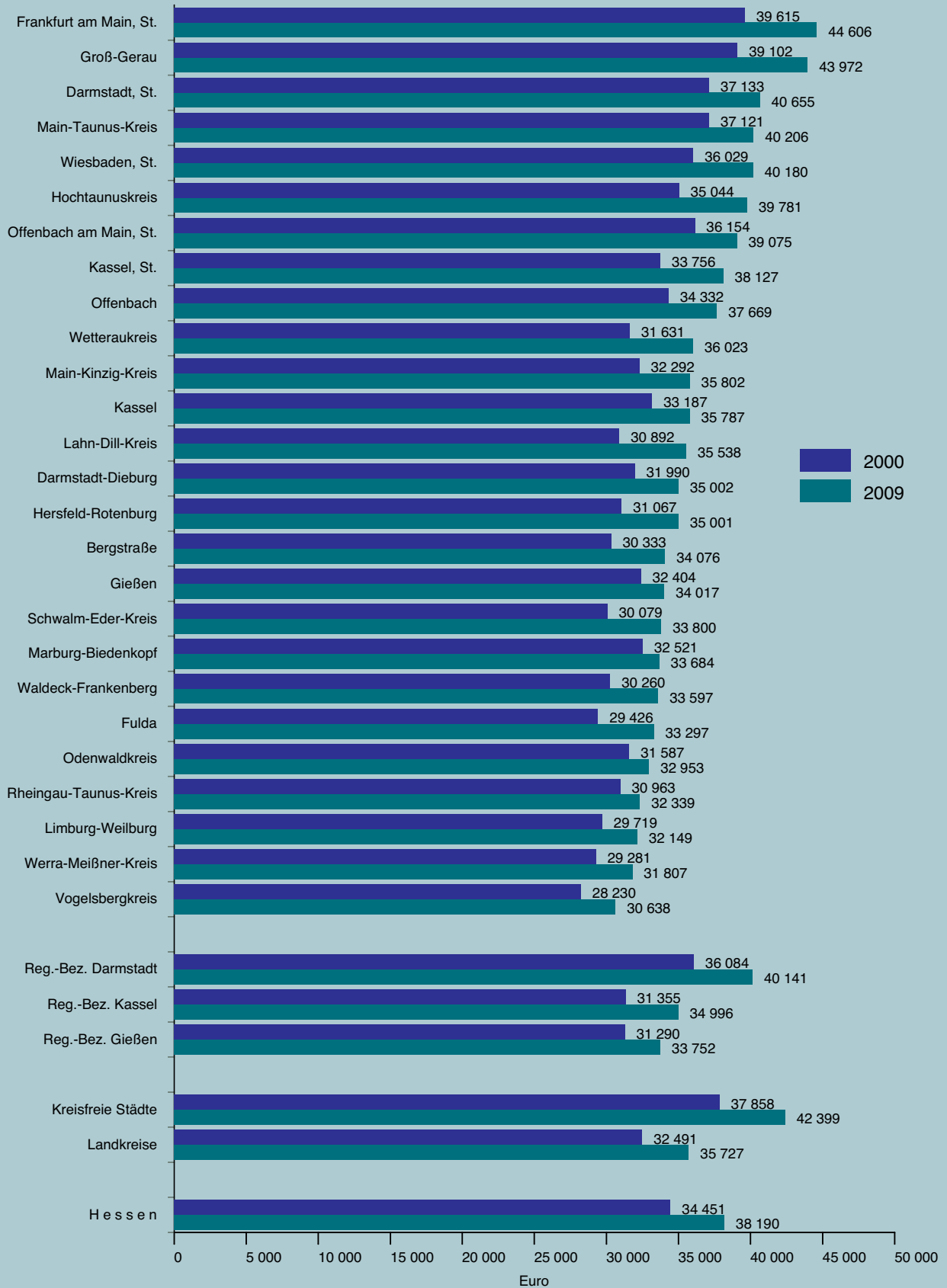
In Frankfurt am Main wurde 2009 mit 44 610 Euro das höchste Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Hessen geleistet. Die größte hessische Stadt lag damit 17 % über dem Landesdurchschnitt (38 190 Euro). Der Vogelsbergkreis hatte mit 30 640 Euro den geringsten Pro-Kopf-Wert; dies entspricht 80 % des Landesdurchschnitts. Maßgeblich für diese Differenz ist das Verarbeitende Gewerbe. Hier erreichte der Vogelsbergkreis nur 52 % des Wertes von Frankfurt am Main.

Der Großteil der gesamten hessischen Arbeitnehmerentgelte (106,3 Mrd. Euro) entfiel mit 69 % auf den Regierungsbezirk Darmstadt, wo die großen kreisfreien Städte mit ihren zentralörtlichen Funktionen und Unternehmenszentralen angesiedelt sind. Fast ein Viertel der Arbeitnehmerentgelte in Hessen wurde allein in Frankfurt am Main geleistet.

Im Vergleich zum Jahr 2000 zeigt sich, dass die Lohnkosten in den kreisfreien Städten mit 12 % stärker als im Landesdurchschnitt (+ 10,9 %) zugenommen haben. Während in Frankfurt am Main die Lohnkosten um 12,6 % im Zehnjahresvergleich anstiegen, waren es in der Stadt Offenbach dagegen nur 8,1 %. Damit lag die Wachstumsspanne in den kreisfreien Städten bei 4,5 Prozentpunkten. Für die Entwicklung in Offenbach am Main kann das Produzierende Gewerbe verantwortlich gemacht werden, das ein Minus von 5,1 % aufwies. Dagegen nahmen landesweit die Lohnkosten in diesem Wirtschaftsbereich um 12,2 % zu.

In den Landkreisen war jedoch eine deutlich größere Streuung der Zuwächse festzustellen. Hier betrug die Spannweite der Veränderungsraten 11,5 Prozentpunkte. Spitzenreiter war der Lahn-Dill-Kreis mit einem Anstieg von 15,0 %. Ausschlaggebend dafür war das starke Wachstum im Produzierenden Gewerbe (+ 15,3 %). Am unteren Ende der Skala der Kreise lag der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit einem Lohnkostenanstieg von 3,6 %. Während hier das Produzierende Gewerbe mit einem Anstieg von 11,4 % im Landesvergleich ganz gut lag, waren in anderen Wirtschaftsbereichen größere Wachstumsdifferenzen festzustellen. Im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ nahmen im Landkreis Marburg-Biedenkopf die Lohnkosten um 5,6 % zu, während im Land der Anstieg mit 11,6 % mehr als doppelt so hoch ausfiel. Gegenläufige Entwicklungen zeigten sich im Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienst-

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in den hessischen Verwaltungsbezirken 2000 und 2009 in Rangfolge 2009



leister“. Hier war im Landesmittel ein Plus von 6,4 % zu verzeichnen, während der Landkreis Marburg-Biedenkopf einen Rückgang von 6,7 % hinnehmen musste.

Dekomposition der Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt je Einwohner

Beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zeigten sich zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen starke Unterschiede. Diese können im Wesentlichen auf 2 Effekte zurückgeführt werden:

- Zum einen können die Abweichungen auf unterschiedliche Anteile der Arbeitnehmer in den einzel-

nen Wirtschaftsbereichen an allen Arbeitnehmern verantwortlich gemacht werden (Struktureffekt).

- Zum anderen können unterschiedliche Bezahlungen innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche der Grund für die Differenzen zwischen den Verwaltungsbezirken sein (Einkommenseffekt).

Das Ausmaß dieser beiden Komponenten kann mit einem Dekompositionsverfahren berechnet werden (Berechnungsformel siehe Kasten auf Seite 284).

Die Ergebnisse zeigen, dass im Jahr 2009 Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in der

Dekomposition der Differenz des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer im jeweiligen Verwaltungsbezirk zum

Verwaltungsbezirk	Abweichung: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im jeweiligen Verwaltungsbezirk abzgl. Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Hessen	Struktureffekt						
		Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister	zusammen
Darmstadt, St.	2 465	- 78	472	- 859	- 1 950	- 308	2 529	- 194
Frankfurt am Main, St.	6 416	- 133	- 6 471	- 662	1 124	9 502	- 1 725	1 635
Offenbach am Main, St.	885	- 120	45	- 33	- 1 712	2 200	986	1 367
Wiesbaden, St.	1 990	- 55	- 4 662	- 145	- 1 372	3 028	3 220	14
Bergstraße	- 4 114	153	1 280	552	1 010	- 3 915	- 472	- 1 393
Darmstadt-Dieburg	- 3 188	209	2 546	825	717	- 3 274	- 1 625	- 603
Groß-Gerau	5 782	11	4 659	- 45	2 870	- 2 301	- 2 884	2 310
Hochtaunuskreis	1 591	- 25	- 1 590	- 270	- 1 233	3 152	- 820	- 786
Main-Kinzig-Kreis	- 2 388	73	3 012	526	- 378	- 2 902	- 680	- 350
Main-Taunus-Kreis	2 016	- 16	- 3 973	- 454	2 959	3 523	- 1 805	234
Odenwaldkreis	- 5 237	67	4 867	451	- 1 520	- 3 542	- 492	- 169
Offenbach	- 521	- 5	315	164	2 986	- 844	- 3 070	- 454
Rheingau-Taunus-Kreis	- 5 851	328	255	272	- 652	- 2 526	703	- 1 620
Wetteraukreis	- 2 167	62	1 139	321	- 386	- 2 222	289	- 796
Reg.-Bez. Darmstadt	1 951	- 15	- 1 473	- 118	305	2 431	- 746	384
Gießen	- 4 173	- 18	284	- 150	124	- 3 622	2 881	- 500
Lahn-Dill-Kreis	- 2 652	- 8	6 489	90	- 1 045	- 4 126	- 895	506
Limburg-Weilburg	- 6 041	25	- 269	850	687	- 3 584	988	- 1 303
Marburg-Biedenkopf	- 4 506	- 20	3 019	- 90	- 2 021	- 4 570	2 936	- 746
Vogelsbergkreis	- 7 552	222	2 603	874	- 770	- 5 505	1 069	- 1 508
Reg.-Bez. Gießen	- 4 438	11	2 506	156	- 760	- 4 154	1 589	- 651
Kassel, St.	- 63	- 79	- 2 167	- 375	- 17	- 2 115	3 743	- 1 010
Fulda	- 4 893	- 4	1 567	827	410	- 3 617	- 409	- 1 227
Hersfeld-Rotenburg	- 3 189	49	2 305	890	1 176	- 5 216	- 188	- 983
Kassel	- 2 403	108	6 694	- 37	- 412	- 4 132	- 1 337	884
Schwalm-Eder-Kreis	- 4 390	97	2 013	61	- 137	- 5 755	3 095	- 626
Waldeck-Frankenberg	- 4 593	83	4 263	287	- 1 334	- 6 234	1 704	- 1 230
Werra-Meißner-Kreis	- 6 383	355	775	727	- 906	- 5 374	2 772	- 1 652
Reg.-Bez. Kassel	- 3 194	48	2 013	244	- 156	- 4 308	1 305	- 854
Kreisfreie Städte	4 209	- 109	- 4 304	- 510	- 25	5 542	335	928
Landkreise	- 2 463	61	1 958	254	76	- 2 955	- 146	- 751

Quelle: Eigene Berechnungen.

Summe der Wirtschaftszweige zwischen den hessischen Verwaltungsbezirken und dem Landesdurchschnitt weniger auf Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zurückgeführt werden können, da der Struktureffekt insgesamt in den meisten Fällen betragsmäßig kleiner ist als der Einkommenseffekt insgesamt. Betrachtet man allerdings die Effekte der einzelnen Wirtschaftsbereiche, so fällt auf, dass die Struktureffekte die Einkommenseffekte betragsmäßig dominieren. Dies scheint zunächst ein Widerspruch zu sein. Die Struktureffekte einzelner Wirtschaftsbereiche weisen jedoch unterschiedliche Vorzeichen auf, sodass sich die Effekte zum Teil kompensieren.

Per saldo ist somit der Struktureffekt betragsmäßig kleiner als der Einkommenseffekt.

In den kreisfreien Städten lag im Jahr 2009 das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer um 4209 Euro höher als im Landesdurchschnitt. Mit dem Einkommenseffekt, d. h. der unterschiedlichen Entlohnung in denselben Wirtschaftsbereichen, können 3281 Euro bzw. rund vier Fünftel der Differenz erklärt werden. Der größte Teil des Einkommenseffekts entfiel auf das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe. Auf den Struktureffekt entfielen insgesamt 928 Euro bzw. 22 %. Somit leistet die Abweichung der Wirtschaftszweigstruktur der kreisfreien Städ-

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Hessen 2009 (Angaben in Euro)

Einkommenseffekt							zusammen	Verwaltungsbezirk
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister			
- 4	1 756	247	- 13	757	- 84	2 659	Darmstadt, St.	
5	2 759	285	695	616	423	4 781	Frankfurt am Main, St.	
1	- 132	- 65	- 293	60	- 52	- 481	Offenbach am Main, St.	
11	1 561	31	68	- 6	312	1 976	Wiesbaden, St.	
- 32	- 650	- 73	- 885	- 807	- 273	- 2 720	Bergstraße	
- 25	- 282	- 9	- 710	- 1 395	- 164	- 2 585	Darmstadt-Dieburg	
- 20	2 476	- 64	814	246	20	3 472	Groß-Gerau	
11	2 054	- 10	348	- 84	59	2 378	Hochtaunuskreis	
23	- 222	- 23	- 758	- 811	- 246	- 2 037	Main-Kinzig-Kreis	
- 5	155	131	613	684	204	1 782	Main-Taunus-Kreis	
4	- 1 959	- 97	- 1 349	- 1 550	- 116	- 5 068	Odenwaldkreis	
2	- 249	112	826	- 638	- 120	- 67	Offenbach	
- 17	- 1 291	- 55	- 1 112	- 1 131	- 625	- 4 230	Rheingau-Taunus-Kreis	
1	202	- 102	- 797	- 464	- 210	- 1 370	Wetteraukreis	
- 5	863	55	356	199	100	1 568	Reg.-Bez. Darmstadt	
3	- 1 869	- 116	- 380	- 908	- 402	- 3 672	Gießen	
2	- 667	- 203	- 1 009	- 1 450	170	- 3 157	Lahn-Dill-Kreis	
- 1	- 2 407	- 135	- 652	- 1 251	- 293	- 4 738	Limburg-Weilburg	
7	- 1 124	- 94	- 1 576	- 476	- 497	- 3 759	Marburg-Biedenkopf	
- 5	- 2 486	- 49	- 1 642	- 1 310	- 552	- 6 044	Vogelsbergkreis	
2	- 1 385	- 128	- 922	- 1 007	- 347	- 3 786	Reg.-Bez. Gießen	
21	1 278	10	- 622	- 36	295	947	Kassel, St.	
1	- 2 056	6	- 615	- 718	- 284	- 3 665	Fulda	
19	- 944	44	- 612	- 539	- 174	- 2 206	Hersfeld-Rotenburg	
- 6	- 32	- 57	- 1 092	- 1 736	- 365	- 3 287	Kassel	
3	- 1 353	- 145	- 782	- 1 191	- 297	- 3 764	Schwalm-Eder-Kreis	
22	- 1 342	- 188	- 1 013	- 617	- 224	- 3 362	Waldeck-Frankenberg	
19	- 2 189	- 84	- 1 387	- 875	- 215	- 4 731	Werra-Meißner-Kreis	
10	- 803	- 47	- 782	- 655	- 63	- 2 340	Reg.-Bez. Kassel	
8	1 888	163	441	497	284	3 281	Kreisfreie Städte	
- 2	- 544	- 52	- 320	- 578	- 216	- 1 711	Landkreise	

Dekomposition der Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer¹⁾

Bei den Berechnungen zur Dekomposition der Unterschiede bei Arbeitnehmerentgelt (ANE) je Arbeitnehmer (AN) in den einzelnen Verwaltungsbezirken wird als Vergleich das landesdurchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer herangezogen. Damit wird der Abstand der genannten Größe eines Verwaltungsbezirks (V) zum hessischen Landesdurchschnitt (HE) wie folgt zerlegt:

$$\left(\frac{ANE}{AN}\right)_V - \left(\frac{ANE}{AN}\right)_{HE} = \underbrace{\sum_i \left(\frac{ANE}{AN}\right)_{V,i} \cdot (S_{V,i} - S_{HE,i})}_{\text{Struktureffekt}} + \underbrace{\sum_i S_{V,i} \cdot \left[\left(\frac{ANE}{AN}\right)_{V,i} - \left(\frac{ANE}{AN}\right)_{HE,i}\right]}_{\text{Einkommenseffekt}}$$

Der Index i bezeichnet den Wirtschaftszweig. Weiterhin stellt S_i den Anteil der Arbeitnehmer im Wirtschaftszweig i an allen Arbeitnehmern in der betrachteten Gebietseinheit dar

Der erste Term der Formel zur Dekomposition von Unterschieden beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer drückt den Effekt von Abweichungen in der Branchenstruktur zwischen dem betrachteten Verwaltungsbezirk und Hessen aus (Struktureffekt). Mit dem zweiten Term wird die Wirkung der Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer innerhalb der Wirtschaftszweige gemessen (Einkommenseffekt).

Ein positiver (negativer) Struktureffekt drückt aus, dass Wirtschaftsbereiche eines Verwaltungsbezirks, deren Arbeitnehmeranteile über (unter) dem Landesdurchschnitt liegen, mit einem höheren (niedrigeren) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im betreffenden Verwaltungsbezirk als in Hessen einhergehen.

Ein positiver (negativer) Einkommenseffekt bedeutet, dass das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer eines Wirtschaftsbereichs eines Verwaltungsbezirks höher (geringer) ist als im gleichen Wirtschaftsbereich im Landesdurchschnitt.

1) Die vorliegende Dekomposition von Unterschieden beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ist angelehnt an die Zerlegung unterschiedlicher FuE-Intensitäten. Moncada-Paternò-Castello, Pietro; Ciupagea, Constantin; Smith, Keith; Tübke, Alexander; Tubbs, Mike; „Does Europe perform too little corporate R&D? A comparison of EU and non-EU corporate R&D performance“, Joint Research Center of the European Commission, JRC Technical Notes No. 11/2009, S. 13.

te zum Land Hessen per saldo einen deutlich geringeren Erklärungsanteil. Die Komponenten des Struktureffekts sind jedoch sehr verschieden. Während die unternehmensnahen Dienstleister einen positiven Beitrag zum Struktureffekt leisteten – der Arbeitnehmeranteil lag in den kreisfreien Städten bei 32 % und im Land bei 22 % –, wirkte das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe dem entgegen. Der Arbeitnehmeranteil dieses Wirtschaftsbereichs lag in den kreisfreien Städten bei 11 %, in Hessen insgesamt waren es 18 %. Damit wird deutlich, dass bei der Betrachtung der Effekte einzelner Wirtschaftsbereiche die Strukturen für das Zustandekommen von Unterschieden im Wesentlichen verantwortlich sind.

In den Landkreisen zeigte sich ein Spiegelbild zu den kreisfreien Städten. Die beiden Gesamteffekte wiesen ein negatives Vorzeichen auf. Der Einkommenseffekt war in allen Wirtschaftsbereichen negativ, d. h. hier wurden im Vergleich zum Landesdurchschnitt geringere Arbeitnehmerentgelte entrichtet. Beim Struktureffekt schlugen die in den Landkreisen weniger stark vertretenen unternehmensnahen Dienstleister negativ zu Buche. Das hier

stärker besetzte Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe konnte dies allerdings nicht kompensieren.

In den meisten Fällen wiesen der Einkommens- und der Struktureffekt die gleichen Vorzeichen auf. Dies bedeutet, dass Differenzen aufgrund unterschiedlicher Bezahlungen in den Wirtschaftsbereichen durch die in den jeweiligen Verwaltungsbezirken vorherrschenden Wirtschaftsstrukturen verstärkt wurden. Dies wird besonders an 2 Beispielen deutlich. Während der Vogelsbergkreis im Vergleich zum Landesdurchschnitt mit unterdurchschnittlichen Arbeitnehmerentgelten und einem unterdurchschnittlichen Arbeitnehmeranteil im Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ gekennzeichnet war, verhielt es sich in der Stadt Frankfurt am Main umgekehrt. Die Agglomeration von Bankzentralen und Hauptsitzen von Unternehmensberatungen, in denen höhere Entgelte als in den Filialen in den Landkreisen bezahlt werden, wirkt sich in Frankfurt am Main massiv aus. In beiden Fällen konnten die deutlich wirkenden Struktureffekte der unternehmensnahen Dienstleister nicht durch die Struktureffekte

des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe kompensiert werden. Diese Beobachtung trifft für die meisten Wirtschaftszweige in den hessischen Verwaltungsbezirken zu.

In 3 Fällen nahm der Struktureffekt betragsmäßig größere Werte an als der Einkommenseffekt (jeweils in summarischer Betrachtung). Die Stadt Kassel wies wegen des Sitzes des Regierungspräsidiums strukturelle Vorteile im Bereich der „Öffentlichen und privaten Dienstleister“ auf. Diese wurden aber überkompensiert durch die unternehmensnahen Dienstleister und das Produzierende Gewerbe. Gleichwohl ist in der Stadt Kassel der geringste Abstand beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zum Land Hessen zu verzeichnen.

In der Stadt Offenbach am Main wirkte per saldo der Struktureffekt dem Einkommenseffekt entgegen. Die Strukturvorteile, die sich durch die unternehmensnahen sowie öffentlichen und privaten Dienstleister ergaben, wurden durch den Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ geschmälert aber nicht vollständig kompensiert. Anders verhielt es sich im Landkreis Offenbach: Die strukturellen Vorteile im Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ gegenüber dem Land wurden durch die Nachteile bei den anderen beiden Dienstleistungsbereichen aufgezehrt. Vom Struktureffekt des Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe, der in den meisten Verwaltungsbezirken hohe Werte annahm, gingen im Landkreis Offenbach kaum Impulse aus. Insgesamt war jedoch der Unterschied beim Arbeitnehmerentgelt im Vergleich zum Landesdurchschnitt gering ausgeprägt.

Verteilungsrechnung: Definitionen und Berechnung

Nach der entstehungsseitigen Betrachtung der regionalen VGR sollen im Folgenden Entwicklungen auf der Verteilungsseite dargestellt werden. Der zentrale Einkommensbegriff der Verteilungsrechnung innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Es stellt das Einkommen dar, das von den privaten Haushalten für Konsum oder Sparen verwendet werden kann. Der Sektor „private Haushalte“ umfasst Einzelpersonen oder Gruppen von Einzelpersonen, die in der Volkswirtschaft als Konsumenten fungieren. Sie können aber auch als Marktproduzenten tätig sein, soweit sie nicht als Quasi-Kapitalgesellschaften auftreten. Das sind marktbestimmte Einheiten mit vollständiger Rechnungslegung, deren wirtschaftliches und finanzielles Verhalten in etwa dem von Kapitalgesellschaften entspricht, wie etwa Einzelunternehmer, selbstständige Landwirte, Gastwirte, Heimarbeiter oder Angehörige der freien Berufe. Weiterhin beinhaltet der Sektor „private Haushalte“ die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, wie beispielsweise

Gewerkschaften, Fachverbände, politische Parteien sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Beginnend mit der primären Einkommensverteilung wird das Arbeitnehmerentgelt, das aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber besteht, errechnet. Dazu werden die Einkommen aus unternehmerischen Tätigkeiten und der Saldo des Vermögenseinkommens der privaten Haushalte, wie beispielsweise Zinsen, Gewinnausschüttungen oder Pachten, addiert. Das Ergebnis ist das Primäreinkommen; es stellt den weitestgefassten Einkommensbegriff dar. Um zum verfügbaren Einkommen zu gelangen, werden vom Primäreinkommen die geleisteten Transfers abgezogen. Diese umfassen im Wesentlichen Steuern und Sozialbeiträge der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Selbstständigen sowie die vom Staat für Erwerbslose übernommenen Beiträge. Addiert werden die empfangenen Transfers der privaten Haushalte, die zum Großteil aus monetären Sozialleistungen bestehen. Diese können differenziert werden in Geldleistungen der Sozialversicherung, Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen und Sozialleistungen der Arbeitgeber. Unter die empfangenen laufenden Transfers fallen u. a. auch die Geldleistungen der Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie Pension, die Geldleistungen von Schadenversicherungen, der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung, Wohngeld, Erziehungsgeld, Ausbildungsbeihilfen und Kriegsopferversorgung. Das verfügbare Einkommen schließt somit alle den privaten Haushalten zugeflossenen Einkommen abzüglich der geleisteten Transfers und Zinsen auf Konsumentenkredite ein. Der Übergang vom Primäreinkommen zum verfügbaren Einkommen wird als Umverteilung bezeichnet.

Bei der Interpretation der Durchschnittseinkommen ist zu beachten, dass die Art der sozialen Sicherung die Höhe des verfügbaren Einkommens beeinflusst. So sind die insbesondere für Arbeiter und Angestellte getätigten Beiträge zur Sozialversicherung nicht im verfügbaren Einkommen enthalten, da sie als geleistete laufende Transfers abgezogen werden. Selbstständige müssen dagegen ihre private Altersvorsorge aus ihrem verfügbaren Einkommen leisten, sofern es sich nicht um Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung handelt. Erstattungen privater Krankenkassen und Beihilfezahlungen an Beamte und Pensionäre erhöhen das verfügbare Einkommen, Sachleistungen der gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen nicht im verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte enthalten. Darüber hinaus umfasst das Konzept des verfügbaren Einkommens auch sogenannte unterstellte Einkommen. So gehören zu den Unternehmensgewinnen und Vermögenseinkommen zum einen Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen, die aus der Verzinsung versicherungstechnischer Rückstellungen bei Versicherungsunternehmen

und Pensionskassen, insbesondere aus Kapitallebensversicherungen, resultieren und zum anderen unterstellte Einkommen im Zusammenhang mit selbstgenutztem Wohneigentum.

Das Berechnungsschema des Einkommensverteilungskontos der privaten Haushalte kann wie folgt dargestellt werden:

Bruttolöhne und -gehälter	
+ Sozialbeiträge der Arbeitgeber	
<hr/>	
= Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	
+ Betriebsüberschuss der privaten Haushalte und Selbstständigeneinkommen	
+ Saldo der Vermögenseinkommen	
<hr/>	
= Primäreinkommen der privaten Haushalte	
- Geleistete laufende Transfers	
+ Empfangene laufende Transfers	
<hr/>	
= Verfügbares Einkommen	

Das verfügbare Einkommen kann als Indikator für den monetären Wohlstand der Bevölkerung angesehen werden. Als private Haushalte werden die Einzelpersonen oder Gruppen von Einzelpersonen, wie beispielsweise Heiminsassen oder Ordensmitglieder, mit Wohnsitz in einer bestimmten Region verstanden. Die Summe der Haushaltsmitglieder kommt daher der gebietsansässigen Bevölkerung gleich. Daher werden die im Folgenden dargestellten Ergebnisse je Einwohner ausgewiesen. Damit handelt es sich um einen Mittelwert. In der Realität gibt es jedoch eine starke Streuung um dieses Durchschnittsergebnis, das sowohl Haushalte mit geringem Einkommen umfasst als auch Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher Geschäftsführer oder Vorstandsmitglied großer Unternehmen sind. Wie sich die Verteilung der verfügbaren Einkommen nach Größenklassen darstellt, kann von den VGR nicht beantwortet werden. Hierfür müssten andere Datengrundlagen wie etwa die Einkommensteuerstatistik oder die Einkommens- und Verbrauchstichprobe herangezogen werden.

Verfügbares Einkommen in den hessischen Verwaltungsbezirken: Starke Unterschiede weiten sich aus

Beim verfügbaren Einkommen gab es im Jahr 2009 große Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen in Hessen. Den Spitzenplatz belegte der Hochtaunuskreis, in dem das verfügbare Einkommen je Einwohner 28 240 Euro erreichte. Es folgten der Main-Taunus-Kreis mit 23 610 Euro und die Stadt Darmstadt

5) Die Ergebnisse für alle kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands stehen als Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter www.vgrdl.de kostenfrei als Download bereit.

mit 22 600 Euro. Das geringste verfügbare Einkommen je Einwohner war in der Stadt Offenbach am Main mit 16 900 Euro festzustellen.

In Hessen nahm das verfügbare Einkommen je Einwohner im Jahr 2009 krisenbedingt gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % ab. Die stärksten Rückgänge wiesen die Stadt Frankfurt am Main mit einem Minus von 2,4 und der Landkreis Fulda mit 2,3 % auf. Dagegen verzeichneten der Rheingau-Taunus-Kreis mit 1,1 % sowie der Odenwaldkreis und der Landkreis Kassel mit 1,0 % die stärksten Anstiege. Grund hierfür waren u. a. rückläufige Baufertigstellungen, was dazu führte, dass weniger Zinsen für Wohnungsbaukredite zu tilgen waren und daher mehr verfügbares Einkommen bei den Einwohnern verblieb.

Im aussagekräftigeren Zehnjahresvergleich zeigt sich, dass sich die starken Niveauunterschiede ausgeweitet haben. Im Jahr 2009 lag das verfügbare Einkommen im Hochtaunuskreis 67 % über dem Wert der Stadt Offenbach am Main. Auch im Jahr 2000 war der Hochtaunuskreis der einkommensstärkste Landkreis. Sein Wert lag damals um 63 % über dem der Stadt Kassel, die das Ende der Skala der hessischen Kreise bildete. Relativierend muss allerdings erwähnt werden, dass bereits der Abstand des Hochtaunuskreises zum zweitplatzierten Kreis groß ist. In den Jahren 2000 und 2009 lag das verfügbare Einkommen im Hochtaunuskreis jeweils knapp 20 % über dem des Main-Taunus-Kreises.

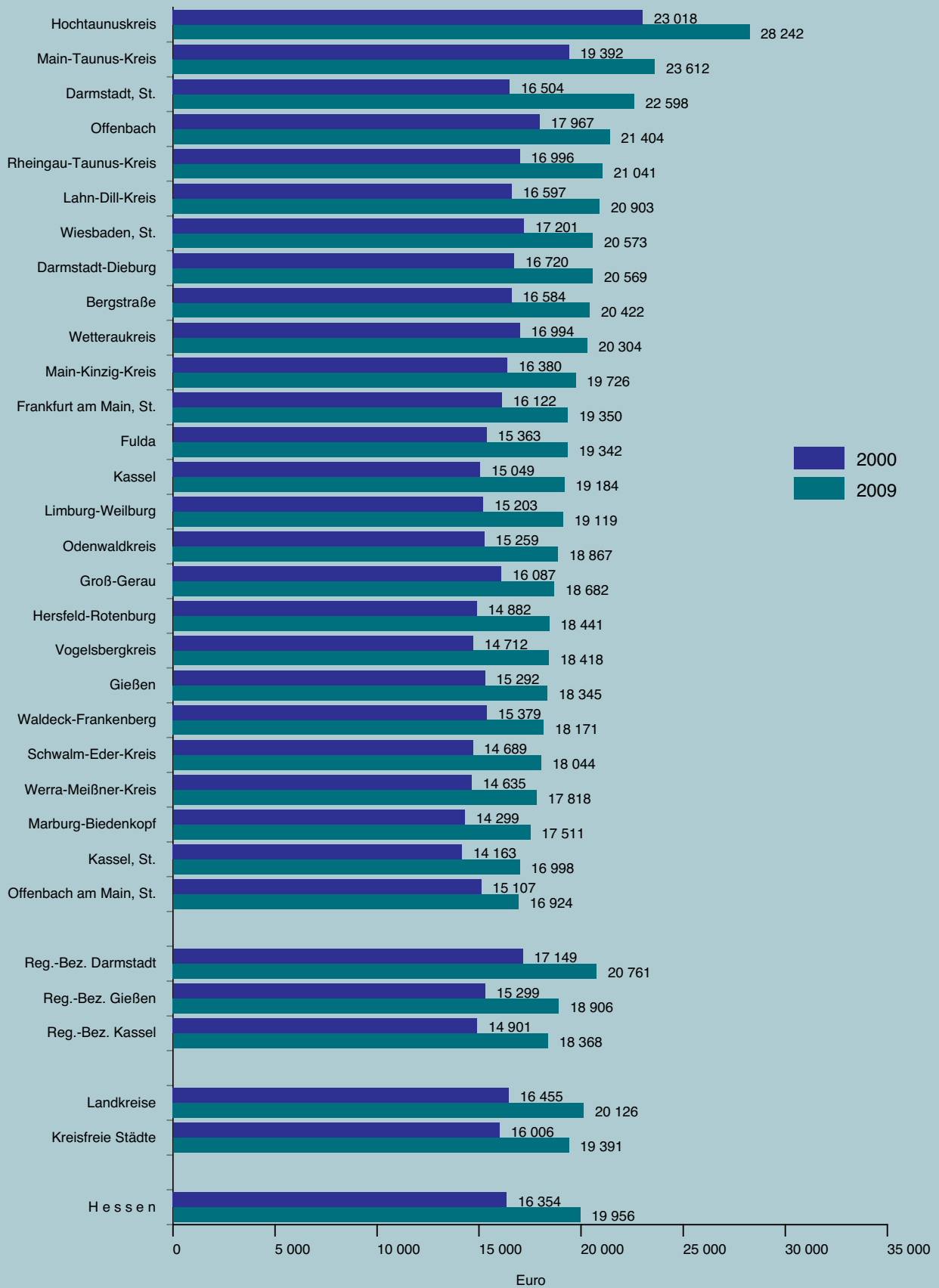
Landesweit betrug das Plus beim verfügbaren Einkommen 22,0 % im Zehnjahresvergleich. Während der Hochtaunuskreis um 22,7 % zulegen konnte, waren die Zuwächse in Darmstadt mit 36,9 % noch höher. Dagegen verzeichneten die Stadt Offenbach am Main und der Landkreis Groß-Gerau mit 12,0 bzw. 16,1 % die geringsten Anstiege.

Hessen im Vergleich

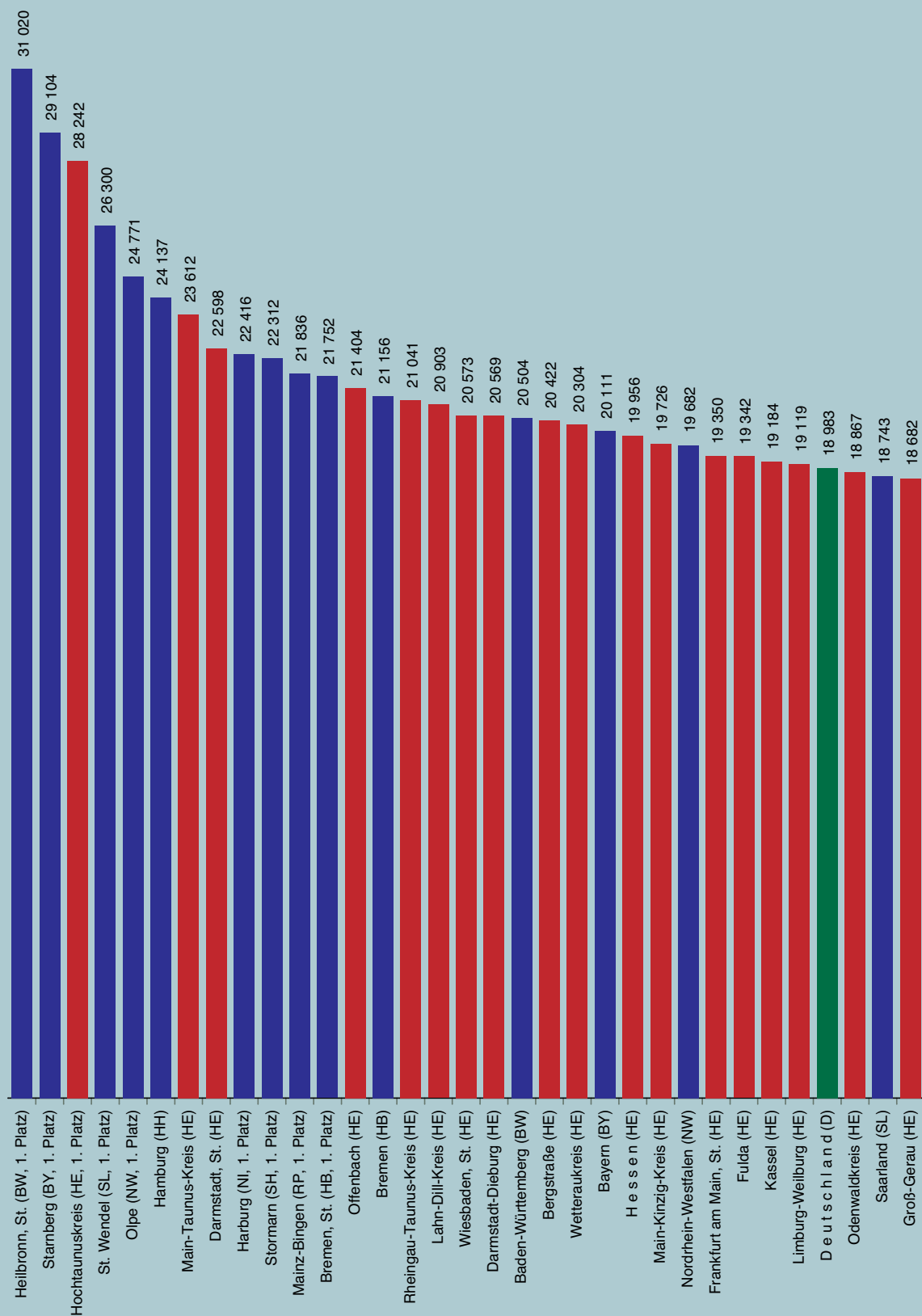
Zur Einordnung des verfügbaren Einkommens je Einwohner der hessischen Landkreise und kreisfreien Städte werden die Ergebnisse einem bundesweiten Vergleich unterzogen⁵⁾. Dabei werden die Daten für Hessen den Länderergebnissen und dem jeweils einkommensstärksten und einkommensschwächsten Verwaltungsbezirk gegenübergestellt. Im Jahr 2009 lag die Stadt Heilbronn mit einem verfügbaren Einkommen je Einwohner von 31 020 Euro bundesweit an der Spitze der kreisfreien Städte und Landkreise, gefolgt vom Landkreis Starnberg (29 100 Euro). Der Hochtaunuskreis (28 240 Euro), der in Hessen den 1. Platz belegte, rangierte im Bundesvergleich auf dem 3. Platz.

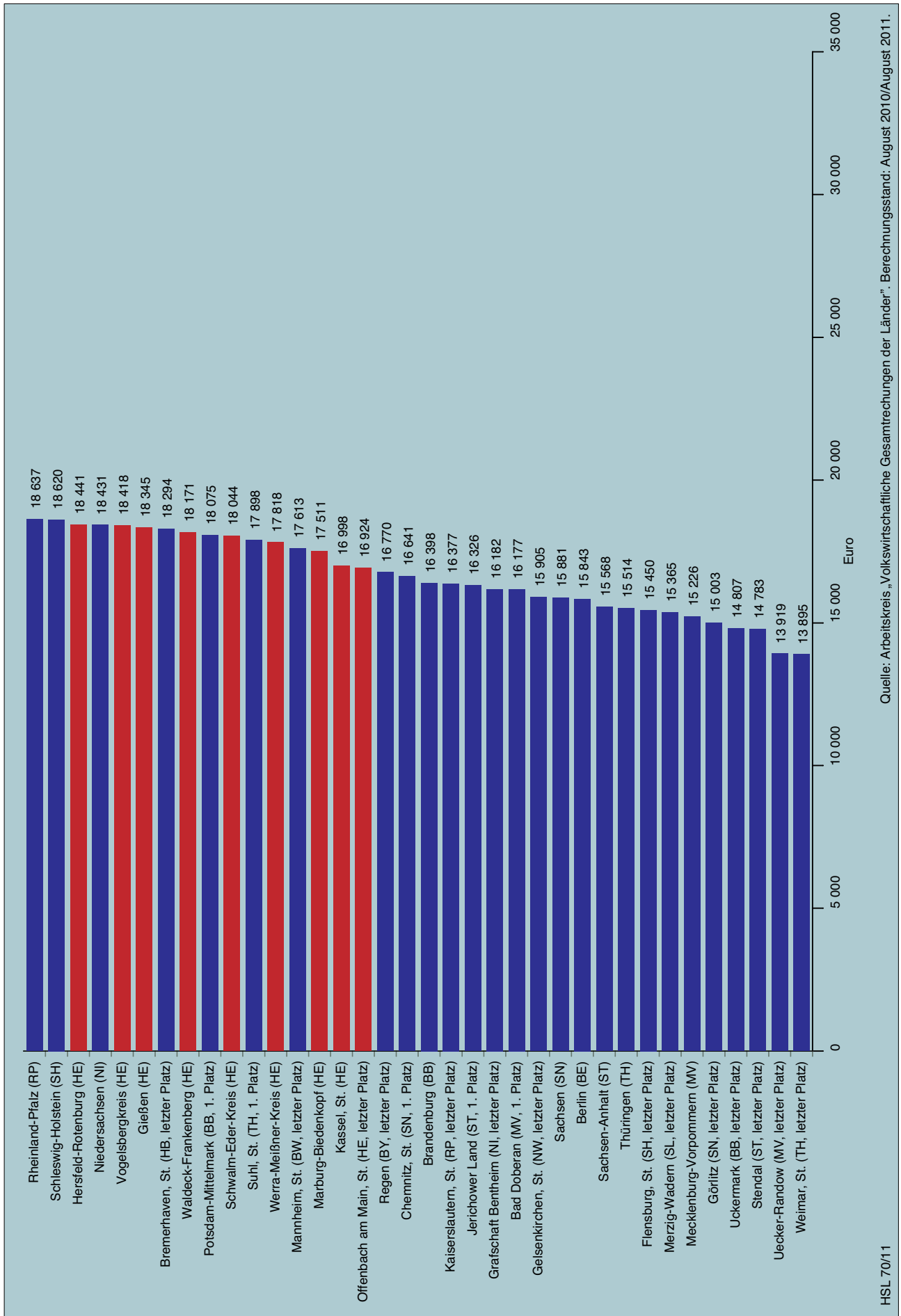
Die Stadt Offenbach am Main (16 920 Euro), das Schlusslicht in Hessen, lag etwa gleichauf mit dem Landkreis Regen (16 770 Euro), der das Ende der Skala in Bay-

Verfügbares Einkommen je Einwohner in den hessischen Verwaltungsbezirken 2000 und 2009 in Rangfolge 2009



Verfügbares Einkommen je Einwohner in den Bundesländern und ausgewählten kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 2009 in Rangfolge





Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Berechnungsstand: August 2010/August 2011.

HSL 70/11

ern bildete. Etwa im bundesweiten Durchschnitt von 18 980 Euro lagen der Landkreis Limburg-Weilburg (19 120 Euro) und der Odenwaldkreis (18 870 Euro). Weiterhin ist festzustellen, dass die Bundesländer, deren Landkreise an der Spitze liegen, die größten Spannweiten aufweisen. Der Abstand zwischen dem höchsten und niedrigsten verfügbaren Einkommen je Einwohner betrug in Baden Württemberg 13 410 Euro, in Bayern 12 330 Euro und in Hessen 11 320 Euro. Die geringsten Spannen wiesen Sachsen-Anhalt mit 1540 Euro und Sachsen mit 1640 Euro auf.

Zunahme der Einkommensumverteilung

Im Zehnjahreszeitraum von 2000 bis 2009 entwickelte sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte insgesamt in Hessen mit 22,1 % stärker als das Primäreinkommen, das um 16,9 % anstieg. Die Bruttolöhne und -gehälter nahmen im gleichen Zeitraum um 13,9 % zu. Somit hat sich die Einkommensumverteilung ausgeweitet. Vor allem die an die Haushalte geflossenen Sozialleistungen nahmen mit 21,5 % stärker als die Primäreinkommen zu. Allerdings waren die geleisteten Sozialbeiträge mit 16,7 % etwa gleich stark wie das Primäreinkommen, aber deutlich stärker als das Arbeitnehmerentgelt (+ 12,9 %) angestiegen, aus dem sie letztlich berechnet werden.

Im Jahr 2000 lag in Hessen der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen bei knapp 79 %, d. h. gut 21 % des Primäreinkommens wurden umverteilt. Dagegen wurden im Jahr 2009 knapp 18 % umverteilt. Während in den kreisfreien Städten der Umverteilungsanteil nur geringfügig zurückging, fiel der Rückgang in den Landkreisen etwas stärker aus. Damit blieb im Zehnjahresvergleich den Einwohnern in den hessischen Verwaltungsbezirken mehr vom Primäreinkommen für Konsumzwecke oder die Bildung von Ersparnissen übrig. Einzige Ausnahme stellt die Stadt Frankfurt am Main dar: Wurden hier im Jahr 2000 gut 25 % des Primäreinkommens umverteilt, waren es im Jahr 2009 knapp 27 %. In Frankfurt am Main nahm das Primäreinkommen stärker als in Hessen insgesamt zu. Ausschlaggebend hierfür war ein deutlich stärkerer Anstieg des empfangenen Arbeitnehmerentgelts als im Land. Damit waren auch kräftigere Zunahmen bei der geleisteten Einkommensteuer sowie den Sozialbeiträgen verbunden. Besonders massiv fiel die Zunahme bei den geleisteten Zinsen, v. a. für Wohnungsbaukredite, aus, die sich entgegen dem Landestrend entwickelten. Demgegenüber stiegen die empfangenen Sozialleistungen in Frankfurt am Main geringer als im Land an. Per saldo führte dies dazu, dass den Einwohnern der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2009 prozentual weniger als 10 Jahre zuvor vom Primäreinkommen übrig blieb.

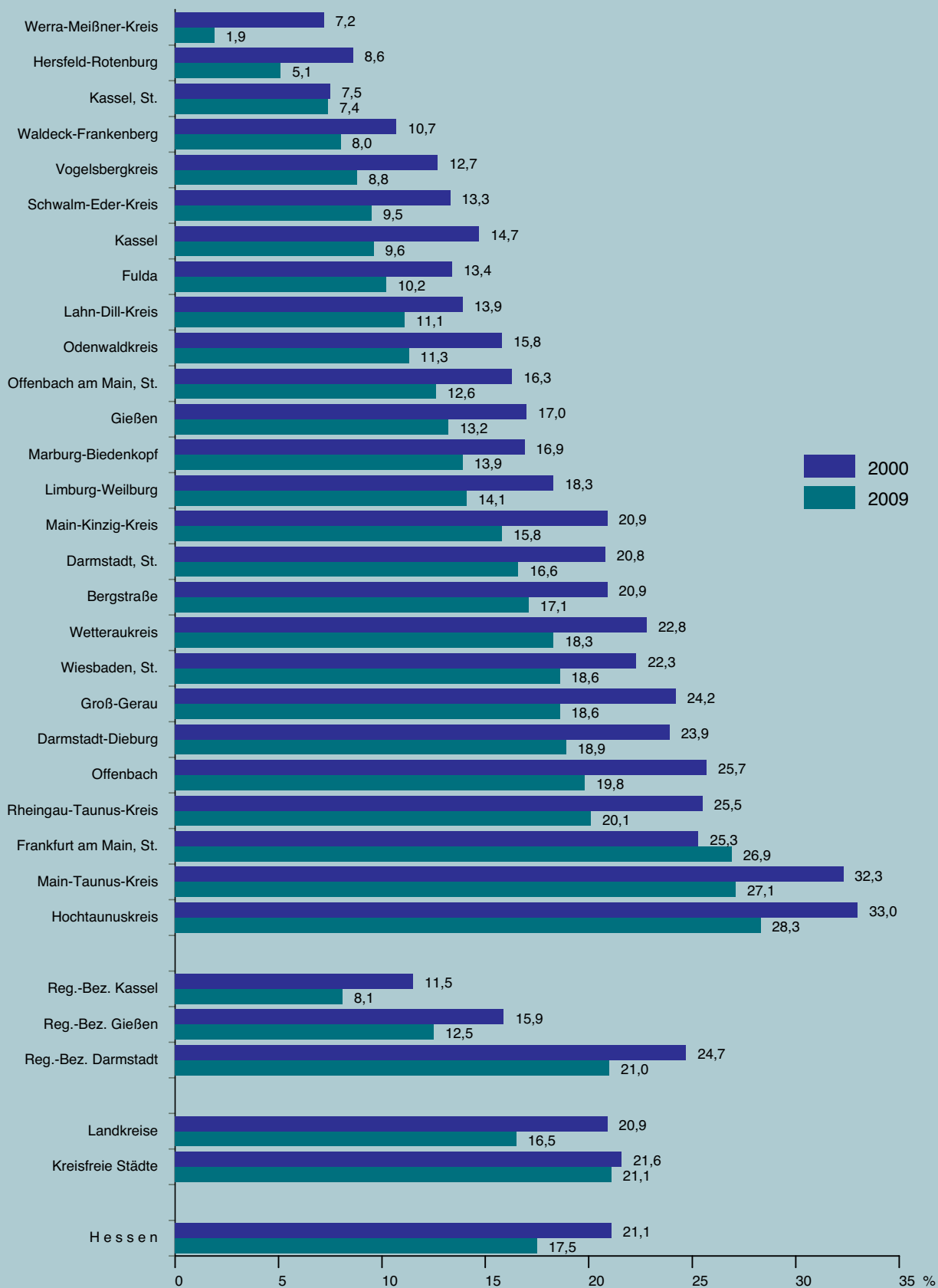
Im Werra-Meißner-Kreis verblieb im Jahr 2000 bereits der größte Teil des Primäreinkommens unter den hessischen Verwaltungsbezirken. Entfielen damals 7,2 % auf die Umverteilung, waren es im Jahr 2009 nur noch 1,9 %. Während die geleisteten Einkommen- und Vermögenssteuern sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber rückläufig waren, nahmen sie im Land zu. Im Werra-Meißner Kreis nahm der Umverteilungsanteil am Primäreinkommen um 5,4 Prozentpunkte ab. Der stärkste Rückgang war im Landkreis Offenbach zu verzeichnen, wo der Anteil um 5,9 Prozentpunkte zurückging; der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen lag hier im Jahr 2009 bei gut 80 %. Das Primäreinkommen stieg hier weniger als in Hessen, dies traf auf alle 3 Komponenten – das empfangene Arbeitnehmerentgelt, den Betriebsüberschuss bzw. die Selbstständigeneinkommen sowie den Saldo der Vermögenseinkommen – zu. Damit ging auch eine Abnahme der geleisteten Einkommen- und Vermögenssteuern einher. Neben der sinkenden Abgabenbelastung war eine Zunahme der empfangenen monetären Sozialleistungen, insbesondere aus der gesetzlichen Pflegeversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung, zu beobachten.

Der Hochtaunuskreis lag sowohl beim Primäreinkommen als auch beim verfügbaren Einkommen in den Jahren 2000 und 2009 an der Spitze der hessischen Verwaltungsbezirke. Verblieben im Jahr 2000 zwei Drittel des Primäreinkommens für Spar- und Konsumzwecke, so waren es im Jahr 2009 knapp 72 %. Das empfangene Arbeitnehmerentgelt und die Betriebsüberschüsse bzw. Selbstständigeneinkommen entwickelten sich dynamischer als landesweit. Die Vermögenseinkommen nahmen weniger als im Land zu, was vor allem an den stark rückläufigen Ausschüttungen lag. Damit waren auch weniger veranlagte Steuern aus Kapitaleinkünften verbunden. Weiterhin wurden mehr Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen bezogen.

Umverteilung mildert Unterschiede ab – aber Verstärkung der Disparität

Die Umverteilung kann nur die Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen abschwächen, nicht aber beseitigen. Damit blieb auch im Wesentlichen die Rangfolge beim verfügbaren Einkommen je Einwohner in Hessen erhalten. An der Spitze lagen im Jahr 2009 der Hochtaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis. Lediglich die Stadt Frankfurt am Main rutschte durch die Umverteilung von Rang 5 auf Rang 12 stärker ab. Einen Verlust von 5 bzw. 4 Plätzen mussten der Landkreis Marburg-Biedenkopf (von Rang 19 auf 24) sowie der Landkreis Groß-Gerau (von Rang 13 auf 17) hinnehmen. Die größten Aufstiege mit jeweils 5 Plätzen verzeichneten der Lahn-Dill-Kreis (von Rang 11 auf 6) und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg (von Rang 23 auf 18). Alle übrigen

Anteil der Umverteilung am Primäreinkommen in den hessischen Verwaltungsbezirken 2000 und 2009 in Rangfolge 2009



Kreisen wiesen Veränderungen von 3 Rängen oder weniger auf.

Die Entwicklung der Umverteilung lässt sich beschreiben, wenn man die Abweichungen des stärksten und schwächsten Kreises im Zehnjahresvergleich betrachtet. Beim Primäreinkommen lag der Hochtaunuskreis im Jahr 2000 65,8 % über dem hessischen Landesdurchschnitt. Durch die Umverteilung nahm dieser Vorsprung auf 40,7 % ab. Die Stadt Kassel lag beim Primäreinkommen am unteren Ende der Skala. Der Rückstand zum Landesdurchschnitt betrug 26,1 %, der sich nach der Umverteilung auf 13,4 % verringerte. Im Jahr 2009 wies der Hochtaunuskreis, der noch immer der Spitzenreiter war, beim Primäreinkommen einen Vorsprung zum Landesdurchschnitt von 62,8 % auf, der sich beim verfügbaren Einkommen durch die Umverteilung auf 41,5 % reduzierte. Das untere Ende bildete im Jahr 2009 beim Primäreinkommen der Werra-Meißner-Kreis, mit einem Rückstand zum Landesmittelwert von 25,1 %. Nach der Umverteilung rangierte die Stadt Offenbach auf dem letzten Platz mit einem Rückstand von 15,2 %, der des Werra-Meißner-Kreises betrug dagegen 10,7 %. Damit wird deut-

lich, dass sich der Abstand nach der Umverteilung im Zehnjahresvergleich oberhalb des Landesdurchschnitts verringert, dagegen am unteren Ende zugenommen hat.

Zahl der „Umverteilungsgewinner“ nimmt ab

In allen hessischen kreisfreien Städten und Landkreisen lag das verfügbare Einkommen unter dem Primäreinkommen. Das bedeutet, dass die hessischen Verwaltungsbezirke „Lastenträger“ der gesamtdeutschen Umverteilung waren. In fast allen westdeutschen kreisfreien Städten und Landkreisen sowie den Stadtstaaten Hamburg und Berlin – aber auch in den beiden Verwaltungsbezirken des Stadtstaats Bremen – wurde durch die Umverteilung das Primäreinkommen geschmälert. Einzige Ausnahme unter den westdeutschen Verwaltungsbezirken bildete im Jahr 2009 die kreisfreie Stadt Pirmasens in Rheinland-Pfalz. Die Mehrzahl der „Gewinner“ der Umverteilung lag allerdings in den ostdeutschen Bundesländern. Während im Jahr 2000 in 56 von 86 kreisfreien Städten und Landkreisen das verfügbare Einkommen das Primäreinkommen überstieg, nahm diese Zahl im Jahr 2009 auf 45 ab.

Heimerziehung sowie sonstige betreute Wohnformen und Vollzeitpflege im Wandel der Zeit

Die Heimerziehung als eine der ältesten und wohl auch bekanntesten Formen der erzieherischen Hilfen hat im Laufe ihres Bestehens einen erheblichen Wandel durchlaufen. Der vorliegende Beitrag stellt die Veränderungen der Gestaltung der Heimerziehung von den Anfängen im Mittelalter, über die Zeit während des Nationalsozialismus bis zum heutigen Stand nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz mit seinen vielfältigen Varianten der Heimerziehung, ergänzt durch die betreute Wohnform, sowie die Unterbringung junger Menschen in Pflegefamilien dar. Die weiteren Ausführungen widmen sich den Ergebnissen der Kinder- und Jugendhilfestatistik zur Heimerziehung und Vollzeitpflege im Jahr 2010, untergliedert nach Alter, den Gründen für den Beginn der Hilfen und den äußeren familiären Lebensumständen, wie die wirtschaftliche oder die familiäre Situation. Abschließend folgt noch eine Darstellung der Entwicklung seit 1991, dem Jahr der Einführung des Kinderjugenschutzgesetzes.

Die **Heimerziehung** entstand aus der Armenfürsorge im Mittelalter. Neben Kindern und Jugendlichen wurden in Armenhäusern Alte, Kranke und geistig Verwirrte versorgt.

In der Neuzeit gab es eine Zweiteilung zwischen den Waisenhäusern, welche sich auf die Erziehung elternloser Kinder und Jugendlichen in alters- und geschlechtsgemischten, familienähnlichen Gruppen konzentrierte, und den Fürsorgeerziehungsheimen, in denen bis zu mehrere hundert Zöglinge unter strafvollzugsähnlichen Bedingungen, getrennt nach Geschlechtern, lebten. Hier wurden straffällige, sozial auffällige, geistig oder körperlich behinderte oder psychisch kranke Kinder und Jugendliche diszipliniert und aus dem öffentlichen Leben verbannt. In den Zwanzigerjahren des 19. Jahrhunderts fand diese Zweiteilung ihren Niederschlag im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das zwischen Fürsorgeerziehung und Hilfe zur Erziehung unterschied.

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Fürsorgeeinrichtungen dazu verwendet, „Schwererziehbare“, „Unerziehbare“, „Lebensunwerte“ sowie geistig und körperlich Behinderte zu selektieren, sterilisieren oder zu ermorden.

Nach dem Krieg waren häufig dieselben Personen wie damals beschäftigt. Die „Fürsorgezöglinge“ wurden eingesperrt und waren willkürlichen und entwürdigenden Bestrafungen ausgesetzt. Sie mussten gewerbliche Tätigkeiten ausüben, ohne dafür vergütet und rentenversichert zu werden. Viele Jugendliche wurden z. B. an Bauern zur Arbeit verliehen.

Im Laufe der Zeit wurden immer öfter Skandale (z. B. durch Missbrauch) bekannt. Dadurch stieg die Kritik an diesen Methoden, was zu einer Veränderung der Konzepte in der Heimerziehung selbst und zu einer Entwicklung der Heimerziehung als „Hilfe zur Erziehung“ führte. Wesentliche Verbesserungen gab es durch eine deutli-

che Reduzierung der Gruppengröße, die Dezentralisierung und durch die vermehrte Einstellung von qualifiziertem Personal. Es wurden zunehmend Außengruppen in Form von Kleinstgruppen oder Jugendwohngemeinschaften gebildet, in denen die jungen Menschen wie in einer „normalen“ Familie groß wurden. Diese Außengruppen wurden oft in Wohngebiete, umgeben von Ein- und Zweifamilienhäusern, eingebunden.

Die zweite Reformwelle fand in den Achtzigerjahren statt. Zentraler Gedanke war, dass die Gründe für das sozial auffällige Verhalten eines Kindes nicht in dessen Person, sondern in dessen relevantem sozialen Bezugssystem, insbesondere in der Familie, zu finden sind. Folglich sollte sich die Hilfe auf die Familie im Ganzen richten. Es setzte ein Welle der gezielten Eltern- und Familienarbeit ein.

Die dritte Reformwelle in den Neuzigerjahren stand im Zeichen der Ablösung des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG) durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII – KJHG). Leitgedanke der gesetzlichen Neufassung der Jugendhilfe war, die bis dato übliche, eingriffs- und ordnungspolitische Praxis des JWG durch eine partnerschaftliche Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen im Hilfeprozess zu ersetzen. Der Personensorgeberechtigte hat seitdem einen einklagbaren Rechtsanspruch auf geeignete und notwendige Hilfe. Bei der Wahl der Hilfe hat er außerdem ein Wunsch- und Wahlrecht, sofern dadurch keine unverhältnismäßigen Mehrkosten entstehen. So können das betroffene Kind/der Jugendliche und der Personensorgeberechtigte die Einrichtung selbst aussuchen und bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Maßnahmen mitwirken.

Heute bietet die Heimerziehung jungen Menschen, deren Eltern aus unterschiedlichen Gründen überfordert sind oder die keine Eltern haben, zeitlich begrenzt einen neuen Lebensort, wo ihnen pädagogische und/oder

andere Hilfen zuteil werden. Sie umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensorte und Sozialräume; größere Einrichtungen mit mehreren Gruppen, Kinderdörfer, Kinderhäuser, Kleinstheime und Wohngemeinschaften. Die Heime können auch aus mehreren Häusern bestehen, in denen jeweils nur eine Gruppe lebt. Die früher häufig angetroffene Großgruppe existiert heute nicht mehr. Die Gruppen werden heute familienähnlich gestaltet. Andere Heime konzentrieren sich auf bestimmte Altersgruppen oder auf Problemgruppen, wie z. B. Drogenabhängige. Wenn die Betreuung von Erziehern und Erzieherinnen gewährleistet wird, die selbst in der Gruppe leben, spricht man von Familienwohngruppen, Kleinstgruppen oder einer familienähnlichen Wohngruppe. Den Heimkindern stehen Erzieher/-innen bzw. Sozialpädagogen/-innen zur Seite, die dort im Schichtdienst arbeiten und die Versorgung und Betreuung rund um die Uhr gewährleisten. Dies ist wichtig, da viele der Kinder und Jugendlichen mehr oder weniger stark ausgeprägte Schwierigkeiten, Störungen, Auffälligkeiten oder Abweichungen aufweisen, welche sich auf ihre Verhaltens- und Erlebnisbereiche erstrecken. Daher stehen den zahlreichen Institutionen spezielle Therapeut(en)/innen, Psycholog(en)/innen und Heilpädagog(en)/innen zur Verfügung.

Neben der Erziehung in einer Einrichtung kann die Hilfe (vor allem bei älteren Jugendlichen und jungen Volljährigen) auch in der eigenen Wohnung des jungen Menschen gewährt werden (sonstige betreute Wohnform bzw. mobiles Einzelwohnen). Es können aber auch Mütter (z. B. minderjährige Mütter) mit ihren Kindern untergebracht sein.

Neben der materiellen (Wohnung, Nahrung, Kleidung usw.) und pädagogischen Grundversorgung werden auch Leistungen der „Krankenhilfe“ sichergestellt und dem jungen Menschen die Möglichkeit gegeben, eine Schul- oder Berufsausbildung zu absolvieren.

Die Zusammenarbeit des Heimes mit den Familien von Heimkindern wird durch das KJHG verbindlich vorgeschrieben. Das angestrebte Ziel ist die Rückkehr des Kindes oder des Jugendlichen in die Herkunftsfamilie oder ggf. auch die Erziehung in einer anderen Familie bzw. die Verselbstständigung des Jugendlichen. Die Eltern behalten meist weiterhin das Sorgerecht und können verantwortlich am Erziehungsgeschehen mitwirken (Wahl des Heimes, kontinuierliche Kontakte, Übernachtungen zu Hause, Mitgestaltung des Hilfeplanes etc.). Durch die Heimerziehung sollen vor allem die Zukunftschancen des jungen Menschen verbessert werden.

Die Erziehung in einem Heim oder einer Wohngruppe wird durchweg mindestens für ein Jahr gewährt. Oft bleiben die Kinder aber 2 bis 3 Jahre. Für die sehr kostenintensive Hilfe der Heimunterbringung ist das örtliche

Jugendamt am Wohnort des Sorgeberechtigten/jungen Menschen zuständig. Die Eltern werden im Rahmen der Zumutbarkeit bei den Kosten herangezogen, wenn sie entsprechende Einkünfte oder Vermögen haben. Die Kostenbeteiligung ist jedoch i. d. R. nicht höher als der Betrag, den eine Familie spart, wenn ein Kind nicht zu Hause aufwächst.

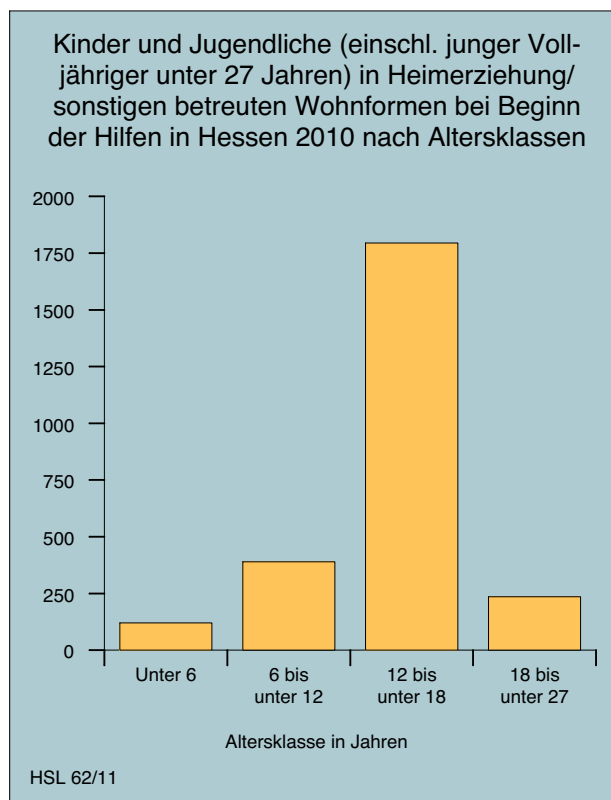
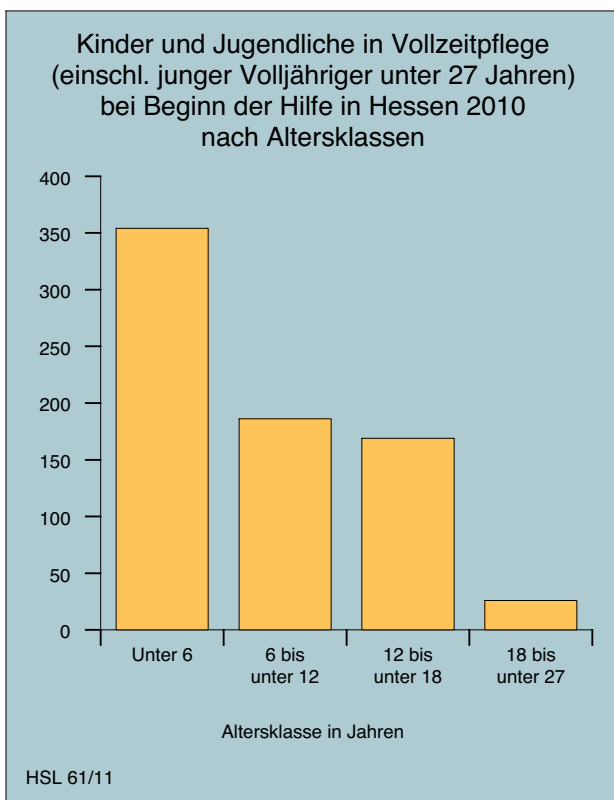
Neben der Heimerziehung hat die **Vollzeitpflege** eine lange Tradition. Dabei ist der junge Mensch in einer anderen Familie (Großeltern, Verwandten oder einer fremden Familie) untergebracht. Wie die Heimerziehung gehört die Vollzeitpflege zu den stationären Hilfen, d. h. das Kind/der Jugendliche ist Tag und Nacht außerhalb der eigenen Familie untergebracht.

Die Vollzeitpflege kann, je nach den Erfordernissen des Einzelfalles, eine zeitlich befristete Erziehungshilfe oder eine auf Dauer angelegte Lebensform („Ersatzfamilie“) sein. Daneben gibt es für akute Notfälle Bereitschaftspflegestellen. Entsprechend dem Vorrang der elterlichen Erziehung ist die Rückkehr des Kindes in die Herkunftsfamilie, innerhalb eines aus kindlicher Perspektive tolerierbaren Zeitraums, anzustreben. Ein Grundgedanke der Vollzeitpflege ist daher, die Herkunftsfamilie während der Unterbringung in der Pflegefamilie zu unterstützen, damit sie wieder selbst in die Lage kommt, ihr Kind zu betreuen und zu erziehen.

Die Unterbringung eines Kindes oder Jugendlichen in einer Pflegefamilie unterscheidet sich grundsätzlich von anderen Erziehungshilfen, da sie nicht von ausgebildeten Fachkräften erbracht wird, sondern in der Regel von engagierten Laien. Die Jugendämter haben die Aufgabe, geeignete Pflegeeltern bereitzustellen, die beraten und auf ihre Aufgaben vorbereitet werden müssen. Pflegekinder sind oft traumatisierte Kinder, die zu wenig Liebe, Geborgenheit und Anerkennung erfahren und in instabilen Beziehungen gelebt haben. Ihre Reaktionen können von Zurückziehen bis zu aggressivem Verhalten reichen.

Eine Pflegefamilie muss vielfältige Eigenschaften mitbringen. Sie muss u. a. den Anforderungen gewachsen sein, eine positive Lebenseinstellung haben, belastbar, geduldig und ökonomisch abgesichert sein. Die Pflegeeltern sollten weiterhin in einer stabilen Partnerschaft leben und die Fähigkeit mitbringen, das Kind, welches ihnen ans Herz gewachsen ist, wieder gehen zu lassen.

Den Pflegeeltern wird ein Pflegegeld gezahlt, das den gesamten Lebensunterhalt des Kindes und die Kosten der Erziehung umfassen soll. Die monatlichen Pauschalbeträge werden von den zuständigen Landesbehörden festgelegt und nach dem Alter des Kindes gestaffelt. Diese Pauschalbeträge können im Einzelfall – z. B. bei heilpädagogischen Pflegestellen – höher sein. Ferner



können einmalige Beihilfen oder Zuschüsse gewährt werden. Die Kosten liegen i. d. R. erheblich niedriger als bei der Heimunterbringung.

Eine Erhöhung der Pflegequote bringt demnach deutliche Einspareffekte. Ein Ausbau der Professionalisierung der Pflegeelternbetreuung ist wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass Kinder nach mehreren Pflegeeltern dann doch im Heim untergebracht werden.

Heimerziehung und Vollzeitpflege im Jahr 2010

Ab dem Berichtsjahr 2007 werden die Hilfen zusammen mit den anderen Hilfen zur Erziehung in einem einheitlichen Erhebungsbogen für die amtliche Statistik gemeldet. Neben der jährlichen Darstellung des Endbestandes zum 31.12. eines jeden Jahres können erstmalig auch Aussagen zum Migrationshintergrund und der wirtschaftlichen Situation (Transferleistungen, z. B. Hartz IV) gemacht werden. Ein Wechsel der Unterbringungsform wird seitdem leider nicht mehr erfasst. Ein Vergleich mit früheren Jahren ist daher nur bedingt möglich.

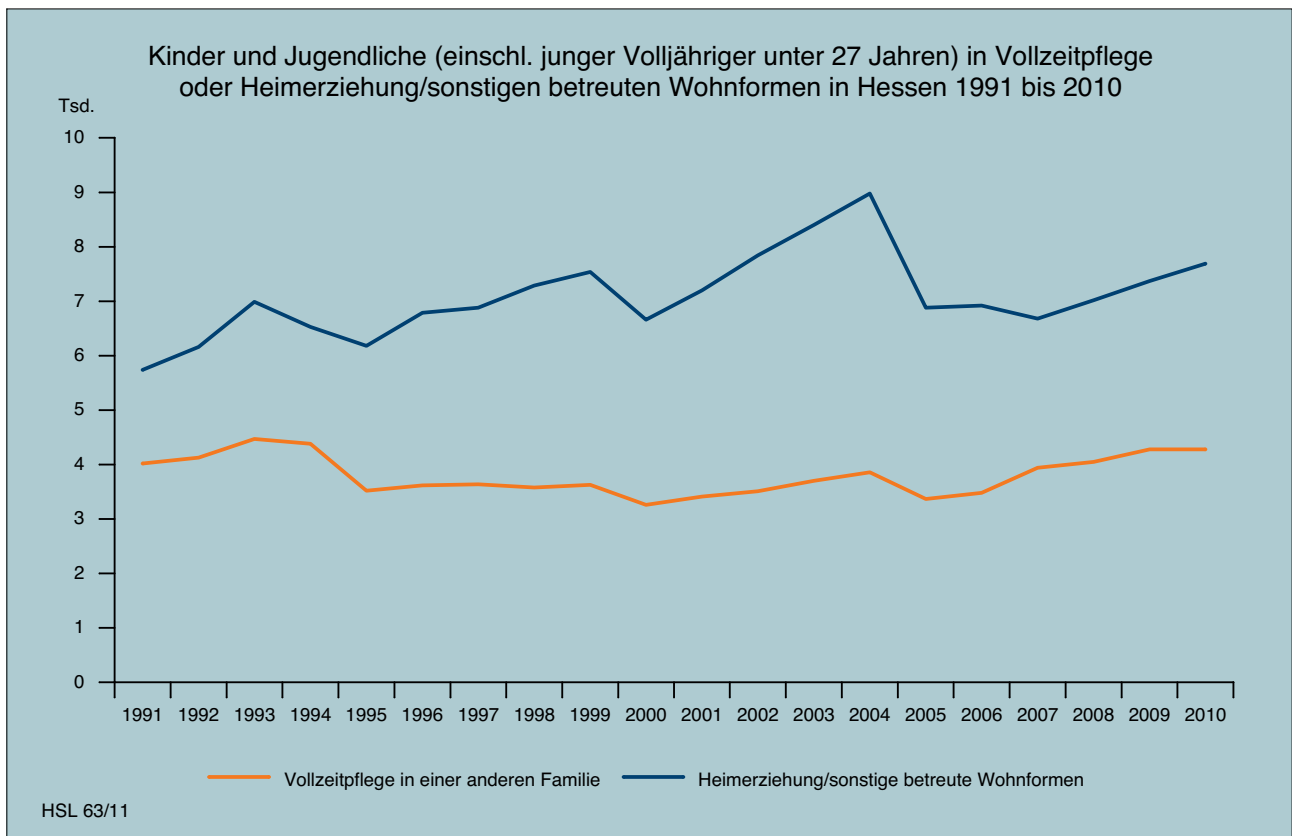
Im Jahr 2010 waren in Hessen knapp 12 000 Kinder, Jugendliche und junge Volljährige unter 27 Jahren außerhalb des Elternhauses untergebracht, und zwar in Vollzeitpflege (4300 bzw. 36 %) oder in Heimerziehung/sonstigen betreuten Wohnformen (7700 bzw. 64 %). Während am Jahresende noch fast 8900 jungen Menschen diese Hilfe gewährt wurde, konnten im Laufe des Jahres 3100 Hilfen beendet werden.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Zahl der geleisteten Hilfen um 3 %. Besonders stark nahm die Zahl der 6- bis unter 12-Jährigen mit gut 6 % zu.

Im Laufe des Jahres 2010 waren mit 47 % die meisten der untergebrachten jungen Menschen zwischen 12 und 18 Jahre alt, gefolgt von den jungen Volljährigen (18 bis unter 27 Jahre) mit 20 %. 21 % waren zwischen dem 6 und 12 Jahre alt und 11 % hatten das sechste Lebensjahr noch nicht erreicht.

Heimerziehung und Vollzeitpflege werden je nach Alter unterschiedlich in Anspruch genommen. So spielt die Vollzeitpflege in einer anderen Familie bei den jüngeren Kindern die wichtigste Rolle, während mit steigendem Alter eine Unterbringung in einem Heim oder das betreute Wohnen an Bedeutung gewinnen. Von den unter 6-Jährigen waren 82 % in Pflegefamilien untergebracht. Bei den 6- bis unter 12-Jährigen lag dieser Anteil bei 55 %, bei den 12- bis unter 18-Jährigen bei 24 % und bei den jungen Volljährigen bei 18 %.

Die Gründe für den Beginn der Hilfen (Mehrfachnennungen möglich) lagen im Jahr 2010 sowohl bei der Vollzeitpflege als auch bei der Heimunterbringung in den meisten Fällen bei den Eltern des jungen Menschen. Bei der Vollzeitpflege war dies besonders ausgeprägt. Nur etwa 10 % der Gründe bezogen sich auf Auffälligkeiten, die den jungen Menschen betrafen. Bei der Heimunterbringung und den sonstigen betreuten Wohnformen lag der Anteil der jungen Menschen mit Auffälligkeiten etwa dreimal so hoch, vermut-



lich u. a., weil die Kinder und Jugendlichen bei der Heimerziehung i. d. R. älter sind als bei der Vollzeitpflege.

Im Einzelnen spielten bei der Vollzeitpflege die Gefährdung des Kindeswohles, die eingeschränkte Erziehungskompetenzen der Eltern oder Personensorgeberechtigten sowie die unzureichende Förderung bzw. Betreuung und Versorgung des jungen Menschen in der Familie mit 17 bzw. 18 % eine wesentliche Rolle. Bei den jungen Menschen, die in Heimen/sonstigen betreuten Wohnformen untergebracht wurden, waren neben der eingeschränkten Erziehungskompetenz der Eltern (18 %) vor allem Auffälligkeiten des jungen Menschen und Unversorgtheit des jungen Menschen mit jeweils 13 %, schulische/berufliche Probleme sowie Gefährdung des Kindeswohls und familiäre Konflikte mit jeweils 9 % von Bedeutung.

Die äußeren familiären Lebensumstände, wie die wirtschaftliche Situation und die Familienkonstellation stehen im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer Unterbringung außerhalb des Elternhauses. Bei Beginn der Hilfe kamen über die Hälfte der jungen Menschen aus Familien, die auf Transferleistungen angewiesen waren. Bei der Vollzeitpflege lag der Anteil mit 74 % sogar noch höher als bei der Heimerziehung/den sonstigen betreuten Wohnformen mit 47 %. Im Vorjahr lagen diese Werte wesentlich höher. Ein Grund hierfür könnte die Wohngeldreform sein, durch die einige Familien aus dem Bezug von Transferleistungen herausgefallen sind. Weiterhin könnten auch der Aufschwung

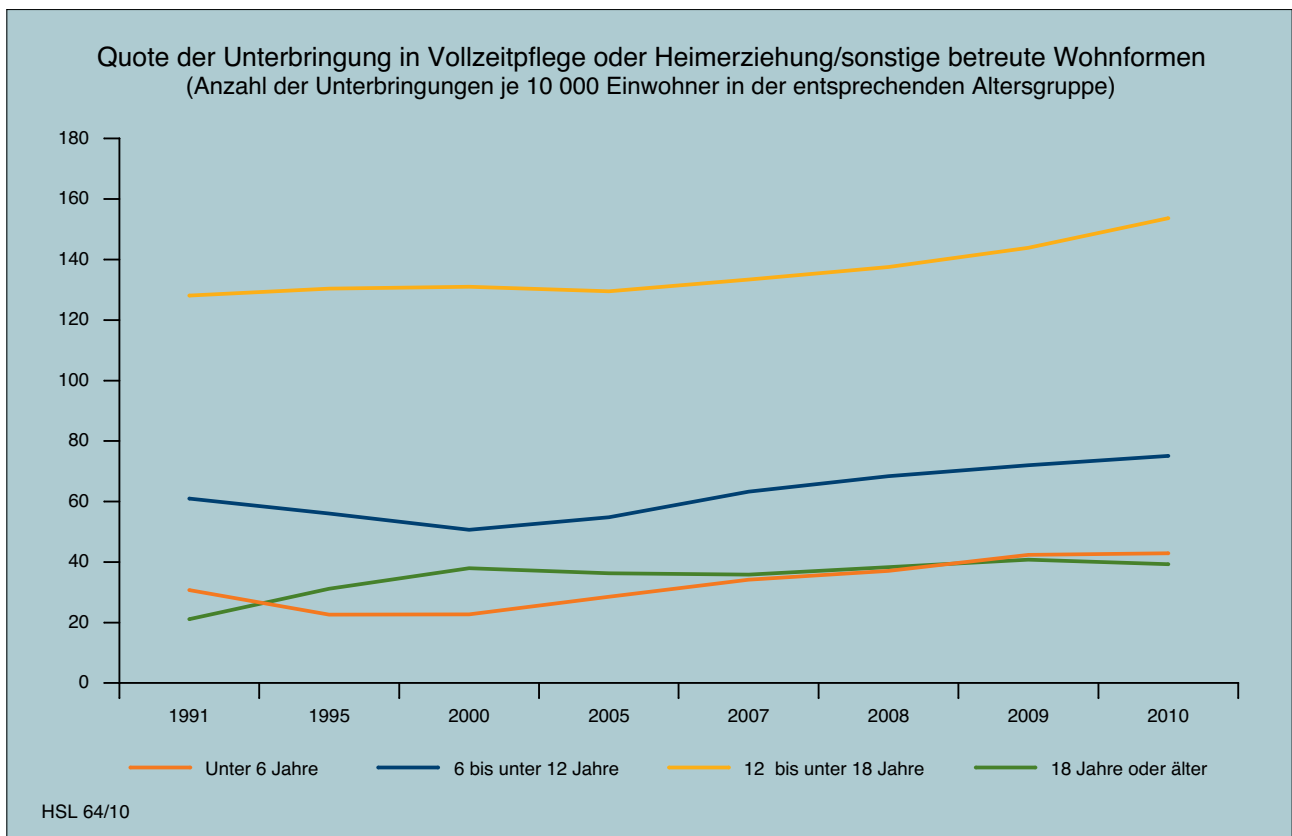
und die damit verbundenen Arbeitsangebote eine Rolle spielen.

Neben dem finanziellen Aspekt ist die familiäre Situation von Bedeutung. 42 % der jungen Menschen lebten bei Beginn Hilfe bei nur einem Elternteil. Bei der Vollzeitpflege war der Anteil mit 53 % höher als bei der Heimerziehung/den sonstigen betreuten Wohnformen mit 40 %. 22 % der außerhalb des Elternhauses untergebrachten jungen Menschen kamen aus „Patchworkfamilien“ (Vollzeitpflege: 20 %, Heimerziehung/sonstige betreute Wohnform: 22 %), und in nur 17 % der Fälle wohnten die Eltern zusammen (Vollzeitpflege: 21 %, Heimerziehung/sonstige betreute Wohnformen: 16 %).

Oft treffen beide Faktoren zusammen. So sind Alleinerziehende mit 74 % der Fälle relativ oft auf Transferleistungen angewiesen (bei Vollzeitpflege: 82 %, bei Heimerziehung: 71 %).

Die Ausgestaltung der Unterbringung der jungen Menschen ist sehr vielfältig. Bei der Heimunterbringung/den sonstigen betreuten Wohnformen dominierte mit 92 % der geleisteten Hilfen (94 % bei Beginn) die Unterbringung in einer Einrichtung (hierbei wurden zwei Drittel in Mehrgruppeneinrichtungen und ein Drittel in Eingruppeneinrichtungen untergebracht); 7 % (5 % bei Beginn) – vor allem ältere junge Menschen – in einer eigenen Wohnung.

Bei der Vollzeitpflege konnten knapp 19 % bei Verwandten und 81 % (bei Beginn) bei Fremdfamilien untergebracht werden.



Für 14 % der Kinder und Jugendlichen waren Sonderpflegestellen notwendig, d. h. hier bestand ein besonderer Betreuungsaufwand.

Entwicklung seit der Einführung des Kinderjugend- schutzgesetz im Jahr 1991

Gegenüber 1991 erhöhte sich die Zahl der Unterbringungen um knapp 31 % (Vollzeitpflege + 6 %; Heimerziehung: + 49 %).

Die Ausschläge in der Zeitreihe sind auf die Bestandserhebungen der Jahre 1995, 2000, 2005 zurückzuführen. In den Jahren dazwischen wurde der Bestand aufgrund

der gemeldeten Zu- und Abgänge fortgeschrieben. Diese Methode erwies sich allerdings als zu ungenau, sodass seit dem Berichtsjahr 2007 eine jährliche Bestandserhebung stattfindet.

Die absolute Zahl sagt jedoch noch nichts darüber aus, wie sich die Inanspruchnahme der Hilfen proportional verändert hat. Dazu dient die Quote, bei der die Zahl der Unterbringungen auf 10 000 der entsprechenden Altersgruppe der Bevölkerung bezogen wird. Von 1991 bis 2010 stieg diese Quote von 50 auf 73. Die Inanspruchnahme der Hilfen war im gesamten Zeitablauf bei den 12- bis unter 18-Jährigen am höchsten (1991: 128; 2010: 154).

FDZ-Standort des Hessischen Statistischen Landesamtes auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Frankfurt vertreten

„Die Ordnung der Weltwirtschaft: Lektionen aus der Krise“ – unter diesem Titel stand die diesjährige Tagung des Vereins für Socialpolitik (VfS), die vom 4. bis 7. September in Frankfurt am Main stattfand. Auf dem neu geschaffenen Campus Westend der Goethe-Universität trafen sich rund 1000 Vertreter der Wirtschaftswissenschaften aus dem gesamten deutschsprachigen Raum, um aktuelle Forschungsarbeiten zu präsentieren und sich über neueste Erkenntnisse auf dem Gebiet der Ökonomie auszutauschen. Vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 und den aktuellen Problemen im Euro-Raum hätte der Titel der Tagung in diesem Jahr kaum besser gewählt sein können. Traditionell besteht die jährliche Konferenz des bereits 1873 gegründeten Vereins aus einer Kerntagung und einer offenen Tagung.

Auf der Kerntagung erörterten renommierte Wirtschaftswissenschaftler, welche Lehren aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 gezogen werden können und wie Lösungsansätze zur Bewältigung oder Vermeidung aktueller und zukünftiger Krisen aussehen.

Im Rahmen der offenen Tagung präsentierten mehr als 400 Nachwuchsforscher ihre aktuellen Arbeiten aus den verschiedensten Bereichen der Wirtschaftswissenschaften. Die hier vorgestellten Beiträge wurden im Vorfeld von einer Kommission aus über 1000 eingereichten Arbeiten ausgewählt. Unter den ausgewählten Beiträgen waren auch Arbeiten von Gastwissenschaftlern, die Daten am regionalen Standort Wiesbaden des Forschungsdatenzentrums (FDZ) im Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) auswerten. So stellten beispielsweise Julia Horstschräer und Maresa Sprietsma vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim ihre aktuelle Arbeit vor, die den Zusammenhang zwischen der Umstellung auf Bachelor- bzw. Masterstudiengänge und deren Auswirkungen auf Abbrecherzahlen sowie Studienzeiten untersucht. Dirk Antonczyk von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg präsentierte den interessierten Zuhörern die aktuellen Ergebnisse zu seinen Forschungen über den Effekt von Tarifverhandlungen auf Lohn- und Gehaltsstrukturen. Diese Beispiele zeigen nicht nur, dass der regionale Standort Wiesbaden auch Datennutzungen über die Grenzen Hessens hinaus mit großem Erfolg betreut, sie zeigen auch, wie wichtig ein



Dr. Frank Padberg, Manuel Boos, Alexander Richter und Präsident Eckart Hohmann (v. l. n. r.) am Stand des regionalen FDZ-Standortes Wiesbaden auf der Jahrestagung des VfS.

fachlich breites Datenangebot für die wissenschaftliche Forschung ist.

Fundierte Daten über soziale und ökonomische Zusammenhänge sind die Grundlage für eine hochwertige Wirtschaftsforschung. Als größte Datenproduzenten Deutschlands verfügen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder über genau diese Informationen. Neben den Daten selbst ist aber auch eine Infrastruktur erforderlich, die der Wissenschaft einen einfachen Zugang zu diesen Daten ermöglicht. Eine solche Infrastruktur haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vor rund 10 Jahren mit ihren FDZ geschaffen. Das HSL ist dabei mit seinem regionalen Standort Wiesbaden aktiv am FDZ der statistischen Landesämter beteiligt. In diesem Jahr nutzte das HSL die Gelegenheit, sich auf der Tagung des Vereins in Frankfurt am Main mit seinem regionalen Standort als einer von rund 20 Ausstellern zu präsentieren. Die Mitarbeiter des hessischen FDZ-Standortes erläuterten einem großen Fachpublikum das aktuelle Datenangebot des Forschungsdatenzentrums und informierten über die neuesten Entwicklungen bei der informationellen Infrastruktur.

Die Resonanz der Wirtschaftswissenschaftler war durchweg positiv. Insbesondere das fachlich breite Datenangebot, das derzeit mehr als 90 Statistiken aus den unterschiedlichsten Bereichen der amtlichen Statistik umfasst, stieß auf großes Interesse. Bei der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik hat sich wieder gezeigt, wie wichtig der persönliche Kontakt zwischen der amtlichen

Statistik und der empirisch forschenden Wissenschaft ist. Nur der direkte Austausch zwischen Datenproduzenten und Datennutzern ist ein Garant für die hohe Qualität des Datenangebots im FDZ und dessen nutzergerechte Weiterentwicklung.

Auch in diesem Jahr wurden auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik wieder herausragende wissenschaftliche Leistungen ausgezeichnet. So erhielt der österreichische Ökonom Peter Egger, der seit 2009 Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich ist, den mit 10 000 Euro dotierten Gossen-Preis. Den seit 2007 verliehenen und mit 5000 Euro dotierten Gustav-Stolper-Preis bekam in diesem Jahr Otmar Issing. Der Präsident des Center of Financial Studies an der Universität Frankfurt am Main und ehemaliges Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank wurde dabei für seine hervorragende Kommunikation wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse geehrt. Beim „Young Author Best Paper Award“ wurden Dr. Eva Hoppe und David Kusterer von der Universität zu Köln ausgezeichnet. Beide erhielten den mit insgesamt 3000 Euro dotierten Reinhard-Selten-Preis für ihre Untersuchungen über Einflussfaktoren auf die Arbeitsmotivation von Arbeitnehmern.

Was ist der Verein für Socialpolitik?

Der „Verein für Socialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (VfS) mit Sitz in Frankfurt am Main wurde 1873 erstmalig und – nach seiner Auflösung 1936 – im Jahr 1948 erneut gegründet. Der VfS vereint deutschsprachige Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler mit dem Ziel, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche bzw. wirtschafts- und sozialpolitische Probleme wissenschaftlich zu erörtern sowie internationale Beziehungen innerhalb der Fachwissenschaft zu pflegen. Der Verein hat etwa 3700 Mitglieder aus über 30 Ländern, hauptsächlich aber aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Der VfS ist Herausgeber der Zeitschriften „German Economic Review“ und „Perspektiven der Wirtschaftspolitik“ sowie der „Neuen Folge der Schriften des Vereins für Socialpolitik“. (www.socialpolitik.org)

Alexander Richter

Tel.: 0611 3802-838

E-Mail: arichter@statistik-hessen.de

ALLGEMEINES

Gemeinsame Absichtserklärung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik zwischen der Hessischen Staatskanzlei und der Staatsbank Vietnam am 31. August 2011 in Hanoi unterzeichnet

Mit rund 87 Mill. Einwohnern, einem prognostizierten Bevölkerungswachstum auf 100,1 Mill. im Jahr 2025 und einem geschätzten Wirtschaftswachstum im Jahr 2011 von 6,4 % ist die Sozialistische Republik Vietnam ein interessanter Zukunftsmarkt für die deutsche Wirtschaft. Zwischen Hessen und Vietnam bestehen bereits sich ständig ausweitende Handels- und Investitionsbeziehungen (Einfuhr aus Vietnam nach Hessen 2010: 400,6 Mill. Euro; Ausfuhr aus Hessen nach Vietnam 2010: 67,2 Mill. Euro). 2007 wurde das Generalkonsulat der SR Vietnam in Frankfurt am Main eröffnet und die Vietnam Airlines unterhält ihren Europasitz ebenfalls in Frankfurt am Main. Seit 1993 vergibt das Land Hessen Sur-Place-Stipendien an vietnamesische Studierende.

Im Verlauf von 18 Jahren haben sich einige Kooperationsprojekte entwickelt, u. a. der Aufbau eines Verbindungsbüros des Landes Hessen – als einzigem Bundesland – in Hanoi, Gründung einer vietnamesisch-deut-

schen Hochschule in Ho-Chi-Minh-Stadt und Hochschulbeziehungen von 4 hessischen Hochschulen zu Vietnam.

Im Mai 2011 wurde mit 2 Kooperationsabkommen die Zusammenarbeit zwischen Hessen und Vietnam erweitert, und zwar zum einen auf dem Gebiet der Forschung und Technologie und des Schutzes geistigen Eigentums, wonach sich beide Partner gegenseitig bei Forschungsvorhaben unterstützen werden, zum anderen zu den Themen „Schulpartnerschaften“, „Weiterbildungsinitiativen für Lehrer“, „Austausch über Lehr- und Lernmethoden“ sowie „Kooperation im Bereich der schulischen Umweltbildung“.

Vom 29. August bis 2. September 2011 reiste eine hessische Expertendelegation unter Leitung von Staatsminister Michael Boddenberg, Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund, in die SR Vietnam. Weitere Teilnehmer der Delegation waren u. a. Folke Mühlhölzer, Sonderbeauftragter des Ministerpräsidenten für den Finanzplatz Frankfurt, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Grundsatzfragen und Leiter der Abteilung Recht und Verfassung; Eckart Hohmann, Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes; Dr. Kambiz Ghawami, Geschäftsführender Vorsitzender des World University Service; Hans-Joachim Kohse, Präsident der Hauptverwaltung Frankfurt der Deutschen Bundesbank; Hubertus Väh, Geschäftsführer Frankfurt Main Finance e. V. sowie Stefan M. Winter, Vorstand UBS Deutschland AG, Chair-



Michael Boddenberg, Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes beim Bund mit Nguyễn Văn Bình, Präsident der Zentralbank der SR Vietnam bei der Unterzeichnungszeremonie.

man Executive Board Investment Bank und Präsident des Verbandes der Auslandsbanken.

Die Delegation wurde während ihres Aufenthaltes in Hanoi u. a. vom Vize-Premierminister, Hoang Trung Hai, vom Präsident der Staatsbank von Vietnam, Dr. Nguyen Van Binh, von mehreren Kabinettsmitgliedern, vom Generaldirektor der nationalen Statistikbehörde, Ph. D. Do Thuc, vom Vorsitzenden des Finanzausschusses der Nationalversammlung sowie von Repräsentanten der wichtigsten Finanzinstitute empfangen.

Staatsminister Michael Boddenberg und der Präsident der Staatsbank von Vietnam, Nguyen Van Binh, unterzeichneten am 31. August eine gemeinsame Absichtserklärung, die eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik vorsieht. „Es spricht für die hervorragende Expertise der Mitarbeiter des Hessischen Statistischen Landesamtes, wenn sich Vietnam dazu entschlossen hat, sich bei der Neuordnung des Statistikwesens auf hessische Fachleute zu stützen“, so Staatsminister Boddenberg.

In der gemeinsamen Erklärung wird eine Zusammenarbeit zunächst vor allem in den Bereichen der Wirtschafts-, Finanz- und Preisstatistik sowie in der Aus- und Weiterbildung des im Statistikwesen beschäftigten Personals vereinbart. Außerdem soll ein statistisches Qualitätsmanagement nach internationalen Standards entwickelt und implementiert werden. Zur Weiterentwicklung der Qualität der amtlichen Statistik soll es einen Austausch von relevanten Dokumenten und im Einzelfall Unterstützung durch konkrete Projekte und Programme geben.

Aufgrund der geschätzten Projektgröße und des im Juli 2011 mit dem Statistischen Bundesamt abgeschlossenen Rahmenvertrags zur Zusammenarbeit bei internationalen Projekten ist es geplant, das Projekt in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt anzugehen.

Gabriele Buschmann

Tel.: 0611 3802-803

E-Mail: gbuschmann@statistik-hessen.de

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen können ab Band 1/2011 als PDF-Datei mit Excel-Anhang in Internet unter www.statistik-hessen.de kostenlos heruntergeladen werden.

Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher, sowie Adobe Acrobat Reader.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden



STATISTIK HESSEN



W_160

Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft

Die jährlich herausgegebene „Hessische Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche – Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung – Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche – Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben – Rindvieh- und Schweinehaltung – Flächennutzung

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe – Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden

Verkehr

Tourismus und Straßenverkehrsunfälle

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze – Finanzausgleich – Personalstand – Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Umsatzsteuerstatistik

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den am 1. April 2001 neu gegründeten Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, den bisherigen Umlandverband Frankfurt, den Verdichtungsraum Rhein-Main und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:

Format: DIN A 4, kartoniert

Online:

Excel-Format

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



W_146

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise		Arbeitsmarkt ⁷⁾			
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁵⁾ 2005 = 100	Ver- braucher- preis- index ⁶⁾ 2005 = 100	Arbeits- lose ⁸⁾	Arbeits- losen- quote ⁹⁾	Gemeldete Arbeits- stellen ¹⁰⁾	Kurz- arbeit (Perso- nen) ⁹⁾
	ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
2008 D	104,1	99,1	108,7	360 679	113,7	23 721	99,0	106,5	204 417	7,4	32 746	7 201
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	96,7	106,6	211 156	7,7	24 493	71 893
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	99,5	107,5	198 790	7,2	30 821	31 737
2010 2. Vj. D	104,6	96,2	112,1	336 910	103,7	23 191	98,2	107,3
Juli	102,6	95,3	109,2	339 840	100,7	23 003	99,1	107,6	199 462	7,2	34 399	19 157
August	98,5	91,1	105,1	341 566	100,7	23 289	95,3	107,7	195 690	7,1	35 012	16 368
September	106,6	101,8	110,8	343 599	105,5	23 277	98,6	107,6	187 013	6,8	35 331	15 981
3. Vj. D	102,6	96,1	108,4	341 668	102,3	23 183	97,7	107,6
Oktober	103,2	94,2	111,3	343 599	84,9	24 546	102,5	107,5	183 009	6,6	35 643	14 391
November	109,1	100,5	116,9	343 607	76,8	24 330	105,3	107,6	181 571	6,6	35 059	13 089
Dezember	99,9	93,4	105,8	342 792	91,3	23 750	119,7	108,8	183 987	6,7	33 210	16 779
4. Vj. D	104,1	96,0	111,3	343 333	84,3	24 209	109,1	108,0
2011 Januar	109,8	100,4	118,3	344 666	67,6	22 982	92,2	108,3	201 249	7,3	31 445	18 881
Februar	113,7	101,1	125,1	344 983	100,0	23 111	90,6	108,9	198 446	7,2	34 081	...
März	122,5	107,8	135,9	346 701	124,2	23 321	103,3	109,3	191 975	6,9	36 028	...
1. Vj. D	115,3	103,1	126,4	345 450	97,3	23 138	95,3	108,8
April	105,6	97,6	112,8	347 781	118,0	24 347	105,4	109,6	187 461	6,8	37 025	...
Mai	111,5	103,7	118,4	348 873	126,6	24 408	103,3	109,4	182 273	6,6	37 869	...
Juni	107,3	97,7	116,0	350 632	156,0	24 601	98,0	109,5	181 258	6,5	38 919	...
2. Vj. D	108,1	99,7	115,7	349 095	133,5	24 452	102,2	109,5
Juli	102,8	99,7	105,6	352 749	109,6	24 691	97,7	110,0	186 109	6,7	40 260	.
August	98,8	95,1	102,2	355 483	133,1	24 975	100,5	109,8	180 991	6,5	40 092	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
2008 D	- 3,3	- 2,5	- 4,1	1,4	4,9	1,9	1,3	2,8	- 13,4	.	1,0	80,0
2009 D	- 10,8	- 9,1	- 12,2	- 3,9	- 0,7	- 2,8	- 2,3	0,1	3,3	.	- 25,2	898,4
2010 D	12,5	6,4	17,6	- 2,1	- 16,1	1,3	2,9	0,8	- 5,9	.	25,8	...
2010 2. Vj.	23,5	27,9	20,3	- 3,0	- 7,1	1,3	3,0	0,8
Juli	- 23,6	- 45,8	12,9	- 1,5	- 6,7	0,1	2,6	0,9	- 7,5	.	37,2	- 75,8
August	16,4	11,4	20,5	- 0,8	- 21,7	- 0,7	6,5	0,7	- 9,2	.	41,2	- 75,8
September	5,0	5,1	5,0	- 0,4	- 36,7	- 0,4	3,6	1,1	- 8,6	.	43,5	- 77,9
3. Vj.	- 3,9	- 18,6	12,3	- 0,9	- 23,9	- 0,3	4,2	0,9
Oktober	1,2	0,7	1,5	0,0	- 29,0	3,1	- 0,1	1,0	- 7,2	.	44,4	- 80,5
November	16,2	9,6	21,9	0,4	- 3,8	3,4	7,0	1,2	- 6,4	.	47,7	- 79,5
Dezember	16,2	16,3	16,0	0,5	- 32,5	2,2	1,6	1,5	- 6,3	.	40,6	- 70,7
4. Vj.	10,7	8,5	12,5	0,3	- 24,4	2,9	2,6	1,3
2011 Januar	7,6	15,4	2,4	2,3	- 14,6	0,5	4,9	1,6	- 6,2	.	37,9	- 71,6
Februar	14,5	9,7	18,4	2,8	20,2	1,9	4,7	1,8	- 8,1	.	39,4	...
März	3,1	1,0	4,8	3,0	19,8	1,4	- 0,9	1,8	- 9,7	.	42,1	...
1. Vj.	8,1	8,2	8,1	2,7	9,7	1,2	2,6	1,7
April	1,5	3,0	0,5	3,3	50,6	5,2	6,8	2,1	- 9,5	.	36,4	...
Mai	13,3	15,0	12,0	3,7	18,0	4,9	6,4	2,0	- 8,5	.	28,3	...
Juni	- 3,7	- 2,0	5,7	3,9	24,4	6,2	- 0,6	2,1	- 7,2	.	21,9	...
2. Vj.	3,3	3,6	3,2	3,6	28,8	5,4	4,1	2,1
Juli	0,2	4,6	- 3,3	3,8	8,8	7,3	- 1,2	2,2	- 6,7	.	17,0	.
August	0,3	4,4	- 2,8	4,1	32,1	7,3	5,5	1,9	- 7,5	.	14,5	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2010 2. Vj.	- 1,7	30,4	- 21,3	0,2	16,9	1,5	5,7	0,3
Juli	- 7,9	- 8,0	- 7,7	0,7	- 19,7	- 0,7	0,5	0,3	2,1	.	7,8	- 24,2
August	- 4,0	- 4,4	- 3,8	0,5	0,0	1,2	- 3,8	0,1	- 1,9	.	1,8	- 14,6
September	8,2	11,7	5,4	0,6	4,8	0,0	3,5	- 0,1	- 4,4	.	0,9	- 2,4
3. Vj.	- 1,9	- 0,1	- 3,3	1,4	- 1,3	- 0,0	- 0,5	0,3
Oktober	- 3,2	- 7,5	0,5	0,0	- 19,6	5,5	4,0	- 0,1	- 2,1	.	0,9	- 9,9
November	5,7	6,7	5,0	0,0	- 9,5	- 0,9	2,7	0,1	- 0,8	.	- 1,6	- 9,0
Dezember	- 8,4	- 7,1	- 9,5	- 0,2	18,8	- 2,4	13,7	1,1	1,3	.	- 5,3	28,2
4. Vj.	1,5	- 0,1	2,7	0,5	- 17,6	4,4	11,7	0,4
2011 Januar	9,9	7,5	11,8	0,5	- 25,9	- 3,2	- 23,0	- 0,5	9,4	.	- 5,3	12,5
Februar	3,6	0,7	5,7	0,1	47,8	0,6	- 1,7	0,6	- 1,4	.	8,4	...
März	7,7	6,6	8,6	0,5	24,2	0,9	14,0	0,4	- 3,3	.	5,7	...
1. Vj.	10,8	7,4	13,6	0,6	15,3	- 4,4	- 12,6	0,7
April	- 13,8	- 9,5	- 17,0	0,3	- 4,9	4,4	2,0	0,3	- 2,4	.	2,8	...
Mai	5,6	6,3	5,0	0,3	7,2	0,3	- 2,0	- 0,2	- 2,8	.	2,3	...
Juni	- 3,8	- 5,8	- 2,0	0,5	23,2	0,8	- 5,1	0,1	- 0,6	.	2,8	...
2. Vj.	- 6,2	- 3,3	- 8,5	1,1	37,3	5,7	7,2	0,6
Juli	- 4,2	2,0	- 9,0	0,6	- 29,7	0,4	- 0,1	0,5	2,7	.	3,4	.
August	- 3,9	- 4,6	- 3,2	0,8	21,4	1,2	2,7	- 0,2	- 2,8	.	- 0,4	.

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008 — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Unter- erfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 062,0 ¹⁾	6 067,0	6 060,0	6 060,7	6 061,8	6 066,5	6 066,2	6 068,1	6 070,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 271	2 290	803	1 301	1 645	615	898	1 156	1 646
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,5	4,5	1,7	2,5	3,3	1,2	1,9	2,2	3,3
* Lebendgeborene	"	4 229	4 312	3 627	4 286	4 086	2 767	3 859	4 361	3 653
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,4	8,5	7,8	8,3	8,2	5,4	8,3	8,5	7,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 057	5 017	5 072	5 528	4 701	4 499	5 016	5 343	4 748
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,9	10,9	10,7	9,4	8,7	10,8	10,4	9,5
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	14	14	7	16	14	17	12	14	14
auf 1000 Lebendgeborene	"	3,3	3,2	1,9	3,7	3,4	6,1	3,1	3,2	3,8
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 828	- 705	- 1 445	- 1 242	- 615	- 1 732	- 1 157	- 982	- 1 095
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,6	- 1,4	- 3,1	- 2,4	- 1,2	- 3,4	- 2,5	- 1,9	- 2,2
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 247	14 014	10 798	13 750	12 752	14 042	12 324	14 999	13 892
* darunter aus dem Ausland	"	5 518	6 420	4 824	6 426	5 817	6 486	5 950	7 376	6 286
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 772	12 989	10 420	12 054	11 076	12 848	11 569	12 355	10 652
* darunter in das Ausland	"	5 335	5 613	4 593	4 951	4 177	5 595	5 143	4 876	3 894
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	474	1 025	378	1 696	1 676	1 194	755	2 644	3 240
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 232	17 098	14 881	17 922	16 210	17 908	15 645	17 622	16 446

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	211 156	198 790	200 301	196 460	187 559	181 258	186 109	180 991	173 526
und zwar										
Frauen	"	97 340	93 254	96 332	95 309	90 987	87 821	91 113	88 672	84 873
Männer	"	113 816	105 536	103 969	101 151	96 572	93 437	94 996	92 319	88 653
Ausländer	"	50 819	48 154	47 830	47 500	46 106	45 808	46 428	45 937	44 433
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	23 371	19 914	23 679	21 942	19 617	17 967	21 151	19 511	17 558
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,8	6,4	6,5	6,3	6,1	5,8	6,0	5,8	5,6
und zwar der										
Frauen	"	6,7	6,4	6,6	6,6	6,3	6,0	6,2	6,0	5,8
Männer	"	6,9	6,4	6,3	6,1	5,9	5,6	5,7	5,6	5,3
Ausländer	"	14,8	14,0	14,0	13,9	13,5	13,1	13,2	13,1	12,7
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	7,0	6,0	7,2	6,7	6,0	5,5	6,5	6,0	5,4
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁵⁾	Anzahl	71 893	...	19 157	16 368	15 981
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	24 493	30 821	34 399	35 012	35 331	38 919	40 260	40 092	41 357

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			2011
		30.6.		März	Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{8/9)}	1000	2 165,8	2 185,9	2 172,0	2 197,6	2 183,1	2 173,6	2 227,3	2 217,2	2 220,7
und zwar										
Frauen	"	973,2	986,6	976,9	991,5	989,6	986,9	1 004,9	1 004,4	1 005,7
Ausländer	"	214,5	219,3	214,1	217,5	212,4	214,8	224,3	221,5	226,2
Teilzeitbeschäftigte	"	423,5	440,1	417,2	428,1	429,7	431,9	441,8	444,6	449,8
darunter Frauen	"	348,6	360,8	344,6	353,2	354,2	355,9	362,3	364,4	368,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹⁰⁾										
davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,5	7,7	7,0	7,7	6,9	7,2	7,8	6,8	7,4
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6	2,3	2,4
Produzierendes Gewerbe	"	559,7	553,9	563,8	563,9	553,0	549,8	565,4	557,0	557,6
darunter Frauen	"	123,8	123,2	125,0	125,0	122,7	123,0	126,3	124,7	124,4
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	527,9	527,6	528,5	533,9	530,0	526,9	540,9	540,6	540,7
darunter Frauen	"	232,6	232,2	233,2	235,6	234,0	232,8	238,1	238,6	238,4
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	543,1	555,2	543,4	552,9	549,1	547,4	563,3	560,3	563,7
darunter Frauen	"	245,2	248,4	247,3	250,3	249,1	248,0	251,0	250,3	251,8
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	527,6	541,3	529,2	539,0	543,9	542,0	549,7	552,4	551,1
darunter Frauen	"	369,0	380,1	369,1	377,8	381,2	380,6	386,8	388,4	388,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. — 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 7) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 9) Erstellungsdatum: 27.10.2011. — 10) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 411	4 008	2 917	2 601	3 515	3 457	2 881	2 659	3 077
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	178	116	135	201	133	110	131	154
Jungrinder	"	52	55	51	20	29	77	59	34	75
Schweine	"	52 749	47 556	43 865	39 638	51 151	49 903	42 157	40 179	50 270
darunter hausgeschlachtet	"	2 496	2 128	852	532	1 002	1 046	650	515	529
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 354	5 810	5 248	4 806	6 284	6 173	5 238	4 964	6 195
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 204	1 115	791	749	1 111	1 074	923	852	991
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	23	22	13	16	26	16	14	16	19
Jungrinder	"	7	7	8	3	4	10	9	5	11
* Schweine	"	4 752	4 315	4 066	3 672	4 757	4 645	3 934	3 711	4 772
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 451
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	21 111	14 415	14 181	14 572	14 742	14 986	14 722	13 691	13 416
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Betriebe	Anzahl	1 396	1 356	1 362	1 360	1 358	1 376	1 376	1 377	1 376
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	347,0	339,8	337,7	339,8	341,6	348,9	350,6	352,7	355,5
* Geleistete Arbeitsstunden	"	41 973	43 488	43 568	42 008	42 800	48 542	41 419	41 951	47 459
* Brutto-lohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	1 243,7	1 273,7	1 330,2	1 194,1	1 191,2	1 426,8	1 376,4	1 286,4	1 277,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 873,1	7 794,2	8 280,4	7 668,1	7 694,2	9 454,9	8 575,2	8 277,7	8 796,5
* darunter Auslandsumsatz	"	3 367,6	3 910,8	4 114,8	3 720,4	3 955,7	4 986,5	4 382,7	4 042,8	4 511,3
Exportquote ⁷⁾	%	49,0	50,2	49,7	48,5	51,4	52,7	51,1	48,8	51,3
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾ insgesamt	2005 = 100 % ⁹⁾	- 10,6	12,5	24,5	- 23,6	16,4	13,3	- 3,7	0,2	0,3
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 13,1	20,9	31,6	18,0	13,2	8,3	- 1,6	- 1,7	1,0
Investitionsgüterproduzenten	"	- 13,3	7,8	27,3	- 53,0	26,4	27,8	14,4	4,6	- 1,3
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 38,0	3,7	4,5	- 5,2	- 3,3	25,0	20,6	16,8	17,5
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1,9	4,4	8,0	1,5	11,1	4,4	- 1,0	- 0,4	4,1
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 5,4	14,2	17,4	9,8	7,3	8,5	- 2,0	- 11,2	- 1,8
Maschinenbau	"	- 28,0	31,0	30,0	37,2	52,7	28,6	17,2	13,3	- 13,1
Kraftwagen und -teile	"	- 0,9	12,4	16,9	- 0,5	13,8	20,1	- 0,1	- 14,2	18,9
Herstellung von Metallzeugnissen	"	- 29,6	28,5	44,3	41,6	20,9	23,2	10,2	5,8	10,1
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	108	107	106	107	107	112	112	112	112
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 580	15 944	15 885	15 897	16 004	16 084	16 101	16 081	16 200
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾⁽¹¹⁾	1000 h	2 110	2 004	2 013	1 925	1 995	2 227	1 827	1 856	2 147
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	67,4	65,5	68,7	65,3	61,7	63,9	72,6	66,3	63,2
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 098,2	2 205,3	1 934,0	2 396,7	2 253,6	901,7	774,6	627,6	840,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. — 6) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 12) Mit einer elektrischen Leistung ab 1 MV.

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
* Beschäftigte ²⁾	2009 = 100 ³⁾	.	97,7	.	96,3	97,1	99,7	97,7	96,9	97,3
* Umsatz ⁴⁾	2009 = 100 ⁵⁾	.	100,0	.	77,7	101,4	105,2	115,6	87,3	106,1
Baugewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
B a u h a u p t g e w e r b e⁷⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	46,2	47,6	48,3	48,0	48,5	48,0	48,4	48,6	49,1
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 289	4 427	5 224	4 986	5 072	5 219	4 583	4 771	5 287
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 693	1 867	2 147	2 011	2 123	2 152	1 954	1 930	2 175
* gewerblicher Bau	"	1 320	1 316	1 524	1 478	1 486	1 527	1 357	1 482	1 578
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 276	1 243	1 553	1 497	1 463	1 540	1 272	1 359	1 534
* Bruttoentgelte	Mill. Euro	102,7	105,6	106,9	114,3	112,4	116,1	122,8	117,9	124,6
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	441,9	450,9	521,0	500,7	525,0	511,2	490,1	540,6	539,2
darunter										
* Wohnungsbau	"	131,4	142,3	175,9	164,3	160,6	143,0	145,4	164,6	152,9
* gewerblicher Bau	"	159,4	145,8	151,8	150,2	159,7	183,2	171,3	195,6	190,6
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,1	162,8	193,3	186,1	204,6	185,0	173,4	180,4	195,6
Index des Auftragseingangs ⁸⁾	2005 = 100	113,0	94,7	125,3	100,7	100,7	126,6	156,0	109,6	133,1
darunter										
Wohnungsbau	"	102,0	91,5	122,4	99,5	102,1	180,3	133,7	129,1	135,9
gewerblicher Bau	"	106,8	97,4	136,2	83,2	103,6	141,2	233,7	118,6	158,3
öffentlicher und Straßenbau	"	120,5	93,6	118,0	114,2	98,1	101,2	103,5	97,6	113,3
A u s b a u g e w e r b e⁹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ¹⁰⁾	1000	20,0	19,6	19,6	.	.	.	20,4	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 998	5 817	5 766	.	.	.	6 141	.	.
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	155,6	152,0	151,4	.	.	.	163,9	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	598,7	612,4	577,3	.	.	.	614,9	.	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	421	443	511	456	486	663	528	501	486
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	380	394	457	405	433	601	463	453	427
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	499	525	580	541	564	768	659	571	647
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	93	98	107	102	103	143	124	105	116
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	128 017	140 450	150 690	145 672	151 359	204 356	186 532	162 913	178 102
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	134	133	165	168	174	157	140	121	131
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 106	1 005	935	1 651	1 300	1 015	1 416	1 140	1 661
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	183	160	166	251	205	165	219	170	235
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	198 662	165 538	137 802	377 908	230 619	185 512	217 974	151 411	188 106
* Wohnungen insgesamt ¹¹⁾	Anzahl	936	1 018	1 031	1 234	977	1 524	1 197	1 041	1 208
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹¹⁾	"	5 154	5 400	5 873	5 820	5 560	7 819	6 401	5 788	6 319
Großhandel ¹²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
G r o ß h a n d e l¹³⁾										
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — real	2005 = 100	95,0	107,9	113,1	101,3	104,4	106,5	98,9	102,3	110,3
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — nominal	"	90,4	112,2	118,4	106,8	109,6	116,5	105,9	112,4	121,6
* Beschäftigte (Index)	"	93,3	94,9	94,5	94,8	95,5	95,9	96,0	95,6	97,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung (ab 1.1.2004); die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. — 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 3) Hier: 30.09.2009 = 100. — 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; führende Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 13) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 14) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	96,4	97,0	95,9	96,8	93,1	98,8	94,2	94,8	97,0
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,3	99,5	98,6	99,1	95,3	103,3	98,0	97,9	100,5
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,4	92,2	90,9	93,1	87,5	95,0	92,3	90,2	92,9
Apotheken ⁵⁾	"	102,5	103,8	106,3	104,9	100,2	107,3	101,7	98,8	103,5
Bekleidung	"	104,2	112,2	111,9	109,3	100,5	113,2	107,9	108,4	101,7
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	100,3	103,9	94,9	99,5	95,5	100,4	93,2	105,4	105,3
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	108,0	104,1	95,5	99,5	99,6	96,1	96,2	103,4	99,8
Versand- u. Internet-Eh.	"	68,2	87,5	80,2	78,8	80,0	93,2	80,7	79,0	84,4
* Beschäftigte (Index)	"	94,4	95,6	95,3	94,7	96,0	96,3	96,5	96,7	97,1
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	98,9	89,7	97,8	91,8	86,0	112,7	97,4	95,3	90,2
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,9	94,0	102,3	96,0	90,2	119,3	103,3	101,5	96,4
* Beschäftigte (Index)	"	97,6	96,1	95,4	96,1	96,7	98,3	97,9	98,4	100,0
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	85,7	87,3	90,1	84,3	87,0	96,2	90,0	85,7	87,1
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	91,6	95,7	98,6	92,1	95,2	106,8	99,8	95,1	96,9
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	91,4	103,1	104,5	87,5	95,3	122,2	106,4	95,1	95,9
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	89,9	89,5	90,3	92,0	92,8	97,9	95,4	93,2	94,7
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	98,1	102,4	111,5	102,5	103,9	108,0	101,4	102,7	105,6
Ausschank von Getränken	"	84,6	81,4	81,8	81,1	79,4	87,4	90,7	83,5	84,4
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	97,0	98,8	97,9	99,9	100,3	100,9	99,6	100,3
Außenhandel ⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 592,1	4 299,0	4 459,7	4 264,6	4 170,2	4 848,0	4 497,7	4 346,7	4 578,3
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	105,5	111,2	105,0	107,8	122,0	112,9	123,3	113,2	124,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 333,7	4 052,2	4 203,9	4 017,3	3 922,4	4 553,7	4 191,9	4 064,3	4 289,6
davon										
* Rohstoffe	"	11,2	14,6	17,0	17,4	11,8	16,1	21,1	16,5	15,6
* Halbwaren	"	239,9	363,6	343,0	310,0	322,9	352,2	353,9	359,6	393,0
* Fertigwaren	"	3 082,6	3 674,0	3 843,8	3 689,9	3 587,7	4 185,4	3 816,9	3 688,2	3 881,1
davon										
* Vorerzeugnisse	"	467,8	613,5	673,2	630,7	601,4	741,2	633,0	648,8	619,4
* Enderzeugnisse	"	2 614,8	3 060,6	3 170,7	3 059,2	2 986,3	3 444,2	3 183,9	3 039,4	3 261,6
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	981,8	1 121,2	1 135,0	1 138,8	1 082,5	1 217,8	1 105,9	1 145,3	1 153,7
Maschinen	"	419,9	482,3	562,5	542,0	471,9	555,7	556,6	530,4	545,7
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	397,4	504,8	544,2	467,9	420,5	592,5	525,0	413,6	580,2
elektrotechnische Erzeugnisse	"	328,7	474,9	426,7	469,0	525,9	566,7	481,6	453,7	482,9
Eisen- und Metallwaren	"	237,8	284,9	327,4	278,9	278,9	344,0	307,6	304,3	312,7
davon nach										
* Europa	"	2 512,1	2 942,4	3 013,7	2 816,8	2 795,5	3 249,7	3 185,2	2 884,5	3 066,5
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 143,5	2 544,5	2 616,1	2 443,8	2 361,0	2 771,9	2 774,5	2 493,3	2 580,3
* Afrika	"	74,7	86,0	89,8	100,6	90,8	91,6	83,4	94,6	99,0
* Amerika	"	442,0	562,9	620,1	612,3	544,7	551,5	541,6	593,5	631,4
* Asien	"	529,9	666,8	697,0	693,4	699,3	896,6	643,6	728,1	745,4
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	33,5	40,8	39,1	41,4	39,8	58,6	43,8	46,0	36,1
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 877,8	5 691,2	6 107,6	5 711,8	5 537,2	6 272,9	6 331,8	6 347,9	6 529,4
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	203,5	218,5	232,1	188,5	241,9	222,3	247,7	230,6	246,6
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 384,1	5 182,5	5 561,1	5 220,9	5 016,0	5 632,3	5 662,7	5 719,5	5 898,1
davon										
* Rohstoffe	"	87,5	127,5	120,2	122,7	102,9	150,0	105,6	174,1	110,4
* Halbwaren	"	517,9	695,9	826,7	713,2	573,7	697,6	777,4	876,3	1 075,4
* Fertigwaren	"	3 778,7	4 359,1	4 614,2	4 385,0	4 339,5	4 784,7	4 779,7	4 669,1	4 712,3
davon										
* Vorerzeugnisse	"	399,4	500,0	526,2	508,8	510,2	645,2	687,8	638,0	599,0
* Enderzeugnisse	"	3 413,7	3 859,1	4 088,1	3 876,2	3 829,3	4 139,5	4 091,9	4 031,2	4 113,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
davon aus										
* Europa	"	3 203,7	3 579,6	3 895,6	3 524,8	3 388,4	3 997,2	4 175,3	4 097,1	3 862,0
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 813,8	3 115,2	3 344,2	3 103,8	3 048,0	3 466,9	3 582,1	3 511,6	3 129,6
* Afrika	Mill. Euro	110,7	144,8	157,3	171,0	127,0	172,3	173,0	226,0	273,6
* Amerika	"	527,0	616,9	694,4	633,1	588,4	656,2	613,5	631,5	674,2
* Asien	"	1 023,6	1 329,2	1 332,9	1 372,3	1 403,0	1 434,6	1 344,6	1 344,8	1 626,5
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	12,9	20,7	27,4	10,6	30,4	12,7	25,3	48,5	93,0
Tourismus ²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Gästeankünfte	1000	932	996	1 130	1 053	1 066	1 205	1 182	1 123	1 140
darunter										
* von Auslandsgästen	"	218	240	257	302	274	272	264	307	283
* Gästeübernachtungen	"	2 244	2 346	2 562	2 701	2 728	2 653	2 710	2 758	2 831
darunter										
* von Auslandsgästen	"	412	454	451	577	557	483	473	596	569
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	867	957	861	1 069	944	802	800	949	...
davon										
* Gütereingang	"	698	763	689	876	728	641	606	779	...
* Güterversand	"	169	195	172	193	216	161	194	170	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	32 766	28 114	34 545	28 712	22 565	37 877	32 465	29 952	26 186
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	29 657	24 978	30 764	25 365	19 992	33 223	28 969	26 550	23 252
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 438	1 704	2 034	1 624	1 192	2 399	1 886	1 877	1 558
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 297	992	1 317	1 268	967	1 679	1 160	1 060	908
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	286	337	361	371	314	450	380	372	380
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 585	2 478	2 815	2 655	2 676	2 811	2 675	2 316	2 805
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 867	1 756	2 189	2 024	1 984	2 190	1 996	1 680	2 161
* getötete Personen	"	26	21	21	30	18	23	20	19	27
* verletzte Personen	"	2 450	2 323	2 778	2 587	2 624	2 794	2 677	2 270	2 826
Linienfernverkehr der Verkehrsunternehmen ⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	128 392	129 049	381 791	.	.	.	394 952	.	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 978	89 977	265 481	.	.	.	266 998	.	.
Straßenbahnen	"	17 917	18 150	52 235	.	.	.	52 867	.	.
Omnibussen	"	23 282	21 624	66 447	.	.	.	76 389	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 506 168	2 552 262	7 466 276	.	.	.	7 663 617	.	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 281 000	2 335 007	6 820 767	.	.	.	6 950 321	.	.
Straßenbahnen	"	75 640	76 520	224 571	.	.	.	225 270	.	.
Omnibussen	"	149 528	140 736	420 938	.	.	.	488 026	.	.
Linienfernverkehr mit Omnibussen ⁶⁾										
Fahrgäste	1000	47	46	143	.	.	.	197	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	53 093	47 078	149 562	.	.	.	168 093	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Linienverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Linienverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	189 688	171 431	526 606	.	.	.	517 332	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 731	125 896	381 783	.	.	.	378 542	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	28 872	22 127	70 907	.	.	.	73 426	.	.
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	109 859	103 769	310 876	.	.	.	305 116	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	178 457	175 460	525 399	.	.	.	570 378	.	.
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	957	1 000	1 014	997	1 031	1 118	904	837	959
davon										
* Unternehmen	"	163	145	144	154	135	176	110	132	131
* Verbraucher	"	567	630	648	611	693	705	598	507	625
* ehemals selbstständig Tätige	"	187	182	192	191	163	195	152	166	174
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	41	43	30	41	40	42	44	32	29
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	225 927	253 612	179 605	156 994	137 703	219 363	134 905	134 640	148 964
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 511	6 648	6 764	6 567	6 751	6 826	6 031	6 102	7 084
* Gewerbeabmeldungen	"	5 756	5 689	5 150	5 402	5 241	5 591	4 844	4 771	5 128
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,6	107,5	107,3	107,6	107,7	109,4	109,5	110,0	109,8
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	111,9	113,2	113,1	113,9	112,9	116,9	116,4	116,4	115,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	112,2	113,5	113,3	113,4	113,3	114,6	115,3	115,7	116,3
Bekleidung, Schuhe	"	98,5	96,4	95,5	92,3	93,7	97,2	95,0	91,7	93,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,7	109,4	109,4	109,5	109,6	112,5	112,6	112,9	112,8
* Nettokaltmieten	"	105,2	106,3	106,2	106,4	106,5	107,6	107,6	107,7	107,8
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,9	103,6	103,8	103,5	103,4	102,9	102,9	102,6	102,9
Gesundheitspflege	"	104,4	106,7	106,4	106,6	107,0	107,5	107,6	107,7	107,7
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	109,1	113,2	113,6	113,0	113,0	118,4	118,0	118,9	117,9
Nachrichtenübermittlung	"	89,8	88,0	88,0	88,2	88,0	85,9	85,8	85,5	85,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,4	99,6	98,4	101,5	101,8	97,8	99,2	101,7	102,1
Bildungswesen	"	105,2	107,9	108,0	107,9	107,9	107,8	107,5	107,5	107,6
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	"	107,5	109,1	109,0	110,9	110,8	109,0	110,0	112,9	112,8
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	111,9	113,3	.	.	113,6	115,7	.	.	116,3
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 912,0	3 604,7	4 111,1	3 060,3	3 088,9	3 898,1	4 309,6	2 982,7	3 602,9
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 735,4	3 461,9	3 990,8	2 869,8	2 984,2	3 724,2	4 181,6	2 831,3	3 437,3
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 500,4	1 434,2	1 444,4	1 388,7	1 263,6	1 708,7	1 450,2	1 486,5	1 342,7
veranlagte Einkommensteuer	"	166,7	193,4	661,7	- 11,6	- 31,7	- 16,3	626,6	- 156,0	141,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	194,0	132,9	228,7	172,6	74,1	399,8	193,2	99,1	26,0
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	360,6	257,7	159,5	180,2	186,2	208,4	148,5	174,0	192,4
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	- 12,5	91,1	471,6	- 164,4	38,6	23,0	435,8	- 156,0	180,3
Umsatzsteuer	"	1 432,5	1 232,4	916,6	1 188,0	1 310,3	1 235,1	1 198,6	1 234,7	1 428,7
Einfuhrumsatzsteuer	"	93,7	120,2	108,3	116,5	143,3	165,5	128,7	148,9	126,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. Euro
noch: davon	
Bundessteuern	
Landessteuern		157,5	115,6	120,3	112,6	103,5	165,6	128,0	79,8	157,5
darunter	
Erbschaftsteuer		45,9	34,9	40,8	36,0	30,1	63,5	34,6	17,8	42,5
Grundwerbsteuer		34,5	33,6	35,3	32,5	32,1	43,1	42,6	25,9	48,9
sonstige Landessteuern		48,1	47,1	44,2	44,1	41,6	58,9	50,9	36,1	66,0
Gewerbsteuerumlage	19,2	27,2	0,0	77,8	1,2	8,2	0,0	71,6	8,1	

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt ²⁾		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	1 311,2	1 313,2	2 347,9	1 018,9	1 790,4	1 868,4	2 443,3	1 290,5	1 792,0
davon
Grundsteuer A	"	3,1	2,9	5,6	4,3	3,7	5,8	3,6	4,3	3,8
Grundsteuer B	"	126,7	127,9	214,5	170,3	171,5	227,4	169,7	172,9	190,7
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	630,8	672,4	919,8	703,9	883,0	945,9	1 102,5	987,3	870,7
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	479,6	437,6	1 083,4	125,5	639,3	584,9	985,4	106,7	621,3
andere Steuern ³⁾	"	8,3	9,2	11,4	11,7	12,3	21,0	12,9	14,0	16,3

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	3 924	4 344	3 542	3 561	3 614	3 617	3 638	3 651	3 702
und zwar
* männlich	"	4 172	4 604	3 749	3 762	3 828	3 830	3 857	3 864	3 926
* weiblich	"	3 346	3 746	3 061	3 094	3 120	3 122	3 132	3 163	3 188
* Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	"	7 333	7 881	6 317	6 350	6 413	6 443	6 492	6 469	6 565
* Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	"	4 564	5 051	4 095	4 160	4 203	4 215	4 253	4 268	4 304
* Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	"	3 107	3 521	2 870	2 857	2 917	2 919	2 936	2 944	3 003
* Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	"	2 436	2 745	2 283	2 262	2 343	2 365	2 352	2 356	2 420
* Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	"	2 008	2 183	1 901	1 863	1 901	1 931	1 928	1 922	1 982
* Produzierendes Gewerbe	"	3 736	4 266	3 400	3 378	3 480	3 491	3 503	3 497	3 597
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	3 159	3 627	2 950	2 892	3 040	3 103	3 027	3 005	3 094
* Verarbeitendes Gewerbe	"	3 825	4 413	3 469	3 481	3 568	3 567	3 598	3 601	3 686
* Energieversorgung	"	5 019	5 454	4 304	4 245	4 318	4 294	4 308	4 301	4 403
* Wasserversorgung ⁸⁾	"	3 418	3 964	3 168	3 161	3 195	3 180	3 170	3 215	3 227
* Baugewerbe	"	2 957	3 220	2 824	2 623	2 839	2 925	2 845	2 753	2 951
* Dienstleistungsbereich	"	4 022	4 383	3 615	3 652	3 681	3 681	3 705	3 728	3 755
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	"	3 651	3 971	3 310	3 289	3 303	3 314	3 340	3 359	3 397
* Verkehr und Lagerei	"	3 751	4 080	3 429	3 379	3 501	3 495	3 485	3 410	3 526
* Gastgewerbe	"	2 421	2 608	2 253	2 273	2 270	2 259	2 286	2 289	2 277
* Information und Kommunikation	"	5 292	5 518	4 564	4 586	4 585	4 631	4 652	4 660	4 695
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	"	6 128	6 414	4 951	5 196	5 298	5 306	5 320	5 366	5 391
* Grundstücks- und Wohnungswesen	"	4 401	4 818	3 932	4 022	4 069	4 097	4 081	4 129	4 172
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	"	5 571	6 238	4 740	4 748	4 781	4 768	4 813	4 833	4 877
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	"	2 576	2 758	2 405	2 410	2 398	2 400	2 433	2 437	2 473
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	"	3 263	3 630	3 147	3 153	3 171	3 183	3 185	3 251	3 254
* Erziehung und Unterricht	"	3 960	4 271	3 896	3 910	3 940	3 943	3 943	4 038	4 041
* Gesundheits- und Sozialwesen	"	3 408	3 886	3 213	3 192	3 240	3 249	3 265	3 255	3 293
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	"	4 967	5 813	4 849	4 827	4 889	4 739	5 406	4 916	4 623
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	"	3 513	3 976	3 219	3 189	3 101	3 130	3 244	3 315	3 340

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.



STATISTIK HESSEN

Hessischer Umwelt-Monitor

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des
Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 4

Oktober 2011

15. Jahrgang

Inhalt

- Fotovoltaik auf Altablagerungen und Deponien 3
- Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 7
 - A. Gewässerüberwachung in Hessen 7
 - 1. Hydrologische Daten nach Messstellen 8
 - 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten 10
 - B. Die Luftqualität in Hessen 13

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.

Er wird gemeinsam herausgegeben von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie und dem Hessischen Statistischen Landesamt als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG)
Rheingaustraße 186
65203 Wiesbaden

Hessisches Statistisches Landesamt (HSL)
Rheinstraße 35/37
65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie

Telefon: 0611/6939-0
Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG Helmut Weinberger Telefon: 0611/6939-571

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Fotovoltaik auf Altablagerungen und Deponien

VOLKER ZEISBERGER

Die Nutzung der Sonnenenergie durch Fotovoltaik-Anlagen wird durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert [1]. Dieses regelt die Einspeisung von Solarstrom in das Stromnetz und gibt über 20 Jahre eine Preisgarantie für den eingespeisten Strom. Die hohen Zuwachsraten bei der Installation von Fotovoltaik-Anlagen in Deutschland bestätigen die Wirksamkeit der Fördermaßnahmen.

In Hessen soll der Anteil Erneuerbarer Energien am Energieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent erhöht werden. Die Erneuerbaren Energien sollen von heute 7 000 MWh/a bis zum Jahr 2020 verdreifacht werden. Für Fotovoltaikanlagen werden Flächen von ca. 25 km² benötigt. Standorte für Fotovoltaikanlagen können Dachflächen oder Freiflächen sein. Da Dachflächen nur begrenzt zur Verfügung stehen, und landwirtschaftlich genutzte Flächen seit 2010 nicht mehr als Standorte für Fotovoltaikanlagen gefördert werden, suchen Investoren verstärkt nach weiteren Standorten für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen.

Als Standorte für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen sind laut EEG „bauliche Anlagen“, „versiegelte Flächen“ und „Konversionsflächen aus wirtschaftlicher

Nutzung“ geeignet. Hierzu zählen u. a. stillgelegte Deponien, Altablagerungen, Aufschüttungen und Abraumhalden. Diese Standorte haben eine besondere Bedeutung, da hier eine Doppelnutzung der Fläche erreicht wird. Eine Recherche bei den Regierungspräsidien hat ergeben, dass ca. 50 Altablagerungen für die Errichtung von Fotovoltaik-Freiflächenanlagen infrage kommen. Hinzu kommen Deponien in der Stilllegungs- und Nachsorgephase. In Hessen gibt es bereits Fotovoltaik-Freiflächenanlagen auf Deponien in Flörsheim-Wicker, Taunusstein und Wiesbaden.

Bei der Installation von Fotovoltaik-Freiflächenanlagen sind zahlreiche Rahmenbedingungen zu beachten. Neben den vergütungsrechtlichen Vorgaben des EEG sind insbesondere baurechtliche, abfalltechnische und naturschutzfachliche Belange zu prüfen. Zur Unterstützung von Investoren und Behörden erscheint daher Anfang 2011 eine Arbeitshilfe „Fotovoltaik auf Deponien und Altablagerungen“, die vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung erstellt wurde [2].



Abb. 1: Fotovoltaik-Freiflächenanlage auf dem Gelände des Dyckerhoffbruchs in Wiesbaden. (Foto: ELW Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, Frank Fischer.)

EEG

Im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird die Einspeisevergütung für Solarstrom geregelt. Der örtliche Netzbetreiber ist zur Einspeisevergütung verpflichtet, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- I. Die Fotovoltaik-Freiflächenanlage wurde auf einer **baulichen Anlage** errichtet, die vorrangig zu einem anderen Zweck errichtet worden ist. Zu solchen baulichen Anlagen zählen Altablagerungen, Aufschüttungen und Deponien.
- II. Die Fotovoltaik-Freiflächenanlage wurde auf einer Fläche errichtet, für die eine **Planfeststellung** oder **Plangenehmigung** durchgeführt wurde. Dies trifft insbesondere auf Deponien in der Stilllegungs- oder Nachsorgephase zu.
- III. Die Fotovoltaik-Freiflächenanlage wurde im Gel-

tungsbereich eines **Bebauungsplans** (B-Plan) errichtet.

Für die Mehrzahl der Deponien/Altablagerungen, die als Standorte für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen in Frage kommen, ist zu erwarten, dass mindestens eine der genannten Bedingungen zutrifft. Welche der oben genannten Bedingungen zutreffend ist, muss mit den örtlich zuständigen Baubehörden abgestimmt werden. Die Anforderungen hinsichtlich Planfeststellung (II.) bzw. Bebauungsplan (III.) sollen bewirken, dass ökologisch sensible Flächen nicht überbaut werden und eine möglichst große Akzeptanz bei der Bevölkerung vor Ort erreicht werden kann.

Baurecht

Die Genehmigungsfähigkeit von Fotovoltaikanlagen richtet sich nach den Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) und der Hessischen Bauordnung (HBO).

Fotovoltaik-Freiflächenanlagen sind bauliche Anlagen im Sinne des § 29 Abs. 1 BauGB und des § 2 Abs. 1 HBO. Für die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit

einer Fotovoltaik-Freiflächenanlage ist relevant, ob das Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplans, im Außenbereich oder auf einer planfestgestellten bzw. plangenehmigten Fläche (z. B. einer Deponie) geplant ist.

Für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen besteht Baugenehmigungspflicht. Zur Klärung der bautechnischen Voraussetzungen für die Installation von Fotovoltaik-Freiflächenanlagen ist ein ingenieurtechnisches Gutachten erforderlich, das insbesondere eine Standortbegehung, eine bautechnische Standortprüfung und eine Machbarkeitsstudie beinhaltet.

Bei der Errichtung von Fotovoltaik-Freiflächenanlagen ist immer die Naturschutzbehörde zu beteiligen. Bei Vorhaben im Außenbereich ist die naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigung Teil der Baugenehmigung. Bei Rodungen ist zusätzlich eine forstrechtliche Rodungsgenehmigung erforderlich.

Naturschutz- und Forstrecht

Auf planfestgestellten Flächen (Deponien in der Stilllegungs- oder Nachsorgephase) ist häufig zu erwarten, dass naturschutzrechtliche Anforderungen gering sind. Höhere Anforderungen können z. B. vor-

liegen, wenn sich seit der Deponie-Rekultivierung gesetzlich geschützte Biotop (z. B. Magerrasen) oder Lebensstätten besonders geschützter Arten entwickelt haben.

Durch die im Verfahren beteiligte Naturschutzbehörde wird auch geprüft, ob geschützte Arten oder Lebensräume betroffen sind. In ökologisch wertvollen Gebieten (z. B. Naturschutz- und Feuchtgebieten) ist davon auszugehen, dass keine Genehmigung erteilt wird.

Technische Voraussetzungen

Für die Errichtung einer Fotovoltaik-Freiflächenanlage sind u. a. folgende Aspekte zu beachten:

- Module: Marktverfügbar sind kristalline Solarzellen und Dünnschicht-Solarzellen, die Module können festinstalliert oder nachgeführt sein.
- Fundamente: Kostengünstig ist die Gründung auf Rammfundamenten, d. h. das Einrammen der Montagepfähle (ca. 1,5 m bis 2 m u. GOK); Betonfundamente sind teurer und können, wenn sie über die Geländeoberkante aufragen, Mäh- und Pflegearbeiten erschweren.
- Aufständigung: Üblich sind gerammte Mehrpfostensysteme; Einpfostensysteme erleichtern Mäh- und Pflegearbeiten.
- Oberflächenabdichtung der Deponie/Altablagerung: Sind Dichtungssysteme (Kunststoffdichtungsbahn, mineralische Dichtung oder Kapillarsperre) vorhanden, dürfen diese nicht durchsto-

ßen bzw. in ihrer Funktion beeinträchtigt werden.

- Exposition/Neigung: Günstig sind südexponierte Flächen, da die Fotovoltaikmodule dichter aufgestellt werden können; allerdings ist bei stärkeren Neigungen (> 20 %) das Rammen und die Montage aufwändiger.
- Erosion: Bei stärker geneigten Flächen besteht Erosionsgefahr; erforderlich ist eine geschlossene Vegetationsdecke und/oder eine Regenwasserableitung.
- Setzungen: Insbesondere bei Deponien, auf denen organische Abfälle abgelagert wurden, treten Setzungen auf. Erfahrungsgemäß verlangsamen sich die Setzungen ca. 10 Jahre nach Ablagerungsende. Bei der Installation einer Fotovoltaik-Freiflächenanlage ist sicherzustellen, dass die Konstruktion der Restsetzung schadlos folgen kann.
- Stromanschluss: Bei größeren Anlagen ist ein

- Mittelspannungsanschluss an das Stromnetz erforderlich. Bei kleineren Anlagen kann ein Niederspannungsanschluss ausreichend sein.
- Schutz gegen Diebstahl und Vandalismus: Versicherer fordern i. d. R. 2 m hohe Zäune mit Alarmanlage, sofern die Anlage nicht auf einem gesicherten Betriebsgelände errichtet wird
- Rekultivierung: Bereits bei der Erstellung des Rekultivierungskonzepts sollte die mögliche Installation einer Fotovoltaik-Freiflächenanlage berücksichtigt werden.



Abb. 2: Fotovoltaik-Freiflächenanlage auf dem Gelände des Deponiepark Flörsheim-Wicker. (Foto: Deponiepark Flörsheim-Wicker.)

Fazit

Fotovoltaik-Freiflächenanlagen können für Investoren lohnend sein, wenn günstige Randbedingungen vorliegen. Deponien, Altablagerungen, Aufschüttungen und Abraumhalden sind grundsätzlich gut geeignete Standorte.

Eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung einer Fotovoltaik-Freiflächenanlage ist ein engagierter, visionärer Betreiber, da die Planung mit hohem Aufwand verbunden ist (Bebauungsplan, Baugenehmigung, usw.).

Vorteilhaft ist, wenn die Kommune (als Träger der Bauleitplanung) der Errichtung einer Fotovoltaik-Freiflächenanlagen aufgeschlossen gegenüber steht. Die Akzeptanz der Bevölkerung kann durch Werbung und Beteiligungsmöglichkeiten („Bürgersolar-

anlagen“) erhöht werden. Bei Flächen ohne hohen Erholungswert („unattraktive Standorte“, z. B. Deponien) kann mit einer hohen Akzeptanz der Bürger gerechnet werden.

Erfahrungen zeigen, dass die Lage innerhalb eines Betriebsgeländes besonders vorteilhaft ist. Dann ist keine zusätzliche Umzäunung erforderlich, Personal ist dauerhaft vor Ort, die Vandalismusgefahr ist gering. Günstige Voraussetzungen können bei Deponiestandorten vorliegen, wenn die Freiflächen-Fotovoltaikanlage neben dem Ablagerungskörper, aber innerhalb des planfestgestellten Bereiches, installiert ist (Beispiel Dyckerhoffbruch Wiesbaden). Die Beweidung mit Schafen ermöglicht niedrige Unterhaltungskosten.

Literatur

- [1] Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 25. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2074), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1170)
- [2] Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: „Ar-

beitshilfe Fotovoltaik auf Deponien und Altablagerungen“. Die Arbeitshilfe erscheint Anfang 2011.

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

A. Gewässerüberwachung in Hessen

Gewässeruntersuchungen sind Grundlage für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Gewässer sowie den Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes. Zunehmende Ansprüche an die ober- und unterirdischen Gewässer erfordern einen umfassenden Gewässerschutz mit einer laufenden Überwachung der Gewässer. Die Bereitstellung der hierfür benötigten quantitativen und qualitativen Daten bedingt die Einrichtung von umfangreichen Messnetzen. In Hessen werden betrieben/untersucht:

108	Pegel an oberirdischen Gewässern zur Erfassung des Wasserstandes und daraus abgeleitet des Abflusses
75	Niederschlagsmessstellen
7	Messstellen zur kontinuierlichen Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
251	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
94	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit von Seen
910	Grundwassermessstellen zur Erfassung des Wasserstandes sowie 67 Quellschüttungsmessstellen, davon
351	Grundwassermessstellen zur Erfassung der Wasserbeschaffenheit
> 1.200	operative Messstellen (gemäß EU-WRRL) zur Erfassung von Fischen, Fischnährtieren, Algen und/oder Wasserpflanzen in Fließgewässern

Für alle Messstellen hat das HLUg gemäß § 57 Hessisches Wassergesetz die Aufgabe, die quantitativen und qualitativen Gewässerdaten zu erfassen, zu sammeln, fortzuschreiben und fallweise zu veröffentlichen. Die Daten werden nach unterschiedlichen Gesichtspunkten und mit verschiedenen Techniken erfasst und in die jeweiligen Datenbanken eingestellt. Die der Erfassung des Wasserstandes an den Fließgewässern dienenden **Pegel** sind zum Großteil (97) über Einrichtungen zur Datenfernübertragung mit einer zentralen Datenbank verbunden. Damit stehen die Daten zeitnah zur Verfügung. Bei Überschreitung eines vorgegebenen Wasserstandes wird automatisch eine Hochwasserwarnung an die für den Hochwasserwarndienst zuständigen Behörden abgegeben. Die Öffentlichkeit kann sich auch über das Internet (<http://www.hlug.de>) über die Wasserstände hessischer Gewässer informieren.

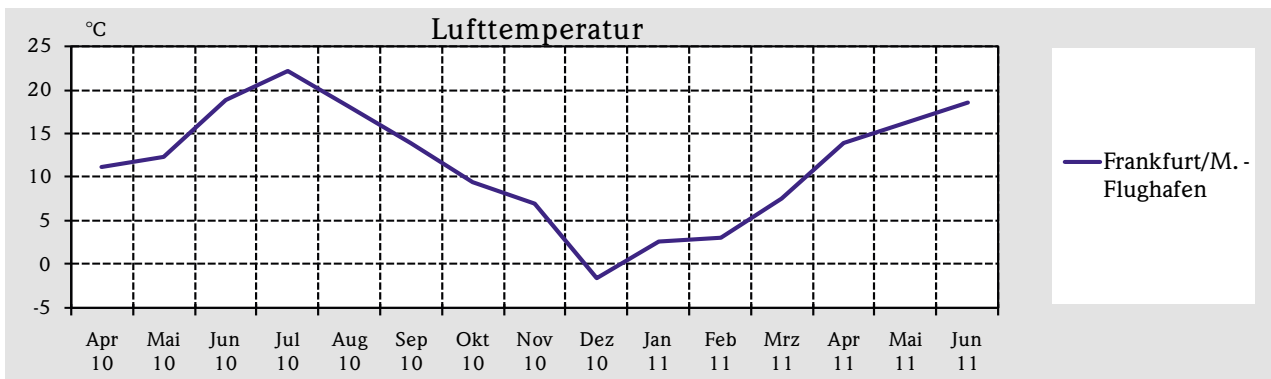
Die **Niederschlagshöhen** werden an den 75 Messstellen des landeseigenen Niederschlagsmessnetzes ermittelt. Derzeit sind 50 Messstellen mit Datenfernübertragung ausgerüstet, deren Werte digital in eine zentrale Datenbank übermittelt werden. Dort stehen sie u.a. für Hochwasservorhersagemodelle und für die Internetdarstellung zur Verfügung.

Die **Überwachung der Gewässerbeschaffenheit und die Bewertung des chemischen Zustands** gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) in Hessen erfolgt an den größeren Gewässern in Hessen wie Main, Nidda, Kinzig, Werra, Lahn, Fulda und wegen der besonderen Belastungssituation im Schwarzbach (Ried) durch Messstationen. Hier werden physikalisch messbare Parameter kontinuierlich, d. h. minütlich bzw. halbstündlich registriert und es wird kontinuierlich Probenwasser für die spätere chemische Analyse entnommen. Um den chemischen Zustand auch der kleineren Gewässer zu erfassen, werden darüber hinaus an 251 Messpunkten sowohl umfangreiche physikalische als auch quantitative und qualitative chemische Untersuchungen durchgeführt. Diese Messstellen liefern zwar eine geringere Informationsdichte als die Messstationen, umfassen dafür aber ein dichtes Messstellennetz, das gleichmäßig über die Fläche Hessens verteilt ist und je nach Situation bei negativer Entwicklung der Güte einzelner Gewässer bzw. in deren Teileinzugsgebieten regional durch zusätzliche Messstellen verdichtet werden kann.

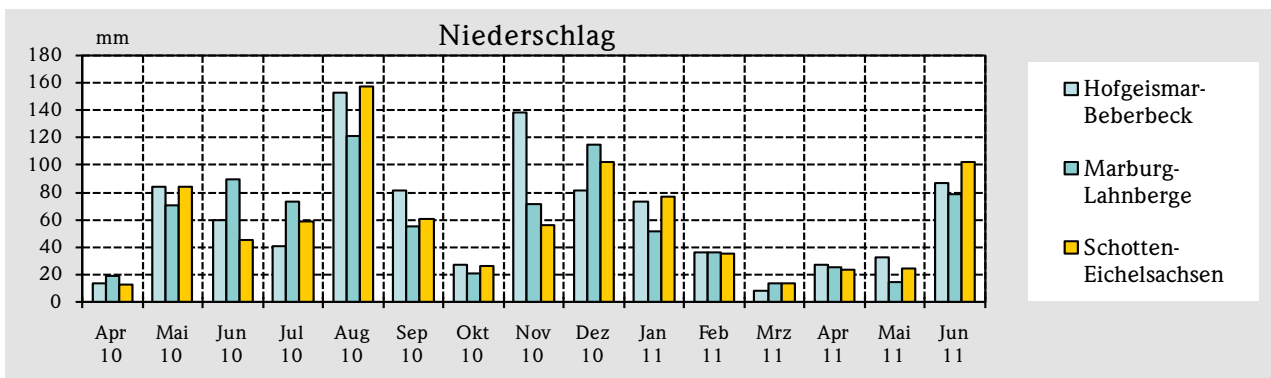
Die **Beschaffenheit von Seen** wird an 94 Messstellen überwacht. Die Bewertung des ökologischen **Zustands** gemäß EU-WRRL erfolgt in erster Linie anhand der im Gewässer vorkommenden Fauna und Flora. Die Einzelergebnisse dieser Untersuchungen sind unter <http://wrrl.hessen.de> einsehbar. Sowohl hier als auch unter <http://www.flussgebiete.hessen.de> sind zahlreiche weitere Informationen zur Umsetzung der EU-WRRL zu finden. Ziel der Gewässerüberwachung ist somit einerseits Langzeitwirkungen zu beobachten, andererseits kurzfristige Änderungen der Gewässerbeschaffenheit frühzeitig zu erkennen.

Der quantitative **Grundwassermessdienst** wird im Auftrag der Regierungspräsidien von Beobachtern vorgenommen, die überwiegend im Wochenturnus Einzelmessungen im Hinblick auf Grundwasserstand und Quellschüttung durchführen. Nur in einigen Fällen werden überall dort, wo aus hydrogeologischen Gründen der Grundwasserspiegel in Beobachtungsröhren oder die Schüttung von Quellen starken Schwankungen unterworfen sind, die entsprechenden Messgrößen kontinuierlich mittels konventioneller Schreibgeräte und/oder mittels Datenlogger registriert. Aus 351 Grundwassermessstellen und Quellen werden Proben genommen. Die chemische Analyse dient der Bewertung des Ist-Zustandes der Grundwasserbeschaffenheit und der Prognose der zukünftigen Entwicklung unter dem Einfluss anthropogener Wirkfaktoren.

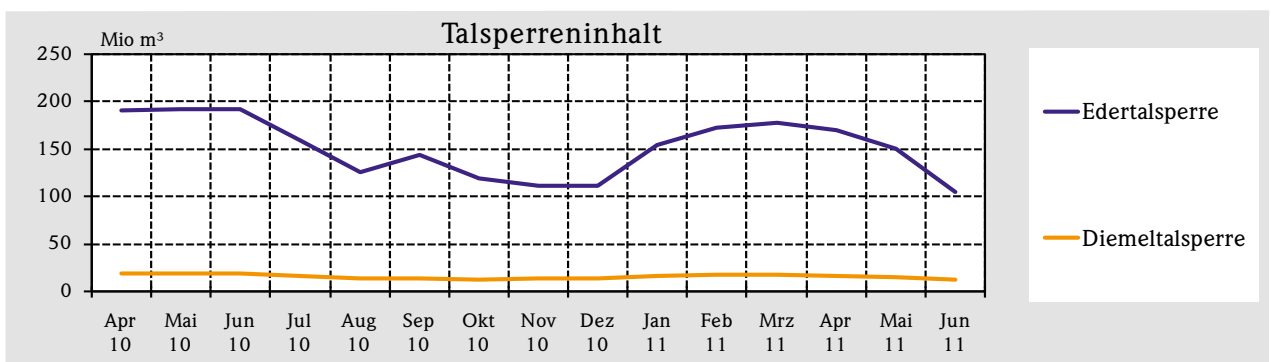
1. Hydrologische Daten nach Messstellen



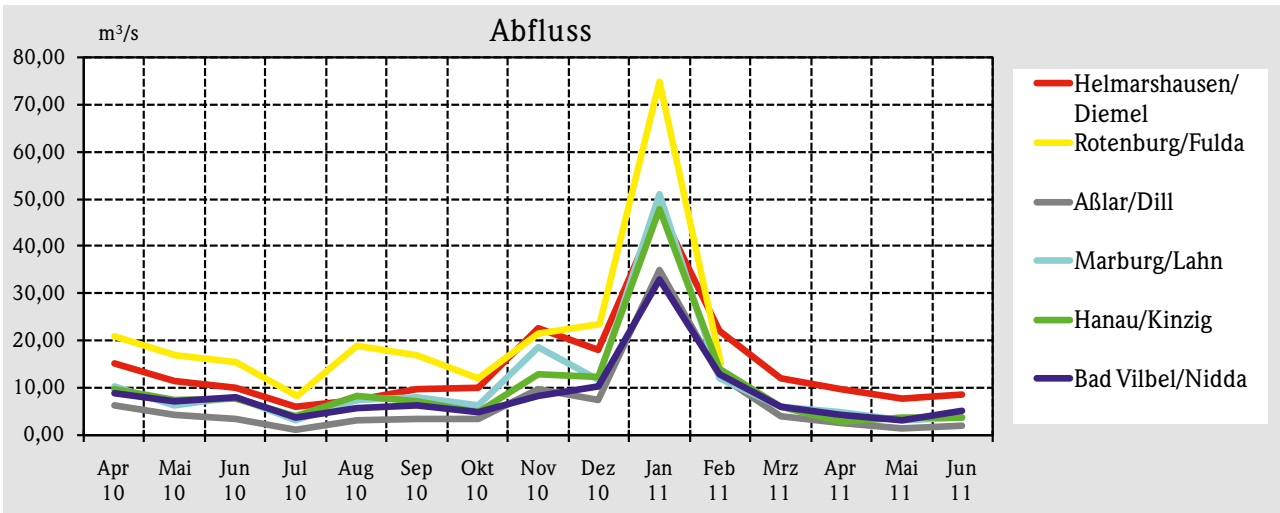
Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Frankfurt/M.-Flughafen	11,1	12,3	18,8	22,2	18,2	13,9	9,5	6,9	-1,6	2,6	3,0	7,6	14,0	16,3	18,5



Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Hofgeismar-Beberbeck	13,7	83,8	59,8	41,1	153	81,4	27,5	138,3	81,5	73,1	36,2	8,0	27,5	32,6	86,8
Marburg-Lahnberge	19,0	70,3	89,6	73,1	121	54,8	21,1	71,4	114,7	51,0	36,0	13,9	25,1	14,5	79,1
Schotten-Eichelsachsen	12,8	83,9	45,1	58,8	157	60,3	26,6	56,4	102,2	77,3	34,8	13,5	23,6	24,1	102,5

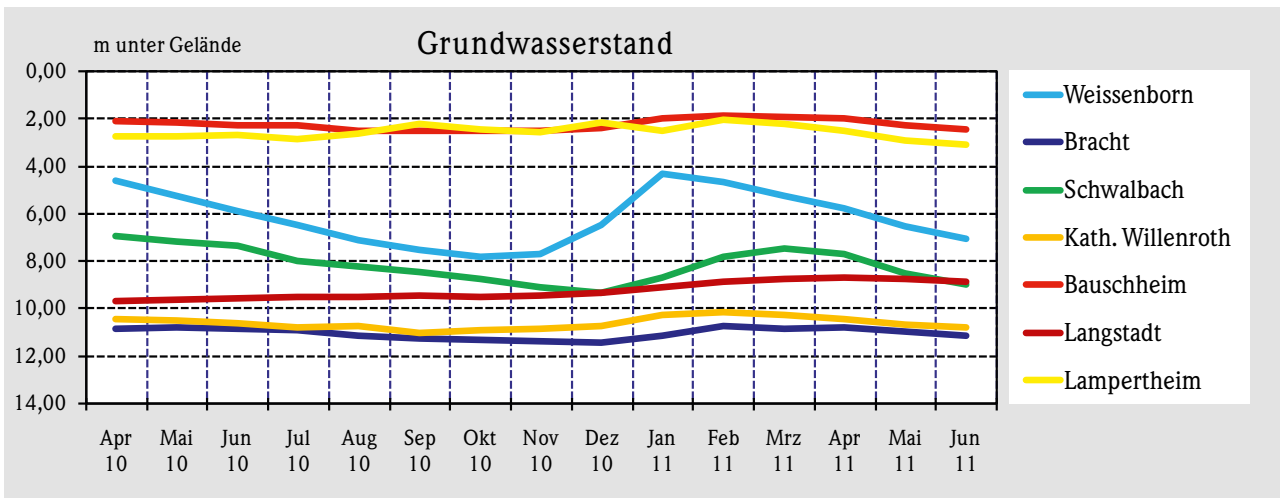


	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Edertalsperre	191	192	192	160	126	144	119	112	111	154	172	178	170	150	105
Diemeltalsperre	18,7	18,6	18,0	15,3	13,3	12,6	12,3	12,6	12,5	15,4	16,9	17,0	15,3	14,3	11,6



Abfluss – Monatsmittel [m³/s]

Pegel	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Helmarshausen/Diemel	15,1	11,3	9,80	5,80	7,12	9,48	9,80	22,6	17,9	48,0	22,4	12,4	9,5	7,4	8,4
Rotenburg/Fulda	20,9	16,8	15,4	8,10	18,9	16,8	11,8	21,3	23,5	74,8	14,9			6,4	
Aßlar/Dill	6,20	4,20	3,30	1,10	3,00	3,40	3,30	9,80	7,40	34,9	12,6	4,00	2,6	1,5	1,9
Marburg/Lahn	10,3	6,24	8,00	3,10	7,20	8,00	6,30	18,5	11,6	51,4	12,3	5,90	4,6	3,0	3,7
Hanau/Kinzig	9,68	7,50	7,80	3,90	8,20	7,00	4,80	12,8	12,9	47,9	14,2	6,30	2,8	3,6	3,6
Bad Vilbel/Nidda	8,80	7,10	8,13	3,70	5,90	6,40	4,80	8,50	10,3	32,5	13,3	6,20	4,3	3,2	5,3



Grundwasserstand - Monatsmittel [m unter Gelände]

Messstelle	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Weissenborn	5,25	5,87	6,48	7,11	7,55	7,81	7,68	6,45	4,32	4,65	5,24	5,80	6,51	7,08
Bracht	10,78	10,84	10,89	11,12	11,24	11,29	11,36	11,40	11,13	10,86	10,75	10,73	10,94	11,09
Schwalbach	7,17	7,37	8,00	8,21	8,48	8,76	9,11	9,33	8,72	7,78	7,51	7,73	8,50	8,95
Kath. Willenroth	10,49	10,62	10,78	10,72	11,02	10,90	10,85	10,71	10,28	10,16	10,25	10,43	10,67	10,77
Bauschheim	2,12	2,21	2,26	2,46	2,45	2,47	2,46	2,33	1,91	1,82	1,86	1,94	2,21	2,38
Langstadt	9,61	9,57	9,50	9,50	9,47	9,49	9,45	9,35	9,06	8,83	8,71	8,66	8,75	8,84
Lampertheim	2,72	2,69	2,82	2,63	2,18	2,41	2,51	2,14	2,52	2,01	2,22	2,45	2,90	3,08

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Messstation Bischofsheim / Main, Flusskilometer 4,0														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		25	26	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
		29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011	18.4.2011	2.5.2011	16.5.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	368	507	493	1263	393	430	279	228	187	158	150	126	115
Temperatur	°C	4,1	2,8	3,1	5,4	4,2	6,1	5,5	7,7	10,9	14,6	16,6	18,3	20,2
Sauerstoff	mg/l	12,5	13,5	13,5	10,8	12,4	12,3	12,2	11,9	13,5	14,5	15,5	14,4	13,2
pH		8,1	8,1	8,1	7,9	8,1	8,1	8,0	8,2	8,4	8,5	8,5	8,3	8,3
Leitfähigkeit	µS/cm	620	592	670	400	604	618	634	706	706	694	687	689	677
NH ₄ -N	mg/l	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	0,09	0,18	< 0,07	< 0,07
NO ₃ -N	mg/l	5,0	5,0	5,3	3,9	5,1	5,3	5,4	5,6	5,4	4,7	4,1	3,7	3,2
Gesamt-N ²⁾	mg/l	6,4	6,1	6,3	4,9	6,5	6,5	6,8	7,3	6,4	5,8	5,9	5,6	5,1
o-PO ₄ -P	mg/l	0,14	0,15	0,11	0,17	0,11	0,13	0,10	0,07	0,06	0,09	0,04	0,04	0,05
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,25	0,26	0,25	0,33	0,14	0,17	0,15	0,13	0,12	0,14	0,13	0,11	0,08
TOC	mg/l	6,2	7,0	4,7	6,3	3,0	3,7	4,5	3,8	4,5	5,5	7,5	7,6	9,0
Cl	mg/l	49	56	65	31	43	45	46	50	54	56	59	56	60

Messstation Oberbiel / Lahn, Flusskilometer 19,1														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		25	26	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
		29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011	18.4.2011	2.5.2011	16.5.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	18,9	35,2	101,6	153,0	27,7	56,6	24,8	17,2	14,7	12,9	11,2	8,7	8,1
Temperatur	°C	2,2	1,9	2,3	5,3	3,2	5,3	3,9	6,9	9,7	12,9	15,1	16,1	17,8
Sauerstoff	mg/l	12,0	12,3	12,5	11,4	12,1	11,3	12,2	11,8	12,5	11,7	14,1	14,8	11,1
pH		7,9	7,8	7,8	7,5	7,8	7,7	7,9	8,1	8,4	8,5	9,0	9,1	8,2
Leitfähigkeit	µS/cm	506	479	435	273	403	352	398	452	463	479	483	479	531
NH ₄ -N	mg/l	0,17	0,10	0,12	0,08	0,32	0,08	0,21	0,10	< 0,07	0,08	0,27	0,09	0,11
NO ₃ -N	mg/l	3,4	3,6	3,2	3,4	3,8	3,4	3,6	3,5	3,5	2,7	2,3	2,5	2,5
Gesamt-N ²⁾	mg/l	4,4	4,5	3,9	4,4	5,1	4,4	4,8	4,7	4,3	4,1	4,1	4,3	4,3
o-PO ₄ -P	mg/l	0,13	0,11	0,08	0,12	0,11	0,10	0,08	0,06	0,06	0,14	0,09	0,13	0,17
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,15	0,16	0,23	0,16	0,12	0,13	0,11	0,09	0,19	0,23	0,26	0,22	0,19
TOC	mg/l	3,0	3,3	3,3	4,3	2,4	2,9	2,8	2,6	4,7	5,1	8,6	9,2	8,2
Cl	mg/l	63	63	51	26	36	31	35	37	40	56	42	47	50

Messstation Witzenhausen / Werra, Flusskilometer 83,9														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		25	26	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
		29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011	18.4.2011	2.5.2011	16.5.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	55,1	73,0	101,6	271,6	97,8	81,2	57,4	48,4	41,6	34,2	27,0	23,5	19,9
Temperatur	°C	2,8	2,8	2,7	5,6	4,4	5,9	4,4	7,5	9,8	12,7	14,9	15,6	17,9
Sauerstoff	mg/l	13,1	13,0	13,2	11,8	12,2	11,8	12,7	11,9	12,6	13,5	15,8	14,7	12,9
pH		8,1	8,0	8,0	7,8	7,9	7,9	8,0	8,0	8,2	8,5	8,6	8,5	8,5
Leitfähigkeit	mS/cm	4,5	4,3	4,0	2,0	3,5	4,1	4,4	4,7	4,6	4,8	4,5	2,7	4,3
NH ₄ -N	mg/l	0,09	<0,07	0,15	< 0,07	0,13	< 0,07	0,14	< 0,07	< 0,07	0,15	0,13	0,33	0,40
NO ₃ -N	mg/l	4,8	5,0	4,4	3,9	4,3	4,0	4,4	4,0	3,6	3,2	2,3	1,8	1,9
Gesamt-N ²⁾	mg/l	5,8	6,2	5,2	4,8	5,5	5,1	5,7	5,4	4,7	4,2	4,2	3,5	3,8
o-PO ₄ -P	mg/l	0,13	0,12	0,13	0,12	0,10	0,1	0,08	0,07	0,09	0,07	0,01	0,05	0,09
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,39	0,17	0,35	0,20	0,11	0,1	0,11	0,09	0,13	0,13	0,13	0,10	0,15
TOC	mg/l	3,1	3,6	4,8	5,5	2,3	2,3	2,4	2,6	3,3	4,3	9,9	7,5	9,8
Cl	mg/l	1150	1100	920	435	885	1050,0	1100	1250	1250	1250	1100	1000	1150

Messtation Wahnhausen / Fulda, Flusskilometer 93,5

Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		25	26	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
		29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011	18.4.2011	2.5.2011	16.5.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	59,3	69,8	137,7	303,9	77,5	76,9	47,8	32,3	27,4	25,3	27,2	30,4	30,7
Temperatur	°C	2,1	1,1	1,1	5,9	2,4	4,2	2,6	5,7	8,7	12,1	13,9	14,3	15,5
Sauerstoff	mg/l	12,7	12,0	10,5	12,0	10,7	11,9	13,1	13,4	16,5	16,2	16,9	15,4	11,3
pH		7,8	7,8	7,8	7,7	7,8	7,8	7,9	8,4	9,0	9,2	9,2	9,2	8,6
Leitfähigkeit	µS/cm	467	589	527	367	449	459	476	563	567	550	501	462	460
NH ₄ -N	mg/l	0,16	0,15	0,20	< 0,07	0,17	0,10	0,15	0,08	< 0,07	0,21	0,14	0,18	0,09
NO ₃ -N	mg/l	3,4	3,8	3,7	3,7	4,1	3,9	4,1	3,9	3,4	2,6	1,9	1,9	1,9
Gesamt-N ²⁾	mg/l	4,3	4,9	4,4	4,7	5,4	4,9	5,2	5,0	4,4	4,0	3,9	3,5	3,3
o-PO ₄ -P	mg/l	0,11	0,11	0,12	0,08	0,10	0,11	0,12	0,05	0,05	0,04	0,01	0,10	0,09
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,35	0,16	0,21	0,10	0,11	0,13	0,15	0,08	0,22	0,20	0,24	0,17	0,12
TOC	mg/l	3,3	3,8	3,6	3,1	2,7	3,1	2,8	3,2	4,8	7,6	10,5	7,7	6,0
Cl	mg/l	58	75	65	33	45	48	48	55	59	61	56	52	51

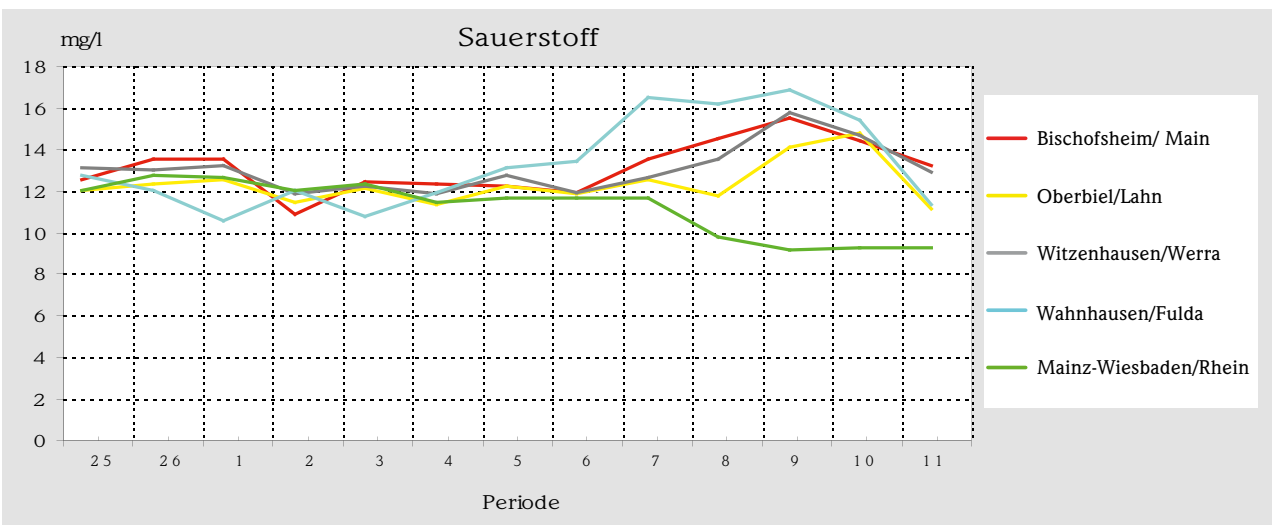
Messtation Mainz-Wiesbaden / Rhein, Flusskilometer 498,5

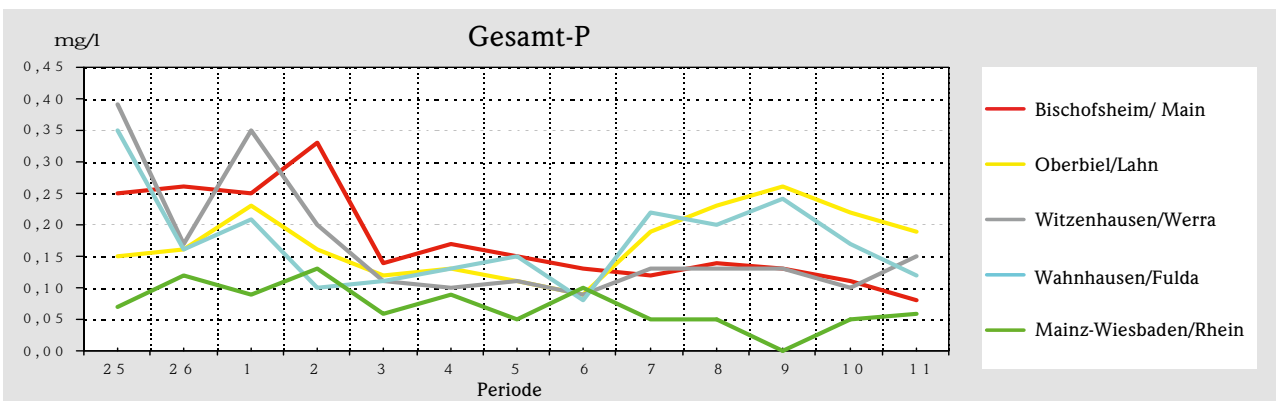
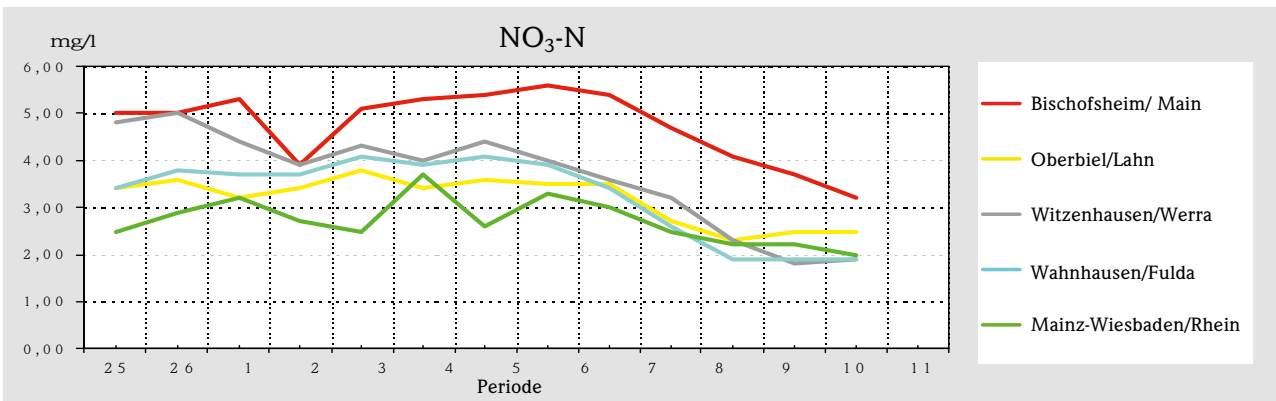
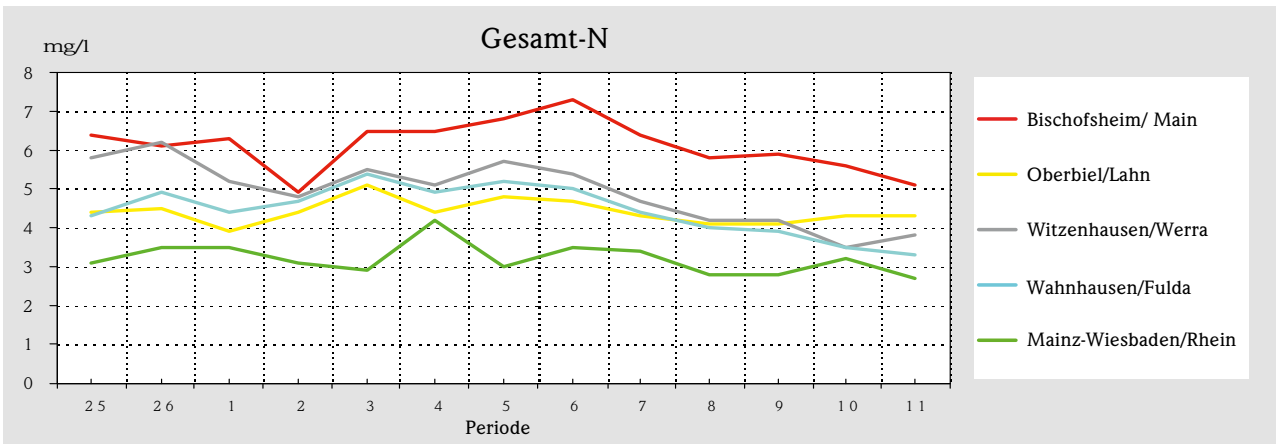
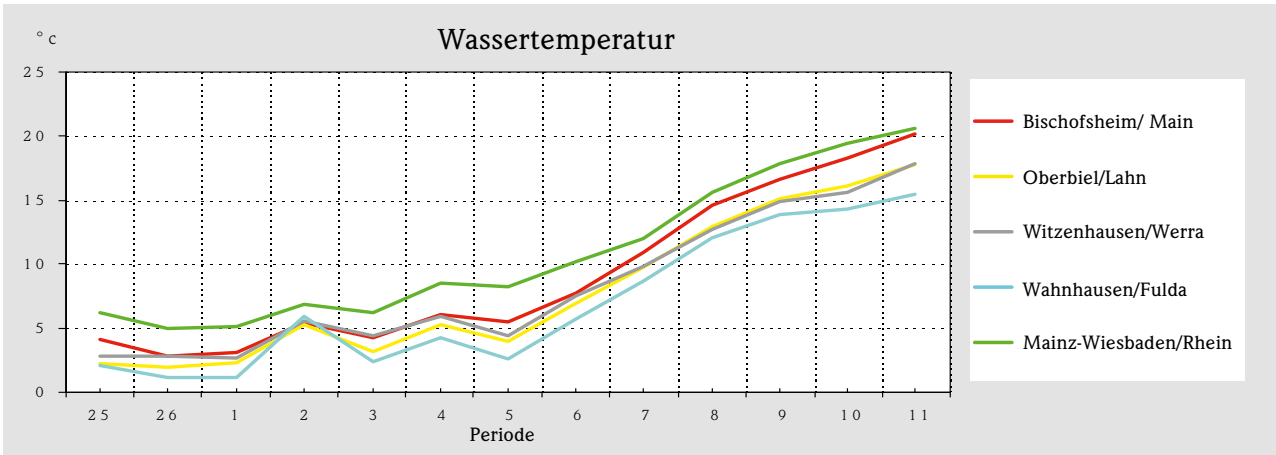
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		25	26	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
		29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.12.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011	18.4.2011	2.5.2011	16.5.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	2167	2664	2232	3941	1759	1476	1226	1084	1071	1054	883	815	887
Temperatur	°C	6,2	5,0	5,1	6,8	6,2	8,5	8,2	10,2	12,0	15,6	17,9	19,4	20,6
Sauerstoff	mg/l	12,0	12,7	12,6	12,0	12,3	11,4	11,6	11,6	11,6	9,7	9,1	9,2	9,2
pH		8,0	8,0	8,0	7,9	8,0	8,0	8,0	8,2	8,1	8,1	8,0	8,1	8,0
Leitfähigkeit	µS/cm	487	469	515	391	489	531	528	545	522	501	508	525	509
NH ₄ -N	mg/l	<0,02	0,03	0,07	<0,02	0,05	0,04	0,02	<0,02	<0,02	0,04	<0,02	<0,02	<0,02
NO ₃ -N	mg/l	2,5	2,9	3,2	2,7	2,5	3,7	2,6	3,3	3,0	2,5	2,2	2,2	2,0
Gesamt-N ²⁾	mg/l	3,1	3,5	3,5	3,1	2,9	4,2	3,0	3,5	3,4	2,8	2,8	3,2	2,7
o-PO ₄ -P	mg/l	0,1	0,07	0,06	0,07	0,04	0,07	0,04	0,0	0,0	0,04	0,0	0,0	0,03
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,07	0,12	0,09	0,13	0,06	0,09	0,05	0,1	0,05	0,05	0,0	0,05	0,06
TOC	mg/l	2,5	5,0	2,7	4,9	2,0	3,0	1,8	2,2	2,5	2,8	2,9	3,1	2,8
EDTA	µg/l
Cl	mg/l	42	44	47	32	40	44	45	48	46	45	47	50	53

¹⁾ = vorl. Abflusswerte

²⁾ = Gesamt-N = Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoff.

³⁾ = Gesamt-P = Summe der Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat bestimmt werden.








B. Die Luftqualität in Hessen

Zur kontinuierlichen Überwachung der Luftqualität betreibt das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) ein landesweites Messnetz mit rund 30 Luftmessstationen. Die Verpflichtung zur landesweiten Immissionsüberwachung ergibt sich aus den EG-Luftqualitätsrichtlinien, welche durch die 39. BImSchV (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen) in deutsches Recht umgesetzt sind, und durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) selbst, das seit 1974 die rechtliche Grundlage für die Luftreinhaltung in Deutschland, so auch in Hessen, darstellt.

Die automatisierten Stationen des Luftmessnetzes sind mit Analysegeräten für gasförmige Schadstoffkomponenten und für Feinstaub, und mit Messgeräten zur Erfassung meteorologischer Einflussgrößen ausgestattet. Ein Stationsrechner steuert die täglichen Kalibrierungen der Geräte, die Messungen und die Auswertung. Die ermittelten Daten werden direkt an die Messnetzzentrale im Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie nach Wiesbaden übertragen. Von dort aus werden die Daten über verschiedene Medien wie z. B. Info-Telefon, Videotext und Internet zeitnah veröffentlicht, damit sich Interessierte aktuell informieren können. Darüber hinaus dienen die Messdaten der landesweiten Überwachung der Luftqualität und sind eine wesentliche Grundlage für die hessische Luftreinhaltungsplanung, deren Ziel das Erreichen und Einhalten anspruchsvoller Luftqualitätsziele ist.

Sowohl die Aufteilung Hessens in Ballungsräume und Gebiete nach 39. BImSchV als auch die Standorte der Luftmessstationen sind der nebenstehenden Übersichtskarte zu entnehmen. Die Anzahl und die Standorte der Stationen können im Laufe der Zeit variieren, da sie den rechtlichen und fachlichen Vorgaben aktuell angepasst werden. Die Messstationen sind entsprechend ihrer Standortcharakteristik in drei Gruppen unterteilt:

	Luftmessstationen in Städten
	Luftmessstationen an Verkehrsschwerpunkten
	Luftmessstationen im ländlichen Raum

Für die Komponenten Stickstoffmonoxid (NO), Stickstoffdioxid (NO₂), Ozon (O₃), Schwefeldioxid (SO₂), Feinstaub PM₁₀ und PM_{2,5}, Benzol/Toluol/Xylol (BTX), Kohlenmonoxid (CO) und Lufttemperatur

sind auf den folgenden Seiten je eine Verlaufsgrafik und eine Tabelle der Monatsmittelwerte für den zurückliegenden Zeitraum von zwölf Monaten dargestellt. Mittels dieser Darstellungen lässt sich pro Komponente ein vollständiger Jahresgang verfolgen.



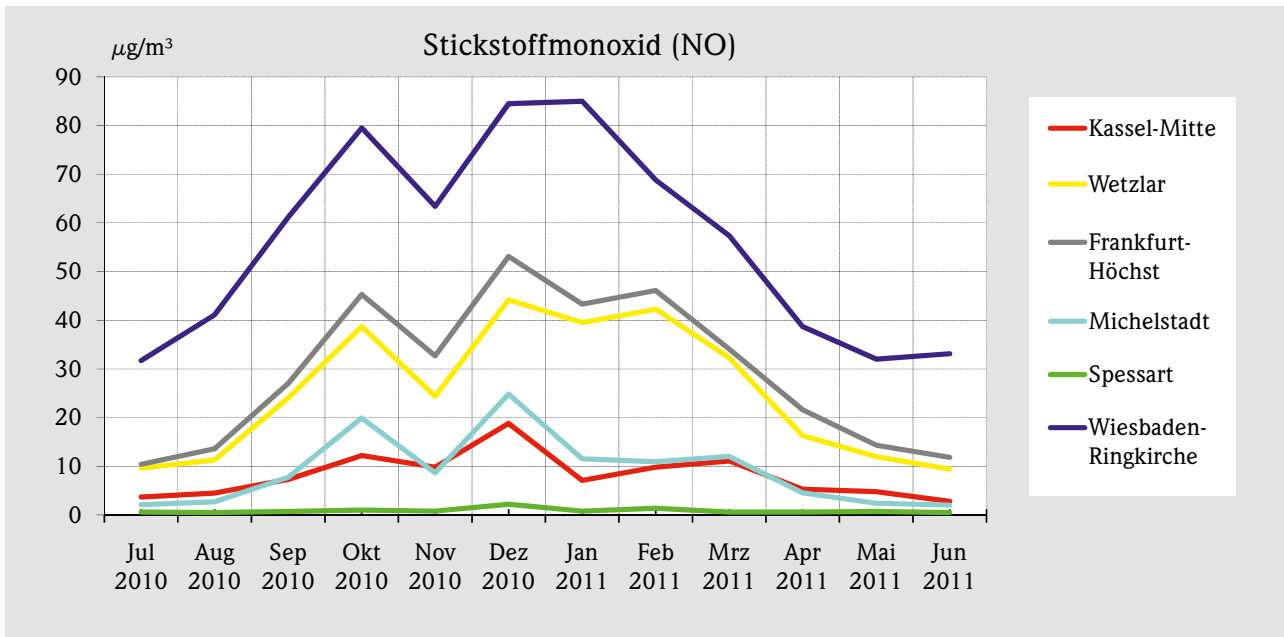
Die gemessenen Feinstaubfraktionen PM₁₀ und PM_{2,5} beinhalten Partikel mit einem Durchmesser kleiner oder gleich 10 bzw. 2,5 Mikrometer (µm). Nach medizinischen Erkenntnissen haben diese lungengängigen Feinstäube ein deutlich größeres Schädigungspotential als die groben Partikel.

In den Darstellungen sind die Konzentrationswerte der Luftschadstoffe jeweils in der Einheit „Mikrogramm pro Kubikmeter Luft“ (µg/m³) angegeben. Für Kohlenmonoxid (CO) gilt die Einheit „Milligramm pro Kubikmeter Luft“ (mg/m³).

Aktuelle Informationen zur Luftqualität erhält man über folgende Medien:

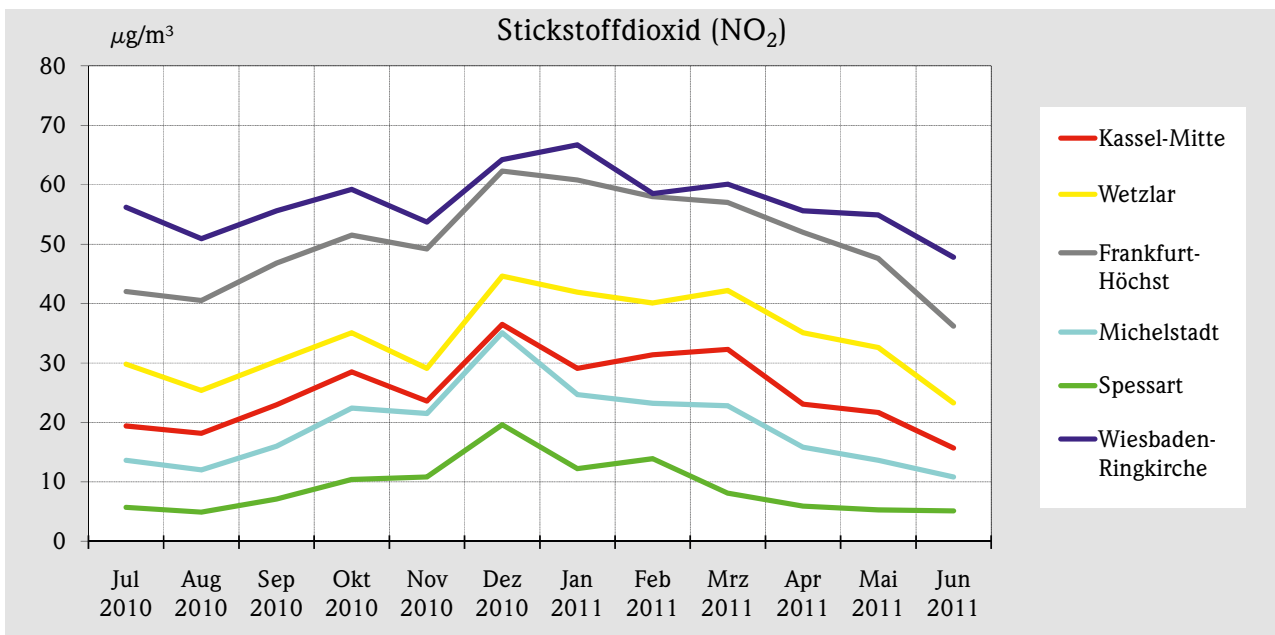
- Info-Telefon des HLUG: 0611/6939-666 (Ansaage)
- Videotext des HR 3: Hessentext: Tafeln 160 – 168 (akt. Messwerte), Tafeln 174 – 177 (Wetterdaten)
- Fax-auf-Abruf-Service des HLUG: 0611/18061-000 (Übersicht)
- Internet: <http://www.hlug.de>
- Mobilfunk: <http://wap.hlug.de>

a) Monatsmittelwerte – Stickstoffmonoxid (NO) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$



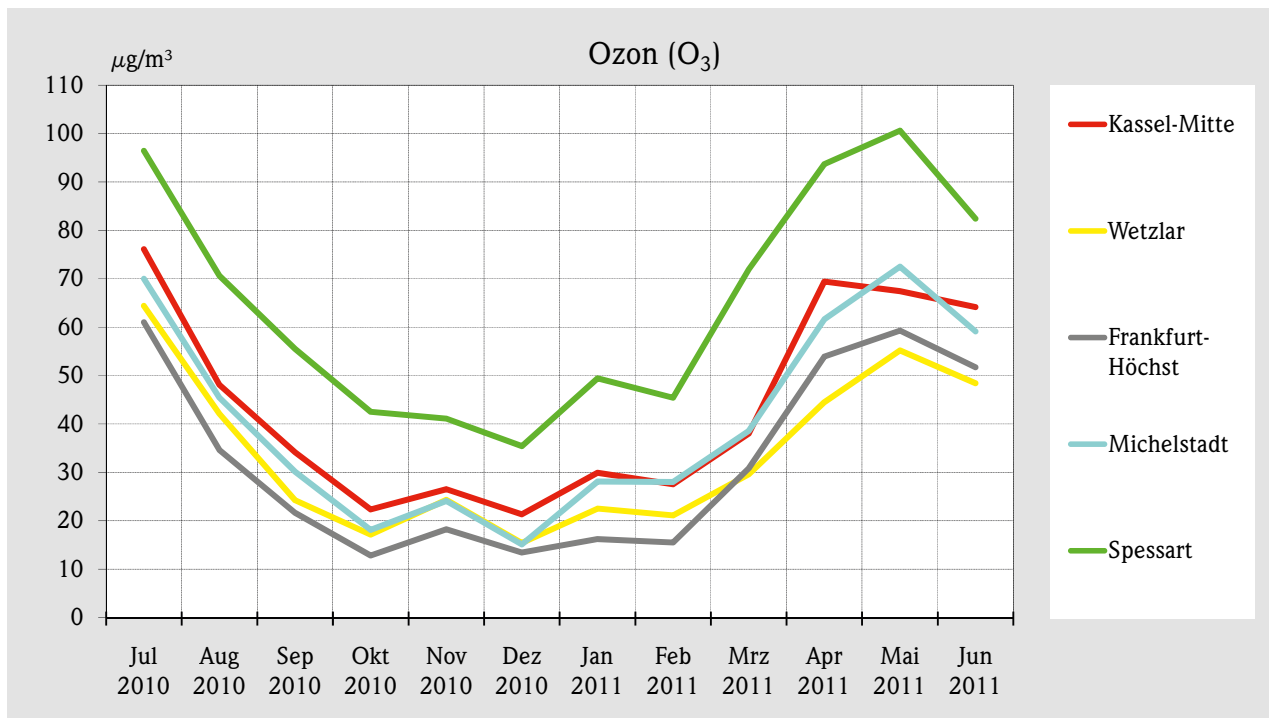
	Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
■	Bad Arolsen	0,7	0,9	0,8	1,3	0,9	2,8	1,3	1,6	1,0	1,2	0,7	0,6
●	Bebra	2,7	3,7	4,2	6,3	5,3	12,5	7,0	7,6	7,7	4,5	3,4	2,9
■	Burg-Herzberg	.	.	0,8	1,0	0,7	3,3	0,7	1,2	0,8	0,6	0,5	0,5
●	Darmstadt	2,6	3,1	5,8	14,2	9,1	20,3	12,7	13,4	10,0	4,7	2,2	1,8
▲	Darmstadt-Hügelstraße	67,1	64,1	97,9	114,1	76,5	107,4	72,3	93,3	100,4	89,2	82,4	59,0
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	25,7	27,7	47,7	70,6	50,1	68,1	59,1	59,1	47,0	35,2	31,2	28,8
●	Ffm.-Höchst	10,4	13,6	27,0	45,3	32,7	53,1	43,3	46,1	34,1	21,6	14,3	11,8
●	Ffm.-Ost	8,7	15,8	21,9	36,6	26,4	26,1	29,2	32,7	17,6	9,9	9,9	11,0
●	Fulda-Mitte	3,7	4,1	8,8	15,5	11,0	25,6	10,8	15,5	16,2	8,8	6,3	4,5
▲	Fulda-Petersberger-Straße	23,9	31,3	47,7	57,2	48,7	76,1	53,4	61,4	50,6	34,4	34,9	29,6
■	Fürth/Odenwald	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	2,7	0,9	1,5	0,7	0,5	0,5	0,6
▲	Gießen-Westanlage	17,4	22,9	44,7	61,1	62,4	74,7	67,4	58,6	61,1	45,0	32,8	28,8
●	Hanau	12,1	16,2	26,0	40,5	32,8	48,7	40,7	44,2	32,1	18,2	14,4	14,2
▲	Heppenheim-Lehrstraße	21,6	27,2	40,4	48,4	40,7	67,7	36,3	45,1	32,1	23,5	21,7	19,8
▲	Kassel-Fünfensterstraße	36,2	42,0	52,4	59,7	46,6	57,8	53,8	56,8	42,6	29,1	35,6	32,3
●	Kassel-Mitte	3,7	4,5	7,3	12,2	9,8	18,8	7,1	9,8	11,1	5,3	4,8	2,8
■	Kellerwald	0,5	0,5	0,6	1,0	0,6	1,8	0,6	1,4	0,7	0,5	0,5	0,4
■	Kleiner Feldberg	0,5	0,5	0,7	0,8	0,6	0,9	0,6	0,9	0,7	0,5	0,5	0,5
●	Limburg	5,0	7,0	13,8	27,1	14,3	26,2	23,1	23,6	24,5	12,4	8,5	8,0
■	Linden	2,6	2,4	6,2	9,0	5,7	13,4	7,4	8,6	11,6	5,8	3,1	2,3
●	Marburg	2,7	4,4	9,3	20,8	10,4	19,0	22,3	16,4	14,3	6,0	3,9	2,5
▲	Marburg-Universitätsstraße	30,9	48,1	59,6	73,3	62,0	66,9	84,2	73,9	46,9	32,0	36,8	36,5
●	Michelstadt	2,1	2,7	7,7	19,9	8,6	24,8	11,5	10,9	12,0	4,5	2,4	2,0
●	Raunheim	5,2	7,8	16,4	29,0	15,7	32,2	22,3	26,7	22,5	8,7	6,8	4,1
▲	Reinheim	31,8	33,8	49,2	66,4	54,4	64,3	48,7	67,8	55,2	40,8	39,8	32,0
■	Riedstadt	2,0	2,0	5,6	13,8	4,6	16,8	9,3	13,4	8,5	4,4	5,7	1,4
■	Spessart	0,6	0,5	0,7	1,0	0,8	2,2	0,8	1,4	0,6	0,6	0,7	0,5
■	Wasserkuppe	0,5	0,4	0,5	0,6	0,7	0,9	0,7	0,9	0,7	0,5	0,4	0,5
●	Wetzlar	9,6	11,3	24,1	38,7	24,4	44,2	39,5	42,3	32,3	16,3	12,0	9,4
▲	Wiesbaden-Ringkirche	31,7	41,1	61,2	79,5	63,4	84,5	85,0	68,8	57,4	38,7	32,0	33,1
●	Wiesbaden-Süd	4,9	6,8	15,3	25,9	13,1	31,7	26,6	25,7	16,1	9,0	6,1	5,1
■	Witzenhausen	0,5	0,5	0,5	0,7	0,7	1,4	0,5	0,9	0,6	0,5	0,6	0,5

b) Monatsmittelwerte – Stickstoffdioxid (NO₂) in µg/m³



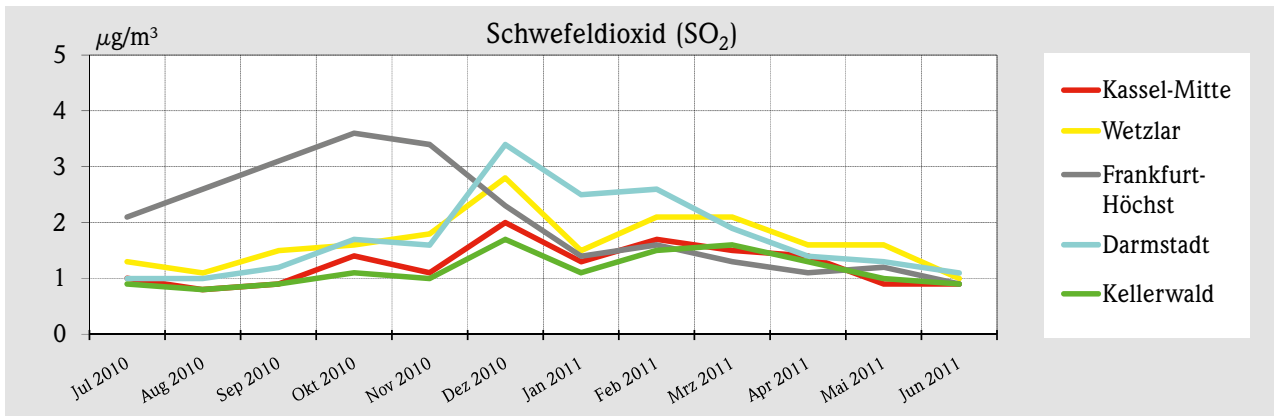
Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Bad Arolsen	5,5	6,3	8,3	12,0	10,6	20,3	12,8	15,2	12,2	8,1	7,7	5,4
Bebra	12,1	12,9	14,4	18,7	18,1	32,0	25,1	23,9	22,0	16,6	14,7	12,8
Burg-Herzberg	.	.	9,5	12,3	11,7	21,6	13,2	15,0	10,5	8,4	6,8	5,3
Darmstadt	21,0	19,6	23,4	28,4	27,8	41,5	36,0	32,2	32,9	25,5	20,9	16,9
Darmstadt-Hügelstraße	75,1	55,2	65,1	65,4	52,1	65,3	57,8	59,5	73,5	76,3	75,5	55,8
Ffm.-Friedb.-Landstraße	55,6	46,1	53,7	58,7	50,1	62,3	59,6	55,7	61,8	62,4	61,8	51,8
Ffm.-Höchst	42,0	40,5	46,8	51,5	49,2	62,3	60,8	58,0	57,0	52,0	47,6	36,2
Ffm.-Ost	34,6	35,0	34,7	35,9	36,9	42,6	41,2	40,3	36,0	27,8	33,9	28,8
Fulda-Mitte	19,8	17,7	24,2	28,9	27,2	40,1	32,5	33,0	35,5	29,4	27,0	20,3
Fulda-Petersberger-Straße	44,5	39,5	42,4	42,8	39,1	52,4	46,5	47,0	48,9	44,7	50,1	39,5
Fürth/Odenwald	6,6	6,6	8,6	12,8	14,0	21,8	14,3	16,1	10,8	7,1	7,0	7,0
Gießen-Westanlage	39,3	35,6	40,1	42,7	43,1	56,1	51,6	46,3	47,7	48,7	44,8	37,5
Hanau	32,0	31,1	34,5	38,4	37,5	50,8	47,4	46,8	46,8	33,9	34,2	29,5
Heppenheim-Lehrstraße	36,8	31,3	34,0	35,5	36,8	51,1	40,7	40,9	39,1	34,1	35,9	30,6
Kassel-Fünfensterstraße	57,6	49,7	52,4	51,7	44,5	52,6	52,9	54,9	53,0	44,5	53,4	44,8
Kassel-Mitte	19,4	18,2	23,0	28,5	23,6	36,5	29,1	31,4	32,3	23,1	21,7	15,7
Kellerwald	3,8	4,6	5,5	10,3	9,0	16,5	10,2	13,2	7,7	5,1	4,6	4,1
Kleiner Feldberg	6,4	6,0	7,2	9,1	10,7	12,3	10,2	12,8	7,8	5,9	6,2	5,2
Limburg	19,7	18,3	23,9	29,6	26,1	39,0	33,9	34,3	36,0	31,3	27,7	21,4
Linden	14,2	14,2	16,3	22,0	19,4	35,3	27,2	25,3	23,6	17,8	15,4	12,5
Marburg	17,3	17,3	20,4	24,6	21,3	33,2	34,1	32,0	31,5	24,0	22,1	15,0
Marburg-Universitätsstraße	50,3	46,3	45,1	46,1	43,0	52,9	54,0	49,1	45,6	40,4	47,7	39,1
Michelstadt	13,6	12,0	16,0	22,4	21,5	35,1	24,7	23,2	22,8	15,8	13,6	10,8
Raunheim	29,3	24,5	30,9	35,6	31,2	46,5	39,3	39,9	42,4	33,5	31,4	22,4
Reinheim	41,0	35,0	39,3	40,9	37,5	47,9	41,3	43,5	46,0	42,1	44,6	36,3
Riedstadt	13,5	11,7	17,0	22,1	21,0	34,9	28,8	28,0	26,4	20,4	18,5	11,6
Spessart	5,7	4,9	7,1	10,4	10,8	19,6	12,2	13,9	8,1	5,9	5,3	5,1
Wasserkuppe	3,8	3,7	5,4	7,1	7,7	10,3	7,3	9,1	6,8	4,6	4,1	3,5
Wetzlar	29,8	25,4	30,3	35,1	29,1	44,6	41,9	40,1	42,2	35,1	32,6	23,3
Wiesbaden-Ringkirche	56,2	50,9	55,6	59,2	53,7	64,2	66,7	58,5	60,1	55,6	54,9	47,8
Wiesbaden-Süd	29,2	28,7	32,2	36,3	32,8	47,1	44,2	37,5	35,5	29,4	27,9	22,2
Witzenhausen	4,6	5,3	5,9	9,2	9,0	14,8	9,4	12,3	8,1	5,7	5,7	5,1

c) Monatsmittelwerte – Ozon (O₃) in µg/m³



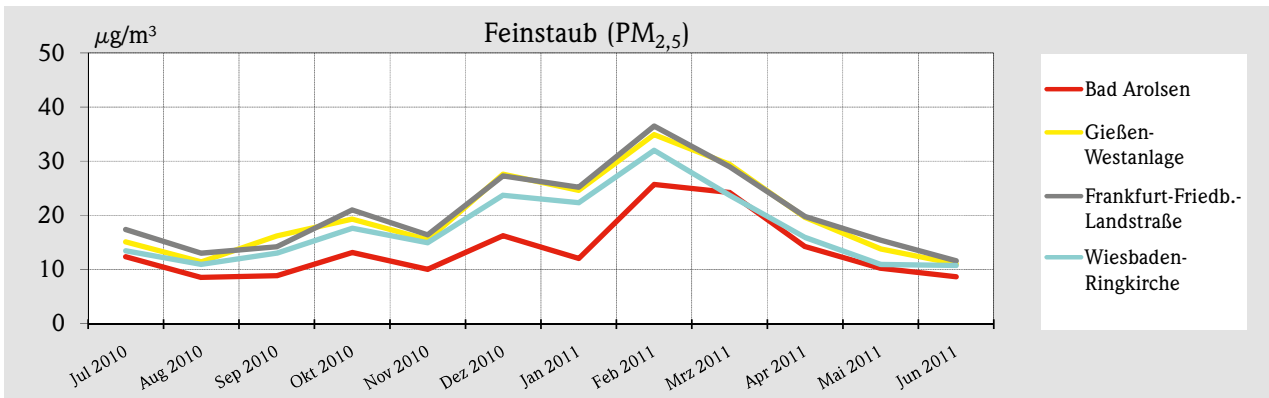
	Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
■	Bad Arolsen	82,7	57,4	48,4	36,6	36,3	34,3	44,8	40,0	57,3	82,6	82,7	67,9
●	Bebra	61,1	45,2	33,9	24,5	30,1	25,0	30,6	32,3	40,5	62,7	65,4	59,5
■	Burg-Herzberg	.	.	48,5	36,6	35,1	31,4	41,3	43,5	66,4	87,4	86,7	73,8
●	Darmstadt	67,1	47,0	30,7	17,5	24,3	15,6	23,1	22,3	42,0	62,0	72,5	64,4
●	Ffm.-Höchst	61,0	34,6	21,6	12,8	18,2	13,4	16,2	15,5	30,8	53,9	59,3	51,7
●	Ffm.-Ost	62,5	34,8	23,7	15,9	17,7	15,4	20,3	19,0	39,8	67,7	67,0	57,1
●	Fulda-Mitte	68,5	47,6	30,4	19,8	24,4	18,8	26,3	27,4	36,7	58,6	65,8	58,3
■	Fürth/Odenwald	93,0	72,2	56,6	41,0	37,8	34,4	46,1	41,4	69,0	92,1	98,3	76,7
●	Hanau	63,5	40,5	26,2	15,3	20,9	12,9	18,5	18,4	33,6	59,2	63,0	53,2
●	Kassel-Mitte	76,1	48,1	34,1	22,3	26,5	21,3	29,9	27,5	38,0	69,4	67,4	64,1
■	Kellerwald	95,9	63,1	52,5	38,0	36,8	34,8	45,7	44,9	66,4	87,8	87,6	72,4
■	Kleiner Feldberg	105,4	76,3	66,6	56,7	47,1	53,5	58,9	54,2	82,3	103,8	104,7	80,6
●	Limburg	65,5	46,9	31,4	20,0	25,3	18,2	25,7	25,7	36,1	55,2	63,3	56,9
■	Linden	65,8	49,8	35,5	24,8	26,6	18,9	27,2	29,2	39,8	55,9	64,7	56,1
●	Marburg	67,8	45,7	29,9	20,4	28,7	18,8	25,2	26,3	39,4	62,5	65,3	58,4
●	Michelstadt	70,0	45,4	30,1	18,1	24,1	15,1	28,1	28,0	38,6	61,6	72,5	59,1
●	Raunheim	65,5	45,5	28,7	17,4	22,0	14,4	20,5	18,9	34,9	62,7	65,8	59,3
■	Riedstadt	74,6	53,1	36,1	22,1	28,3	20,4	26,1	23,3	41,1	60,3	69,2	59,5
■	Spessart	96,4	70,6	55,5	42,5	41,1	35,4	49,4	45,4	71,9	93,7	100,6	82,4
■	Wasserkuppe	105,9	76,8	65,7	58,2	49,0	52,6	59,9	61,6	79,3	98,3	101,0	89,0
●	Wetzlar	64,4	42,1	24,2	17,1	24,3	15,4	22,5	21,1	29,6	44,5	55,2	48,4
●	Wiesbaden-Süd	67,6	42,3	28,5	18,2	20,7	14,3	18,6	19,9	38,9	67,5	71,5	61,5
■	Witzenhausen	91,8	58,8	51,1	42,8	39,9	42,7	49,8	47,3	69,8	92,9	93,1	75,6

d) Monatsmittelwerte – Schwefeldioxid (SO₂) in µg/m³



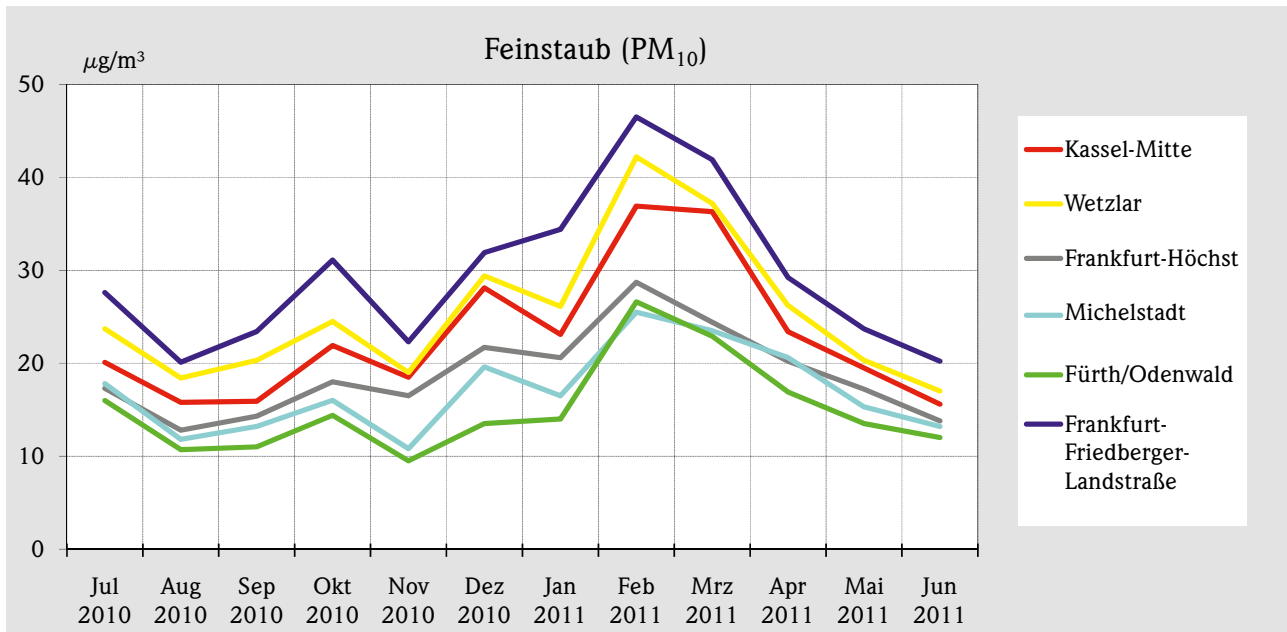
Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Darmstadt	1,0	1,0	1,2	1,7	1,6	3,4	2,5	2,6	1,9	1,4	1,3	1,1
Ffm.-Höchst	2,1	2,6	3,1	3,6	3,4	2,3	1,4	1,6	1,3	1,1	1,2	0,9
Hanau	1,3	1,1	1,4	2,3	1,8	3,8	2,6	2,9	2,0	1,5	1,5	1,1
Kassel-Mitte	1,0	0,8	0,9	1,4	1,1	2,0	1,3	1,7	1,5	1,4	0,9	0,9
Kellerwald	0,9	0,8	0,9	1,1	1,0	1,7	1,1	1,5	1,6	1,3	1,0	0,9
Linden	1,0	0,9	0,9	1,5	1,2	3,2	1,5	1,8	1,8	1,2	1,0	0,9
Michelstadt	0,9	0,9	1,0	1,7	1,4	3,0	1,7	1,8	1,6	1,1	0,9	0,9
Raunheim	1,6	1,1	1,5	2,5	2,1	4,4	3,0	3,4	3,1	2,6	1,8	1,1
Wasserkuppe	1,0	0,9	1,0	1,2	1,2	1,5	1,1	1,4	1,6	1,4	1,0	1,0
Wetzlar	1,3	1,1	1,5	1,6	1,8	2,8	1,5	2,1	2,1	1,6	1,6	1,0
Wiesbaden-Süd	1,6	1,2	1,5	2,0	1,6	3,1	2,1	2,7	2,9	2,2	1,7	1,1

d) Monatsmittelwerte – Feinstaub (PM_{2,5}) in µg/m³



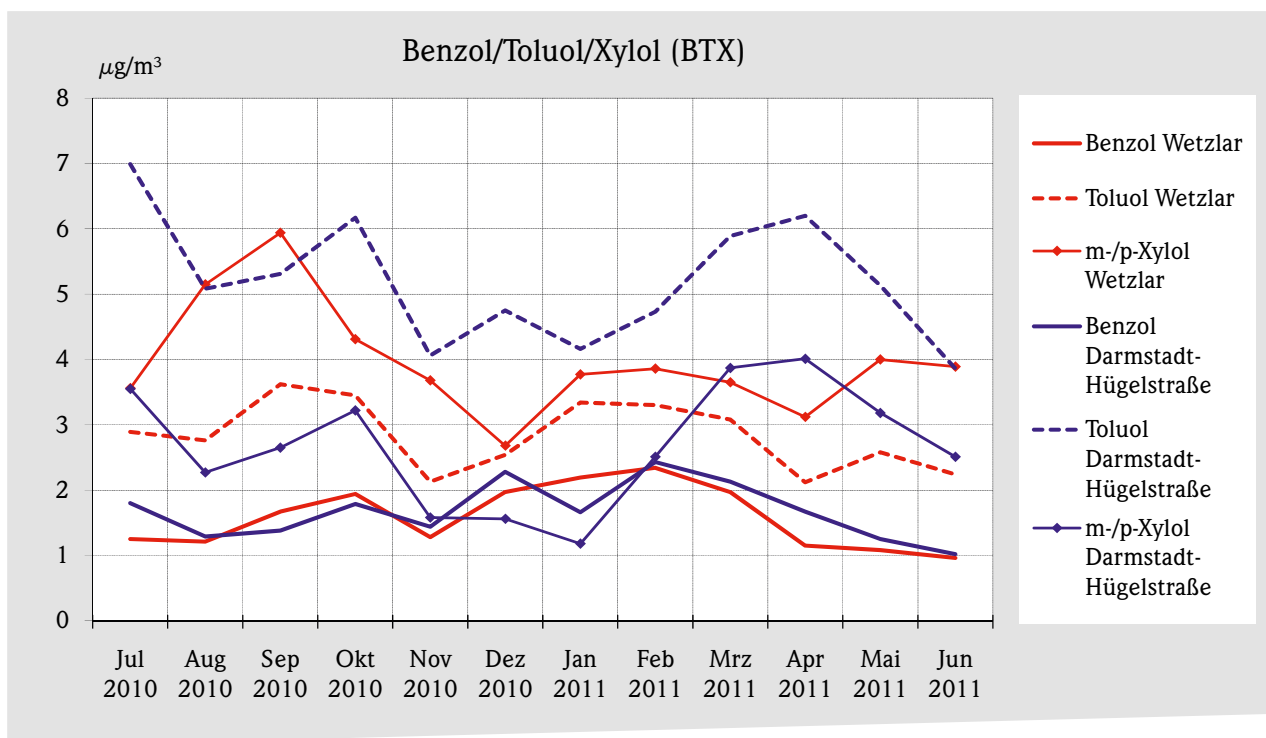
Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Bad Arolsen	12,3	8,5	8,8	13,1	10,0	16,2	12,0	25,7	24,2	14,2	10,2	8,6
Ffm.-Friedb.-Landstraße	17,4	13,0	14,2	21,0	16,4	27,3	25,2	36,5	29,0	19,8	15,4	11,6
Fulda-Petersberger-Straße	15,4	11,5	13,1	21,4	16,6	26,3	21,5	34,6	30,5	20,2	16,0	11,8
Gießen-Westanlage	15,1	11,4	16,2	19,3	15,5	27,6	24,6	34,9	29,4	19,6	13,8	11,0
Heppenheim-Lehrstraße	14,9	10,9	13,0	19,8	17,3	31,8	27,7	38,6	27,8	16,8	11,6	10,4
Marburg-Universitätsstraße	15,1	12,7	14,4	20,4	16,7	29,7	24,3	34,2	28,0	17,8	13,4	11,1
Wiesbaden-Ringkirche	13,4	10,9	13,0	17,6	14,9	23,7	22,3	32,0	23,7	15,9	10,9	10,7

e) Monatsmittelwerte – Feinstaub (PM₁₀) in µg/m³



Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Bad Arolsen	18,7	13,6	12,9	16,8	11,7	18,1	13,9	29,0	28,9	19,8	16,1	12,3
Bebra	20,7	14,2	15,6	20,1	13,9	20,7	18,0	30,6	31,0	23,9	17,1	13,4
Darmstadt	18,7	11,9	13,6	16,9	12,0	16,5	15,9	23,6	20,0	18,1	17,8	12,1
Darmstadt-Hügelstraße	26,3	20,1	24,7	30,3	22,1	34,8	32,0	47,3	44,3	32,8	26,7	19,9
Ffm.-Friedb.-Landstraße	27,6	20,1	23,4	31,1	22,3	31,9	34,4	46,5	41,9	29,2	23,7	20,2
Ffm.-Höchst	17,3	12,8	14,3	18,0	16,5	21,7	20,6	28,7	24,4	20,2	17,2	13,8
Ffm.-Ost	22,5	20,7	24,7	24,1	15,4	20,0	20,7	33,1	29,3	22,9	20,6	15,3
Fulda-Mitte	18,2	11,9	12,7	17,7	12,0	19,5	16,0	28,9	28,3	23,8	19,4	14,1
Fulda-Petersberger-Straße	24,0	19,2	23,1	33,1	23,6	31,8	27,1	44,8	41,9	29,4	23,4	18,6
Fürth/Odenwald	16,0	10,7	11,0	14,4	9,5	13,5	14,0	26,6	22,9	16,9	13,5	12,0
Gießen-Westanlage	25,3	19,5	29,3	31,4	22,8	31,2	31,3	46,0	41,8	29,5	23,2	20,0
Hanau	19,0	13,7	15,0	18,7	13,0	19,9	20,2	29,8	26,3	20,6	17,1	14,1
Heppenheim-Lehrstraße	22,3	16,9	19,4	26,1	20,6	34,9	31,8	45,9	34,8	22,9	17,8	15,3
Kassel-Fünffensterstraße	26,5	23,2	24,7	30,3	24,0	30,4	27,3	41,8	40,0	29,9	25,8	20,8
Kassel-Mitte	20,1	15,8	15,9	21,9	18,5	28,1	23,1	36,9	36,3	23,4	19,5	15,6
Kellerwald	15,9	11,7	12,6	14,5	10,7	15,0	12,9	26,8	25,6	17,2	13,1	11,2
Kleiner Feldberg	13,3	9,3	9,2	10,8	6,8	8,7	8,6	16,2	20,6	17,1	13,1	10,0
Limburg	20,3	14,3	15,3	19,7	13,1	22,1	19,7	30,9	32,3	22,7	18,4	14,5
Marburg	18,8	11,6	13,9	17,6	11,7	18,7	17,2	29,2	23,6	21,1	17,9	12,4
Marburg-Universitätsstraße	23,3	20,0	24,5	28,4	20,9	30,8	29,3	43,3	36,8	25,3	20,6	16,6
Michelstadt	17,8	11,8	13,2	16,0	10,8	19,6	16,5	25,5	23,5	20,6	15,3	13,2
Raunheim	16,8	11,8	13,0	16,6	11,7	18,9	18,4	29,1	24,1	20,6	17,5	13,0
Reinheim	21,3	16,7	19,1	30,3	23,3	34,7	32,1	45,6	39,3	28,5	21,3	18,0
Riedstadt	17,0	11,3	11,5	16,5	10,8	18,3	18,3	28,9	26,0	23,2	19,8	16,0
Wasserkuppe	14,0	9,6	9,7	11,8	6,9	8,9	6,2	14,8	20,0	18,2	14,1	11,2
Wetzlar	23,7	18,4	20,3	24,5	19,0	29,4	26,1	42,2	37,2	26,2	20,3	17,0
Wiesbaden-Ringkirche	20,0	16,4	20,7	24,8	20,0	28,2	28,5	40,2	34,0	22,7	19,0	15,9
Wiesbaden-Süd	19,1	13,2	15,3	19,1	12,7	19,9	19,5	30,6	26,3	20,6	17,4	12,8
Witzenhausen	15,5	10,8	10,9	13,4	8,5	11,8	10,3	21,9	21,9	17,5	13,7	10,4

f) Monatsmittelwerte – Benzol/Toluol/Xylol (BTX) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

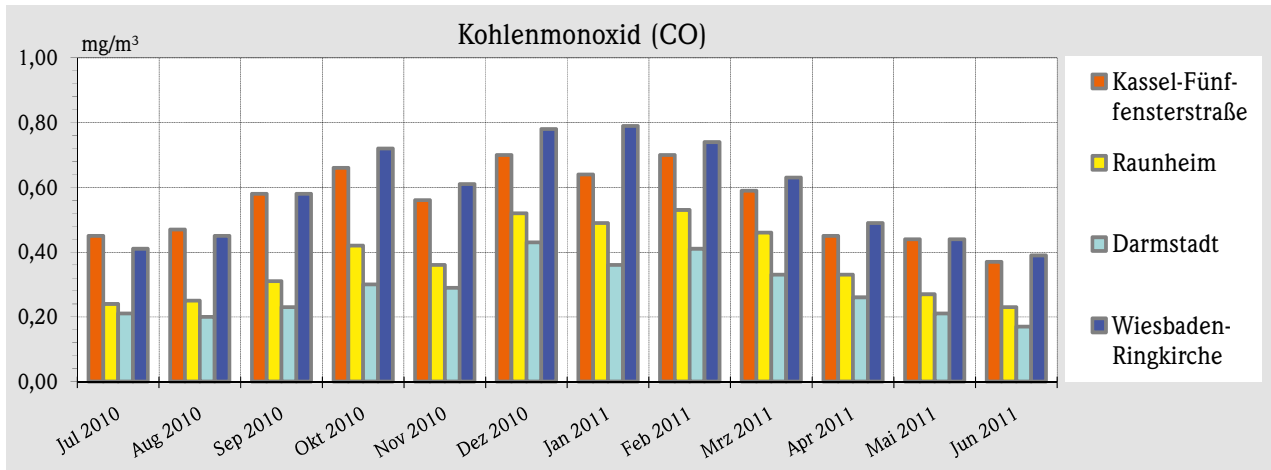


Benzol													
	Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
▲	Darmstadt-Hügelstraße	1,80	1,29	1,38	1,79	1,44	2,28	1,66	2,43	2,13	1,67	1,25	1,02
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	1,25	1,00	1,42	1,95	1,44	2,21	1,92	2,30	1,92	1,58	1,23	1,02
▲	Fulda-Petersberger-Straße	1,15	1,26	1,68	2,04	1,88	2,73	2,16	2,73	2,14	1,44	1,39	1,14
●	Wetzlar	1,25	1,21	1,67	1,94	1,28	1,97	2,19	2,34	1,97	1,15	1,08	0,96
▲	Wiesbaden-Ringkirche	1,50	1,50	1,84	2,35	2,03	2,72	2,59	2,63	2,09	1,49	1,28	1,23

Toluol													
	Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
▲	Darmstadt-Hügelstraße	6,99	5,08	5,31	6,17	4,06	4,75	4,16	4,73	5,89	6,20	5,13	3,86
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	6,16	4,60	6,20	7,11	4,03	4,29	4,93	4,85	5,74	5,86	5,26	4,55
▲	Fulda-Petersberger-Straße	5,05	4,77	6,39	6,27	4,90	5,31	5,46	6,14	5,46	5,32	6,04	5,04
●	Wetzlar	2,89	2,76	3,62	3,45	2,13	2,54	3,34	3,30	3,08	2,12	2,58	2,24
▲	Wiesbaden-Ringkirche	6,23	6,25	7,86	8,63	6,00	6,15	7,63	6,29	6,33	5,52	5,07	4,74

m-/p-Xylol													
	Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
▲	Darmstadt-Hügelstraße	3,55	2,27	2,65	3,22	1,58	1,56	1,18	2,51	3,87	4,01	3,18	2,51
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	3,62	2,40	3,25	3,99	2,41	2,57	2,69	2,91	2,97	2,81	2,57	2,44
▲	Fulda-Petersberger-Straße	1,97	2,02	2,79	2,87	2,36	2,42	2,24	2,79	2,52	2,89	1,43	2,40
●	Wetzlar	3,56	5,15	5,94	4,31	3,68	2,68	3,77	3,86	3,65	3,12	4,00	3,89
▲	Wiesbaden-Ringkirche	1,90	1,81	2,74	3,64	2,34	2,30	2,63	2,49	3,29	2,78	2,57	2,33

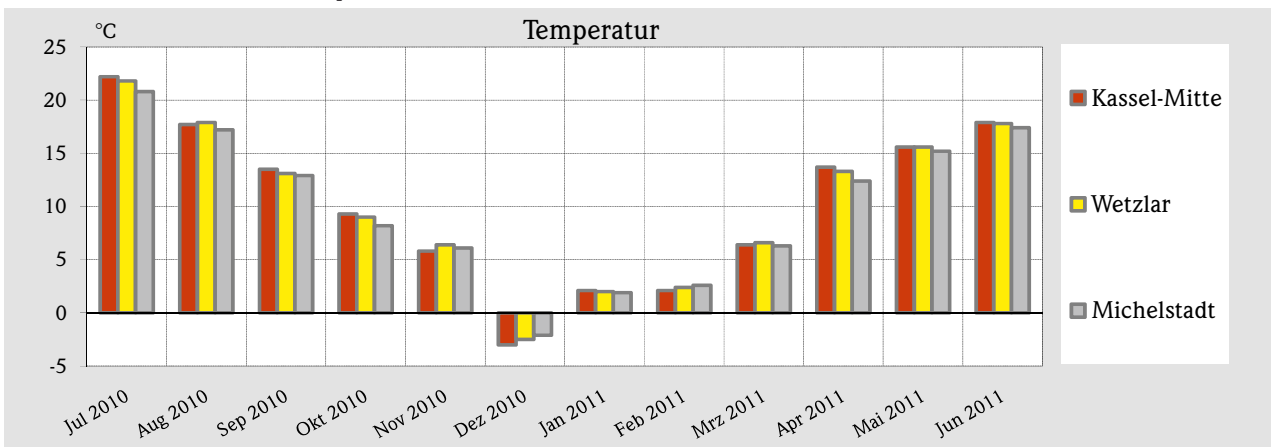
g) Monatsmittelwerte – Kohlenmonoxid (CO) in mg/m³



	Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
●	Darmstadt	0,21	0,20	0,23	0,30	0,29	0,43	0,36	0,41	0,33	0,26	0,21	0,17
▲	Darmstadt-Hügelstraße	0,54	0,49	0,62	0,72	0,56	0,77	0,63	0,73	0,72	0,64	0,57	0,46
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	0,36	0,36	0,49	0,59	0,48	0,63	0,58	0,63	0,57	0,47	0,41	0,36
▲	Fulda-Petersberger-Straße	0,35	0,38	0,50	0,58	0,53	0,74	0,60	0,68	0,59	0,44	0,41	0,35
▲	Gießen-Westanlage	0,32	0,32	0,45	0,54	0,52	0,69	0,64	0,65	0,59	.	0,40	0,35
▲	Kassel-Fünfensterstraße	0,45	0,47	0,58	0,66	0,56	0,70	0,64	0,70	0,59	0,45	0,44	0,37
■	Linden	0,12	0,10	0,17	0,17	0,25	0,43	0,36	0,41	0,36	0,28	0,23	0,19
▲	Marburg-Universitätsstraße	0,36	0,40	0,47	0,57	0,49	0,61	0,66	0,64	0,49	0,38	0,37	0,34
●	Raunheim	0,24	0,25	0,31	0,42	0,36	0,52	0,49	0,53	0,46	0,33	0,27	0,23
▲	Reinheim	0,36	0,33	0,47	0,63	0,58	0,79	0,66	0,78	0,63	0,50	0,44	0,36
▲	Wiesbaden-Ringkirche	0,41	0,45	0,58	0,72	0,61	0,78	0,79	0,74	0,63	0,49	0,44	0,39

Lufttemperaturen an drei hessischen Messstationen

h) Monatsmittelwerte – Temperatur in °C



	Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
●	Kassel-Mitte (Nordhessen)	22,2	17,7	13,5	9,3	5,8	-3,0	2,1	2,1	6,4	13,7	15,6	17,9
●	Wetzlar (Mittelhessen)	21,8	17,9	13,1	9,0	6,4	-2,5	2,0	2,4	6,6	13,3	15,6	17,8
●	Michelstadt (Süd Hessen)	20,8	17,2	12,9	8,2	6,1	-2,1	1,9	2,6	6,3	12,4	15,2	17,4

Zeitschrift für Tarifrecht – ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cecior, Prof. Dr. W. Däubler u. a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 209,95 Euro (zzgl. 20,00 Euro Versandkosten Inland/30,00 Euro Ausland), Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München.

Hauptinhalt der Hefte 7/11 bis 9/11: Zurückweisung einer Kündigung gemäß § 174 BGB – unter Berücksichtigung der Besonderheiten im öffentlichen Dienst / Kehrtwende in der BAG-Rechtsprechung zum Vorbeschäftigungsverbot bei sachgrundloser Befristung nach § 14 Abs. 2 S. 2 TzBfG – Anmerkung zur Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 6. April 2011 – 7 AZR 716/09 / Die Entwicklung des Tarifrechts im Land Berlin seit dem Ausschluss aus den Arbeitgeberverbänden 1994 / Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts in Personalvertretungssachen im Jahr 2010 / Richterrecht: Perpetuierung gekündigter tariflicher bzw. betrieblicher Vergütungsordnungen / Zusatzversorgung: Verbesserungen bei den Startgutschriften der Späteinsteiger. 6133-77

Die Vermessung der sozialen Welt

Neoliberalismus – extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte. Herausgegeben von Gudrun Hentges und Bettina Lösch, 336 Seiten, kartoniert, 29,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

Der vorliegende Band legt eine kritische Zeitdiagnose und sozialwissenschaftliche Analyse der aktuellen sozialen und politischen Verhältnisse des 21. Jahrhunderts vor. Inspiriert durch Daniel Kehlmanns „Die Vermessung der Welt“ nehmen die Autorinnen und Autoren eine „Vermessung der sozialen Welt“ vor. Ausgangspunkt sind Prozesse der neoliberalen Globalisierung, die nahezu alle Lebensbereiche prägen und durchdringen. Dies wird beispielhaft diskutiert anhand der Krise der Europäischen Union, der Globalisierung des Krieges und dem Problem der Armut in einer reichen Gesellschaft – vor allem in Hinblick auf die Armut von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. Der Band beschäftigt sich des Weiteren mit dem Phänomen der Migration und Integration, mit der Ethnisierung sozialer Konflikte sowie mit dem Erstarken rechtsextremer Ideologien. Thematisiert werden in den jeweiligen Kapiteln die sich daraus ergebenden Anforderungen an die politische Bildung – auch als Präventionsmöglichkeit gegen Ideologien der extremen Rechten. 7424

Friedens- und Konfliktforschung

Reihe „Forschungsstand Politikwissenschaft“; zugleich Band 35 der Reihe „AFK-Friedensschriften“ der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, herausgegeben von Peter Schlotter und Simone Wisotzki, 468 Seiten, kartoniert, 39,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011.

Das vorliegende Studienbuch gibt einen Überblick über die Wissensbestände und zentralen Problemfelder der deutschen Friedens- und Konfliktforschung. Hierzu konnten mehr als 20 namhafte Experten gewonnen werden, die jeweils auf ihrem Arbeitsgebiet die wichtigsten Entwicklungen und Erkenntnisse in der wissenschaftlichen Forschung darstellen, Veränderungen

von Fragestellungen vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen oder internationalen Wandels resümieren und nach der Tragfähigkeit von Theorien und bisherigen Erkenntnissen fragen. Das Buch spannt thematisch einen Bogen von klassischen Themenbereichen der Friedens- und Konfliktforschung, wie Rüstungskontrolle und Abrüstung, Militär und Krieg, der Kriegsursachenforschung, den Zusammenhängen von Unterentwicklung und Frieden bis zur Rolle internationaler Organisationen und Regime. Weitere Themen sind der „Demokratische Frieden“, die Friedenserziehung und Friedensstrategien sowie Geschlechterperspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung, die Bedeutung der Naturwissenschaften für Krieg und Frieden und nicht zuletzt die historische Friedensforschung. Alle Beiträge durchzieht die Frage nach dem wissenschaftlichen Selbstverständnis einer Disziplin, die Darstellung der Kontroversen um die Begriffe und die Behandlung herausragender Streitfragen innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung. 7441

Einführung in die Betriebswirtschaftslehre

Reihe „Grundzüge der BWL“, von Jochen Sigloch, Thomas Egner und Stephan Wildner, unter Mitarbeit von Benjamin Keller, 4., überarbeitete Auflage, 316 Seiten, kartoniert, 34,90 Euro, W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 2011.

Das vorliegende Lehrbuch behandelt die Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre. Es ist als Textgrundlage für Einführungsveranstaltungen in die Betriebswirtschaftslehre konzipiert, kann aber auch als Einstiegliteratur für Praktiker herangezogen werden. Es soll Interesse für das Fach wecken und den Zugang zu grundlegenden Aspekten der Betriebswirtschaftslehre öffnen. Der Band greift deshalb ausschließlich die zentralen Themen auf, stellt diese in prägnanter Form dar und vermittelt damit einen einführenden Überblick über das breite Spektrum betriebswirtschaftlicher Fragestellungen und Entscheidungsprobleme. Als zentrale Aspekte werden, neben den konstitutiven Entscheidungen, Fragen der Unternehmensführung, des betrieblichen Leistungsprozesses, der Finanzierung und Investition, der Unternehmensabrechnung sowie des Umweltmanagements behandelt. Besonderer Wert wird auf eine übersichtliche, prägnante und dank zahlreicher Beispiele und Abbildungen anschauliche Darstellung der Inhalte sowie eine einfache Sprache gelegt. Am Ende der einzelnen Abschnitte befinden sich Wiederholungsaufgaben, die der Lernkontrolle dienen. 7443

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Kontenrahmen (KR)

für die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und für die Träger der sozialen Pflegeversicherung und den Ausgleichsfonds. Mit Erläuterungen und Buchführungsanweisungen für die Praxis und einem Anhang mit den Vorschriften über das Rechnungswesen in der Sozialversicherung. Von Bernhard Knoblich, 3., völlig neu gestaltete Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 3. Erg.-Lfg. vom September 2011; 1348 Seiten in Spezialordner) 68,00 Euro; Erich-Schmidt Verlag, Berlin 2011. 4334

Schreiben, Bescheide und Vorschriften in der Verwaltung

Von Dr. Helmut Linhart, Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, 3. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 33. Erg.-Lfg. vom April 2011, 1026 Seiten, in Plastikordner) 59,80 Euro; Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München 2011. 6045

Gewohnheit, Gebot, Gesetz

Normativität in Geschichte und Gegenwart: eine Einführung. XXII, 366 Seiten, kartoniert, 29,00 Euro, Mohr Siebeck, Tübingen 2011.

Das vorliegende Buch bietet eine fachübergreifende, studen-
tenorientierte Einführung in den Fragenkreis der Normativität
und führt damit die weitgehend unverbundenen Fachdiskurse
von Historikern, Juristen, Theologen und Philosophen zusam-
men. Dabei wollen die hier versammelten 13 Vorlesungen auch
einem nicht mit den Untiefen der jeweiligen Fachdiskussionen
vertrauten Leser einen Überblick über die Kernprobleme der
gegenwärtigen Debatten vermitteln. Die Beiträge sind in einen
historisch-deskriptiven sowie einen systematischen, normativ
angelegten Teil gegliedert. Die ersten 8 Vorlesungen beschäf-
tigen sich mit der Genese von Normativität. Im historischen Zu-
griff behandeln sie die spezifischen Normativitätsvorstellungen
vergänger Epochen, vom alten Israel über das europäische
und islamische Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert. Im zweiten
Teil geht es in 5 Vorlesungen aus systematischer Perspektive um
die Begründung bzw. Geltung von rechtlichen und moralischen
Geboten sowie theologischen Glaubenssätzen unter den Be-
dingungen moderner Gesellschaften. 7448

Geschlechtsspezifische Bildungsungleichheiten

Herausgegeben von Andreas Hadjar, 453 Seiten, kartoniert, 34,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

Die öffentliche Diskussion um geschlechtsspezifische Ungleich-
heiten hat sich – parallel zur Reduktion struktureller Benachteil-
igungen von Frauen – in den letzten Jahren stark gewandelt.
Während traditionell die geringere Bildungs- und Erwerbsbe-
teiligung von Frauen in den Blick genommen wurde, ist nun
der geringere Bildungserfolg von Jungen – im Hinblick auf
Bildungsabschlüsse, Schulnoten oder Leistungstests – zum
viel beachteten Thema geworden. Ziel dieses Buches ist es,
auf Basis aktueller empirischer Studien geschlechtsspezifische
Bildungsungleichheiten und mögliche Ursachenfaktoren zu
beleuchten, wobei verschiedene – teilweise kontroverse Sicht-
weisen – aufgezeigt werden. Am Beginn steht eine Bestands-
aufnahme zu Geschlechterunterschieden, dann werden einige
Erklärungsansätze detailliert untersucht und schließlich die
gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatten nachge-
zeichnet. Das Buch gliedert sich in die folgenden Hauptkapitel:
Geschlechtsspezifische Bildungsungleichheiten im Überblick –
Auf der Suche nach Ursachen – Rückblicke auf die Debatte um
geschlechtsspezifische Ungleichheiten und den Bildungsmis-
serfolg der Jungen. 7425

Theodor Heuss

Bürger im Zeitalter der Extreme. Von Ernst Wolfgang Becker, 184 Seiten, kartoniert, 18,90 Euro, W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 2011.

In der spannenden Biografie des ersten Bundespräsidenten
Theodor Heuss (1884–1963) spiegelt sich die deutsche Ge-
schichte des 20. Jahrhunderts auf besondere Weise. Heuss steht
für eine bürgerliche Tradition deutscher Demokratiegeschichte.
Als Bildungsbürger im 19. Jahrhundert verwurzelt, musste er
sich als Politiker, Publizist und Redner im „Zeitalter der Extreme“

behaupten. Dabei zeigte er sich erstaunlich immun gegenüber
den totalitären Ideologien seiner Zeit. So wurde Theodor Heuss
nach 1945 zu einem der wichtigsten Vertreter der demokrati-
schen Neugründung Deutschlands. Als Bundespräsident ver-
mittelte er eine politische Kultur, die ihm im In- und Ausland
hohes Ansehen verschaffte und die Bundesrepublik dauerhaft
in die westliche Wertegemeinschaft integrierte. 7449

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM OKTOBER 2011 (K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte – kostenfreie Download-Dateien

Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 30. Juni 2011
(Vorläufige Ergebnisse); (A I 2 mit A II, A III, A V - hj 1/11); (G);
PDF-Datei mit Excel-Anhang

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 2. Vierteljahr 2011 (Be-
völkerungsstand/Eheschließungen/Geborene und Gestorbene/
Wanderungen – Vorläufige Ergebnisse);
(A I 5 mit A II, A III - vj 2/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Der Strafvollzug in Hessen im Jahr 2011. Teil 1: Strafgefangene
und Sicherungsverwahrte in den Justizvollzugsanstalten (Stich-
tagserhebung zum 31. März 2011); (B VI 6 - j/11 - Teil 1);
PDF-Datei mit Excel-Anhang

Gewerbeanzeigen in Hessen im 2. Vierteljahr 2011; (D I 2 - vj 2/11);
(K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im August 2011; (E II 1 - m 08/11);
(K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Energieversorgung in Hessen im April 2011;
(E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 04/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im
August 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 08/11); (G);
PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in
Hessen im August 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 08/11);
PDF-Datei mit Excel-Anhang

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juli 2011 (Vorläufige Er-
gebnisse); (H I 1 - m 07/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im August 2011 (Vorläufige Er-
gebnisse); (H I 1 - m 08/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Binnenschifffahrt in Hessen im Juli 2011; (H II 1 - m 07/11); (Häfen);
PDF-Datei mit Excel-Anhang

Strukturerhebung der Unternehmen im Dienstleistungsbereich
in Hessen 2009 (Ergebnisse der Jahreserhebung); (J I 1 - j/09);
PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verbraucherpreisindex in Hessen im September 2011;
(M I 2 - m 09/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für
Bauwerke in Hessen im August 2011; (M I 4 - vj 3/11);
PDF-Datei mit Excel-Anhang

Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von
wassergefährdenden Stoffen in Hessen 2010; (Q I 3 - j/10);
PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verzeichnisse

Anschriftenverzeichnis der Regierungspräsidien, Land-
kreise, Städte und Gemeinden in Hessen; (A Verz-3) 10,20 Euro
E-Mail-Versand (Excel-Format) 21,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden

BUCHBESPRECHUNGEN

Bildungspolitik im Umbruch

Zeitschrift für Politik – Sonderband 4. Herausgegeben von Heinrich Oberreuther, 99 Seiten, kartoniert, 16,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011.

Die deutsche Bildungspolitik ist in Bewegung. Zahlreiche Reformen sind erfolgt, doch besteht unvermindert Diskussions- und Handlungsbedarf. In dem vorliegenden Sonderband der Zeitschrift für Politik analysieren Autoren aus praktischer wie analytischer Perspektive Herausforderungen, Umbrüche und Orientierungslinien aktueller und künftiger Bildungspolitik in Deutschland. Folgende Aufsätze sind in dem Band zu finden: Bildungspolitik im Umbruch zur Wissensgesellschaft – Alte Bildungsideale und neue Herausforderungen der Europäischen Universität – Akademisches Monopoly. Vom Gabentausch zur Shanghai-Weltliga der Wissenschaft – Bologna oder Harvard? Realität und Ideologie bei der deutschen Studienreform – Baustelle Gymnasium – Der bildungspolitische Sofakissenknick – Bildungsrepublik Deutschland. 7446

Verwaltungsrecht

VwVfG/VwGO/Nebengesetze – Handkommentar. Herausgegeben von Michael Fehling und Berthold Kastner, 2. Auflage, 1071 Seiten, gebunden, 128,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011.

Der vorliegende Handkommentar zeichnet sich aus durch seine Praxisnähe und die durchgängige Berücksichtigung von landesrechtlichen Besonderheiten. Die Wechselbezüge zwischen VwVfG, VwGO VwZG sowie VwVG werden prägnant herausgearbeitet. Die enge Verzahnung von Erläuterungen bei übergreifenden Materien wie dem Verwaltungsakt vermeidet unnötige Doppelungen und ermöglicht so eine griffige, praxisorientierte Kommentierung. 7445

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM SEPTEMBER 2011 (K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte – kostenfreie Download-Dateien

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. Dezember 2010 (Vorläufige Werte); (A VI 5 - vj 4/110); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Kommunalwahlen in Hessen. Endgültige Ergebnisse der Kreiswahlen und Gemeindewahlen; (B V II 3-2 - 5j/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Flächenerhebung in Hessen zum 31.12.2010 (Tatsächliche Nutzung); (C I 2 - j/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Der Anbau von Gemüse und Erdbeeren (repräsentativ); (C I 3 - j/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen 2010; (C IV 7 - 6j/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Landwirtschaftszählung 2010 – 3 Landwirtschaftliche Betriebe und Viehbestände; (C IV 10/10-3); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im Juni und Juli 2011 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 06/11 und 07/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Juli 2011; (E I 3 - m 07/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Juli 2011; (E II 1 - m 07/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Das Ausbaugewerbe in Hessen im 2. Vierteljahr 2011 (Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe); (E III 1 - vj 2/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Das Handwerk in Hessen im 2. Vierteljahr 2011; Zulassungspflichtiges Handwerk (Vorläufige Ergebnisse); (E V 1 - vj 2/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Baugenehmigungen in Hessen im Juli und August 2011; (F II 1 - m 07/11 und 08/11);(K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Juni 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 06/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Juli 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 07/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Juli 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 07/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Ausfuhr Hessens im Juni und Juli 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 06/11 und 07/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juni und Juli 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 06/11 und 07/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Juli 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 07/11); (G); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Juni und Juli 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 06/11 und 07/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen in Hessen im 2. Vierteljahr 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 4 - vj 2/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Binnenschifffahrt in Hessen im Juni 2011; (H II 1 - m 06/11); (Häfen); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Kinder- und Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2009; Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige; (K V 8 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verbraucherpreisindex in Hessen im August 2011; (M I 2 - m 08/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verzeichnisse

Verzeichnis der beruflichen Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) in Hessen 2011; (B Verz-8 - j/11) 5,90 Euro
E-Mail-Versand (PDF-Format) 2,00 Euro

Verzeichnis der allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) in Hessen 2011; (B Verz-9 - j/11) 7,70 Euro
E-Mail-Versand (PDF-Format) 6,90 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden